

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Die Moral der Kontras

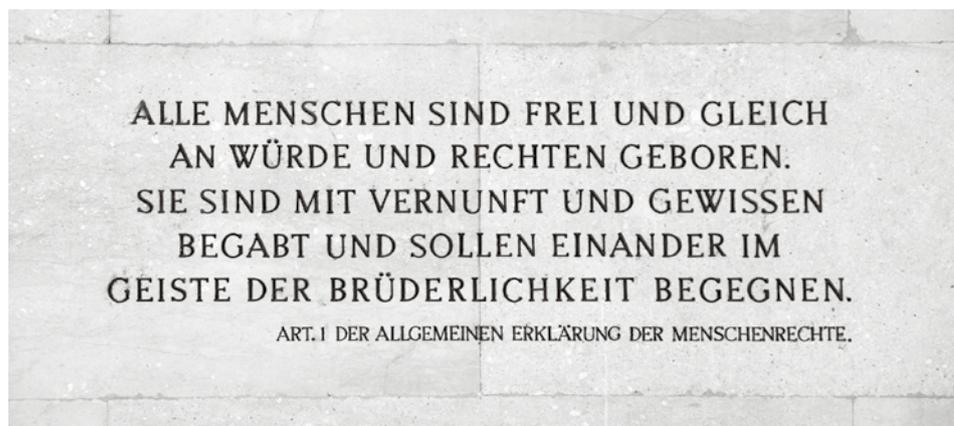
Die Konterrevolution in der DDR vollzog sich ohne bewaffnete Auseinandersetzungen. Tote waren dennoch zu beklagen. Wieviel Menschen ihrem Leben damals selbst ein Ende machten, ist unbekannt. 1989/1990 gab es viele Situationen, in denen der Frieden an einem seidenen Faden hing. Die Konterrevolutionäre brachen aber die Moral der Mitarbeiter bewaffneter DDR-Organen auch in dieser Hinsicht nicht: Sie haben nicht geschossen. Es soll Leute geben, die sich für Linke halten und das bedauern. Wer so leichtfertig mit dem Feuer von Bürger- und Weltkrieg spielt, mit dem Leben von Millionen – denn

um das Gewinnen von Kontras, die sich unter Führung der US-Botschaft an die Spitze einer „bunten Revolution“ stellen sollen. Zunächst für einen „besseren Sozialismus“. Wenn das so ist, warum benötigen die Menschenrechts- und Freiheitshelden in Washington so lange, um eine „Demokratisierung“, wie sie der Vorstand der Partei Die Linke gerade der kubanischen Revolution vorgeschlagen hat, auf der Insel hinzubekommen? Die Antwort lautet: Weil sich die Kubaner wehren, und zwar bewaffnet. Weil sie in einer anderen Situation sind als die DDR 1989. Und weil z. B. in der kubani-

werden. Als Helfer bieten sich die netten Leute von der PDL an, die sich für „Dialog“ und „Demokratisierung“ mit jenen auf Kuba einsetzen, die gern ihren alten Trumpf und ein paar Invasoren wiederhaben wollen. Ein erfahrener imperialistischer Politiker wie Willy Brandt hat 1987 in seinem Essay „Menschenrechte mißhandelt und mißbraucht“ dazu Passendes geschrieben: „Schier unerträglich finde ich es, wenn Menschenrechte auf den Schild gehoben werden, wo es in Wirklichkeit darum geht, Totschlagargumente in die eigene innenpolitische Auseinandersetzung – oder auch in den weltpolitischen Machtkampf – einzuführen.“ Und weiter: „Leute, die ihre Absichten verschleiern möchten, indem sie Menschenrechte vorschieben, wo Besitz- oder Machtinteressen gemeint sind, handeln nicht nur zynisch und heuchlerisch, sie gefährden auch die politische Lösung großer sozialer Probleme.“

Vielleicht sollte der Parteivorstand der Linken mal Brandt lesen. Marx, Engels, Lenin oder Fidel und Raúl Castro – das ist schon sehr anspruchsvoll. Vor allem, wenn es um die Verteidigung von Revolutionen geht. Und die Solidarität mit ihnen.

Arnold Schölzel



darum ging es stets an der Nahtstelle von NATO und Warschauer Vertrag – hat gerade das nicht verstanden. Daß die Zurückhaltung von damals vom Feind mit Verleumdung, Demütigung, sozialer Ächtung und jahrzehntelanger ruinöser juristischer Verfolgung entgolten wurde, sagt alles über die Unmoral der Verfolger aus und bestätigt die Verfolgten im nachhinein. Imperialismus kennt nur eine Moral, die von Bestien. Sie in möglichst viele Menschen einzupflanzen, ist für ihn eine Voraussetzung zum Überleben. Woher soll das Kanonenfutter für seine Kriege sonst kommen, woher das Stillschweigen oder gar Sich-Einrichten in Ausbeutung und Unterdrückung, in Unbildung und Irrationalismus, in Haß auf alles, was mit Vernunft, Aufklärung, Wissenschaft zu tun hat, in Faschismus? Auf Kuba weiß man das. Das liegt an der Natur von „Mordamerika“ (Peter Hacks): Da geht es ohne Pause ums Abschlichten, ums Entsenden bewaffneter Söldner, um Bombenattentate auf Flugzeuge und in Hotels, ums wirtschaftliche Erwürgen der Revolution,

schen Bevölkerung sehr viele Frauen und Männer Erfahrung im Umgang mit Waffen haben. Wer in den 70er und 80er Jahren mit half, die Kolonialherren des NATO-Staates Portugal aus Angola und Moçambique zu verjagen und mit seinen Truppen dem Apartheidregime das Genick brach (so sah es Nelson Mandela), der teilt seine Erfahrungen mit Kindern und Enkeln. „Wir sind sehr gut vorbereitet, und wir sind bewaffnet“, sagte mir ein ehemaliger Oberst der kubanischen Streitkräfte, bei dem ich während der Weltfestspiele 1997 zu Gast war. Damals überschlugen sich übrigens die freien Stimmen der freien Welt mit Meldungen über den angeblich verschwiegenen Tod Fidel Castros und das baldige Ende des Sozialismus auf Kuba. Fake News kennt man zwischen Havana und Santiago de Cuba lange, sie wurden schließlich nebenan erfunden. Kuba wieder zu Washingtons Kolonie zu machen – das ist das Ziel, aber es ist militärisch eine harte Nuß. Auch wegen der Moral der Kubaner. Die muß zuerst untergraben

Aus dem Inhalt



Der Westen will Unordnung	2
Zweierlei „Maas“	5
Darf oder kann Olaf Scholz Kanzler?	6
Leben oder Tod?	7
Berlins Polizei handelte rechtswidrig	8
Bauernaufstand in Indien	11
Vom Widerstand zur Auflösung	13
Die NVA und ihr Ende	14
Tschekisten in der Konterrevolution	15
Zeugen Gehör verschaffen	17
Diplomaten im Blauhemd	18
Tieferer Blick oder Verfälschung?	19
Imperialismus, Manipulation und Pandemie	20
Engels in der MEGA	24
Einer der höchsten Werte: Arbeit	25
Täve wird 90!	27
Die Kirche und die Menschenrechte	28
Leserbriefe	29

Mit den NATO-Wölfen heulen

Am 25. Januar veröffentlichte das Internet-Nachrichtenportal „SNA“ (früher „Sputnik“) ein Interview mit dem Linke-Politiker Wolfgang Gehrcke zu einem Papier, in dem der sicherheitspolitische Sprecher der Linke-Fraktion im Bundestag, Matthias Höhn, eine Revision der Parteipositionen zur NATO, einer EU-Armee und zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr vorschlug. Ein Auszug:

Herr Gehrcke, was halten Sie von dem Diskussionsangebot von Matthias Höhn zur neuen Sicherheitspolitik der Linkspartei?

Überhaupt nichts. Wenn es nur in seinem Arbeitskreis oder auf seiner Website veröffentlicht worden wäre, würde kein Hahn danach krähen. Nur, weil der „Spiegel“ es veröffentlicht und andere Mainstreammedien es aufgegriffen haben, ist es überhaupt im Gespräch. Ein Diskussionsangebot ist es auch nicht. Mit wem will er das diskutieren? Die Partei hat ihre friedenspolitischen Grundpositionen immer wieder bestätigt: Kein Frieden mit der NATO, Abzug der US-Atomraketen aus Deutschland, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Rußland, keine Auf- sondern Abrüstung, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Interesse an einer „Diskussion“ der Friedenspolitik der Linken haben jene, die sie

ihr austreiben wollen, damit sie handzahn werde und mit den NATO-Wölfen heule.

Höhn meint, daß sich die Weltlage seit der Gründung der Linkspartei 2007 und seit der Formulierung deren Parteiprogramms 2011 deutlich verändert habe. Seine Stichworte: Flucht, Klimakrise, Kriege in Syrien, Jemen, der Ukraine, Afghanistan, Mali, Irak. Die Welt ist nicht erst seit 2007, sondern schon seit 1989 nicht sicherer geworden. Laut Höhn haben daran die Vereinigten Staaten, Rußland, China gleichermaßen Anteil, allen gehe es um Geopolitik und den eigenen Vorteil. Deshalb müsse die Linke „altes Blockdenken“, „ausgediente Freund-Feind-Bilder“, „rückwärts-gewandte Muster und Klischees“ ablegen. Gute Gründe als überholt abzuwerten, ist ein beliebtes Muster neoliberaler Ideologen, um sich selbst als innovativ, modern, der Zukunft zugewandt darzustellen. Höhn versucht das, doch er scheitert an der Realität. Haben wir nur ein ausgedientes Bild vom US-Imperialismus als zu allem und jederzeit bereite Interventionsmacht? Das Bild vom deutschen Imperialismus als Hegemonial- und (leider) nicht Friedensmacht im Herzen Europas überholt? Das Bild von der NATO als expansiv – rückwärts-gewandt? Ist sie an die Westgrenze

Rußlands, entgegen aller Zusagen von 1989, vorgerückt oder Rußland an die Neißة?

Wird sich „Die Linke“ in dieser Frage spalten? Nein. Innerhalb der Linke meinen immer mal wieder einzelne Politikerinnen und Politiker, die eine oder andere der Grundpositionen etwas abschleifen zu können. Dafür gab es bislang keine Mehrheit, für diesen Generalangriff zur Komplettrevision schon gar nicht. Sein Hintergrund ist natürlich die Bundestagswahl in diesem Jahr. Matthias Höhn gehört zu den Genossinnen und Genossen, die auf Rot-Rot-Grün setzen und sich als mögliche Koalitionspartner andienen.

Was ist denn an diesem Wunsch zu kritisieren?

Außerhalb von Raum und Zeit: Gar nichts. Ich bin dafür, daß „Die Linke“ zu gegebener Zeit auch als Teil einer Regierung die Gesellschaft mit verändern kann. Doch 2021 will keine der anderen Parteien auf Bundesebene mit ihr koalieren, es wird rein rechnerisch nicht gehen – und politisch schon gar nicht. Bislang ist in den NATO-Ländern noch keine Partei an die Regierung gekommen, die die NATO prinzipiell kritisiert und als friedensuntauglich abgelehnt hat. Das haben die USA immer verhindert. (...)

Kampf gegen jedweden Militarismus

In seiner vielen Linken leider nicht mehr präsenten bedeutsamen Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ wandte sich Karl Liebknecht entschieden gegen jene, die uns glauben machen wollen, Spannungen zwischen Staaten bis hin zu Kriegen seien „nur etwelchen Mißverständnissen, Hetzereien böswilliger Zeitungsschreiber, prahlerischen Redensarten schlechter Musikanten der Diplomatie“ zu verdanken ... „Wir wissen, daß (sie) eine notwendige Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz ... auf dem Weltmarkt (sind), also die direkte Folge der zügellosen kapitalistischen und internationalen Konkurrenz.“

Liebknecht hat aber auch deutlich gemacht, weshalb es durchaus schwierig ist, gegen den Krieg und den äußeren Militarismus eine klare Position einzunehmen: „Der Krieg ist ein Faktum, das nirgends so regelmäßig auftritt wie der Konflikt mit dem innerpolitischen Militarismus, sondern im Allgemeinen nur eine den Massen mehr theoretisch zum Bewußtsein kommende Gefahr darstellt. Er ist auch keine reine, für die Massen durchsichtige Klassenkämpferscheinung.“

Man könnte darüber verzweifeln, daß weder Liebknechts über 100 Jahre alten Worte noch die Erkenntnis, daß der von Immanuel Kant konzipierte „Ewige Frieden“ letztlich nur unter einem weltumspannenden dominierenden Sozialismus erreicht werden kann, nicht mehr zum Grundwissen eines Linken gehört. Aber selbst die Kantschen Völkerrechtsprinzipien – sofern sie eingehalten

würden – könnten die heutige Welt etwas sicherer machen. Man denke z. B. nur an den fünften Präliminarartikel: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen.“ Bei Strafe ihres Untergangs wird die Menschheit nur den Weg zum Sozialismus beschreiten können.

Die Nachkriegsordnung, beruhend auf dem Willen der alliierten Mächte im Kampf gegen Nazideutschland und im Sieg über dieses, konnte Europa von Atlantik bis zum Ural über 40 Jahre den Frieden erhalten. Im Memorandum der Gruppe „Generale für Frieden und Abrüstung“ an die Staats- und Regierungschefs der NATO und des Warschauer Vertrages vom Mai 1985 wurde realistisch festgestellt, daß es mehr „die Furcht vor der wechselseitigen Bedrohung“ war, die den Frieden bewirkte, als die Einsicht des Erhalts des Planeten mit seiner Mensch-, Tier- und Pflanzenwelt.

Mitte und Ende der 80er Jahre gab es die verschiedensten friedenspolitischen Initiativen, insbesondere der sozialistischen Staaten, der UdSSR, der DDR, der SED und sogar diese gemeinsam mit der SPD.

Wo steht die SPD heute? Wo die Grünen, die in ihren Reihen einen Bundeswehrgeneral hatten, der glaubwürdig Friedenspolitik betrieb? Es zeigt sich, daß sich an der Haltung zum Frieden, zum Antimilitarismus die Spreu vom Weizen trennt. Die Linken sollten mutig und konsequent an die Traditionen der Friedenspolitik und des Antimilitarismus der

revolutionären Sozialdemokratie, der KPD, der SED, der DKP, aber auch bürgerlicher Pazifisten anknüpfen.

Martin Luther King hatte den Traum, daß eines Tages kleine schwarze Jungen und Mädchen mit kleinen weißen Jungen und Mädchen als Schwestern und Brüder die Hände halten. Die Linken sollten dem Traum des „Ewigen Friedens“ für alle Menschen auf dieser Welt stets Priorität einräumen. Die Linke muß bei den Menschen weltweit stets als konsequente Friedenspartei wahrgenommen werden. Die Partei Die Linke muß auf Bundesebene auf militärische Abrüstung weltweit und beispielgebend in Europa auf einen Stopp von Waffenlieferungen, auf Konversion der Rüstungsindustrie hin zur Produktion ziviler Produkte, auf Auflösung der NATO und anderer militärischer nationaler und internationaler Organisationen, auf die „Wehrlosmachung“, wie es Karl Liebknecht formulierte, setzen.

Daß die BRD ihren Vorsitz im UN-Sicherheitsrat im Juli 2020 nicht dazu genutzt hat, friedenspolitische Initiativen, wie z. B. ein Moratorium für Rüstungsausgaben weltweit im Hinblick auf die Bekämpfung der Coronapandemie, anzuregen, ist bei den derzeit existierenden parteipolitischen und ökonomischen Verhältnissen kein Wunder. Aber: „So wie es ist, bleibt es nicht ... Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen!“

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Der Westen will Unterordnung

Die Analyse Matthias Höhns geht an der Realität vorbei

Am 27. Januar veröffentlichte der Linke-Bundestagsabgeordnete und Obmann seiner Fraktion im Verteidigungsausschuß, Alexander S. Neu, auf seiner Internetseite *neu-alexander.de* eine ausführliche Antwort auf das Papier von Matthias Höhn „Linke Sicherheitspolitik“. Wir dokumentieren einen Auszug:

Ich nahm an der Münchner Sicherheitskonferenz (SiKo), die vom 31. Januar bis 2. Februar 2014 tagte, teil und konnte mir daher einen persönlichen Eindruck von der Herbeiführung des sogenannten Münchner Konsenses und der sehr angespannten Lage im Bayerischen Hof (Tagungsort der SiKo) wegen der Konflikte in der Ukraine verschaffen.

Der „Münchner Konsens“ stellte eine konzentrierte Aktion des damaligen Außenministers Steinmeier (SPD), der damaligen Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) und des damaligen Bundespräsidenten Gauck dar. Kernbehauptung dieses Konsenses ist, die Welt rufe nach mehr deutscher Verantwortung in der Weltpolitik und das müsse die Bevölkerung in Deutschland verstehen und akzeptieren – ungeachtet der Kosten oder etwaiger pazifistischer Ansprüche der Bevölkerung. (...) Ein wenig sarkastisch ausgedrückt könnte man den hier verwendeten Verantwortungsbegriff auch als modernisierten Euphemismus für die Metapher des „Platzes an der Sonne“, geäußert vom damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, 1897 im Deutschen Reichstag, bezeichnen. Damit wurde der grundlegende koloniale Anspruch des Deutschen Reiches formuliert.

Zurück zum Münchner Konsens: Dieser wurde während der Unruhen auf dem Kiewer Maidan geschlossen. Drei Wochen später (21./22. Februar 2014) wurde der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch mit Unterstützung – mindestens aber mit wohlwollender Duldung – der informellen EU-Außenminister Trioka, darunter der deutsche Außenminister Steinmeier, weggeputscht. In den folgenden März-Wochen separierte sich die Krimhalbinsel mit handfester Unterstützung Rußlands von der Ukraine und schloß sich der Russischen Föderation an. Mit welchen Termini dieser völkerrechtswidrige Vorgang letztlich zu fassen ist, darüber streiten sich die Geister bis heute. Kurz darauf wurde dann auch in der Ostukraine gekämpft.

Aber genau dieser zeithistorische Verlauf und damit einhergehend der deutsche und westliche Anteil an der Eskalation in und um die Ukraine fehlt in der Darstellung von Matthias Höhn. Seine Ausführungen beginnen, wie auch im offiziellen politischen Narrativ im Westen, erst mit dem Krimkonflikt und dem Aufflammen des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine, womit fast zwangsläufig der Eindruck entsteht, die Russische Föderation hätte den Konflikt alleinig zu verantworten. Im Anschluß beschreibt Genosse Höhn die Aussage des „Weißbuchs der Bundeswehr 2016“, wonach Rußland angesichts der Vorfälle in der Ukraine eine Bedrohung für den Westen

darstelle, und die NATO und die EU die Konfliktsituation in und um die Ukraine nutzten, um eine „Kehrtwende“ in den Rüstungsausgaben zu begründen. Matthias Höhn begnügt sich auf eine rein deskriptive Darstellung des im Weißbuch Dargestellten. Ein Hinterfragen dieses Narrativs findet seinerseits nicht statt. Es wird auf die globale Aufrüstung eingegangen. Richtigerweise werden die Ausgaben der NATO-Mitgliedstaaten für 2019, welche sich auf über eine Billion US-Dollar belaufen, benannt. Danach werden die Militärausgaben Russlands, Chinas und Indiens aufgezählt und diese Ausgaben als „massiv nachgezogen“ bezeichnet. Leider versäumt es Genosse Höhn, die Ausgabenrelationen abzubilden.

Das möchte ich hier an dieser Stelle in gebotener Kürze als Serviceleistung nachholen: Die NATO-Mitgliedstaaten geben etwa insgesamt 16 bis 17 Mal mehr aus als Rußland und etwa viermal mehr als China.

Die Darstellung dieser Relationen sagt eine Menge über militärische Dominanz aus. Gänzlich fehlen in diesem Abschnitt die Vergleichszahlen an konventionellen Großwaffensystemen und Personalstärken. Diese wären leicht herauszufinden gewesen. Empfehlenswert ist das sehr seriöse IISS (britisches „Internationales Institut für Strategische Studien“ mit Hauptsitz in London, Anmerkung der „RotFuchs“-Redaktion) mit seinem jährlich erscheinenden Standardwerk „The Military Balance 2020“. Demnach stehen in der NATO rund 3,6 mal mehr Soldaten im Dienst als in der russischen Armee. Ähnlich verhält es sich bei den Großwaffensystemen.

Auch mit Blick auf den unter derselben Überschrift behandelten Niedergang des internationalen Rechts und des Multilateralismus ist eine Anwendung der Äquidistanzmethode erkennbar: Das vertragsbrechende und sicherheitspolitisch destruktive Verhalten der USA und das Verhalten Rußlands werden gleichgesetzt. Es sind jedoch die USA, die den INF-Vertrag, den Open-Sky-Vertrag und den ABM-Vertrag verlassen bzw. aufgekündigt bzw. den A-KSE-Vertrag nicht ratifiziert haben. Rußland ist in Folge dessen ausgetreten. (...)

Matthias Höhn betont das „erhebliche Potential an taktischer Nuklearbewaffnung seitens der Russischen Föderation“ und sieht dringenden Handlungsbedarf. Die militärstrategischen Hintergründe für das hohe Potential taktischer Atomwaffen Moskaus wird jedoch von ihm verschwiegen: Nämlich die massive Überlegenheit der NATO im Bereich der konventionellen Waffensysteme sowie die personelle Überlegenheit, wie bereits oben ausgeführt.

Für die Russische Föderation ist der hohe Bestand an taktischen Atomwaffen die Kompensation für die konventionell-militärische Überlegenheit der NATO, die Rußland weder personell noch finanziell ausgleichen kann. Dieser Umstand wird auch in hiesigen sicherheitspolitischen Kreisen durchaus so benannt. Hinzu kommt, daß die NATO nach Osten – einschließlich postsowjetischer Republiken – an

die russischen Grenzen erweitert wurde. Mit anderen Worten, die NATO hat ihre militärische Infrastruktur nach Osten verlegt, nicht umgekehrt.

„Die Welt sortiert sich geopolitisch neu“, so die Feststellung im Diskussionspapier. Das ist richtig. Der von den USA geführte Westen verliert an politischer und ökonomischer Macht – relativ und absolut. Hinzu kommt: Der Westen ist kein homogener Block (mehr), was den eigenen Machtanspruch weiter schwächt. Aber auch hier wird die Äquidistanzmethode erneut bemüht. Und das geht an der Realität vorbei: Die unipolare Weltordnung ist Geschichte. Das ist gut so. Wir befinden uns in den Anfängen einer multipolaren Welt(un)ordnung. Ob diese nun in eine rechtsbasierte Weltordnung mündet (wünschenswert und überlebenswichtig) oder in eine Staatenanarchie (Kriege und Konflikte in unterschiedlichen Dimensionen) bleibt abzuwarten. Die außen- und sicherheitspolitische Rolle Deutschlands auch über das Vehikel EU in diesem Prozeß ist nicht irrelevant. Derzeit stehen die Zeichen auf Staatenanarchie angesichts des Niedergangs des internationalen Rechts – auch mit Schützenhilfe Deutschlands. Die im politischen Berlin gerne zitierte „regelbasierte Ordnung“ ist eben die westliche Ordnungsvorstellung von strukturell und militärisch abgesicherter Dominanz, nicht das allgemeine Völkerrecht und schon gar nicht die UN-Charta. Diese „regelbasierte Ordnung“ soll das UN-Völkerrecht vielmehr ersetzen – zumindest in wesentlichen Bereichen. Denn das UN-Völkerrecht stützt den westlichen Dominanzanspruch nicht. Also soll eine andere Rechtsgrundlage (beispielsweise „Right to Protect – Recht auf Schutz“ und „unable-unwilling-Doktrin“ sind bereits praktizierte Interventionsdoktrinen) gewohnheitsrechtlich etabliert werden.

Vor allem China, aber auch Rußland akzeptieren die westlich determinierte internationale Ordnungsvorstellungen und die sie tragenden internationalen Institutionen in dieser Form nicht mehr. Sie fordern mehr Mitsprache in diesen Institutionen und gründen ihrerseits selbst welche, meist mit regionalem oder überregionalem Charakter. Auch der sogenannte globale Süden ist nicht mehr bereit, die westliche Dominanzordnung des 20. Jahrhunderts weiterhin zu akzeptieren.

Für eine Linke stellt sich die Frage, warum der Westen eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit Rußland und China und insgesamt auch mit dem globalen Süden ablehnt und stattdessen auf deren fortgesetzte Unterordnung insistiert – im Zweifel auch mit militärischer Machtprojektion und unilateralen Sanktionen. Es sind zu allererst und zu allermeist die USA – gelegentlich die Europäer im Schlepptau –, die im Kampf um strategische und ökonomische Einflusssphären auf militärische Mittel, unilaterale Sanktionen und Regime Change setzen. Richtig ist: Auch Rußland hat sich diese Instrumente zu eigen gemacht, so in Syrien, in

Georgien oder mehr oder minder in der Ostukraine nach dem vom Westen unterstützten Putsch in Kiew. In Georgien ging 2008 der militärische Angriff vom Regime Michail Saakaschwili auf Süd-Ossetien und die dort stationierten gemischten Friedenstruppen (russische, süd-ossetische und georgische Einheiten) aus. Rußland reagierte militärisch und wenig später diplomatisch in Form der diplomatischen Anerkennung Süd-Ossetiens und Abchasiens – ganz nach dem Muster westlicher Anerkennungs politik bei der Zerschlagung Jugoslawiens. In Syrien intervenierte Rußland im Oktober 2015 (auf Einladung der syrischen Regierung und damit völkerrechtskonform), nachdem die vom Westen unterstützten Islamisten, einschließlich des IS, Damaskus zu überrollen drohten. Dies ist keine Rechtfertigung für das Handeln Rußlands, es ist aber ein Verweis darauf, daß der von den USA geführte Westen diese Instrumente wesentlich häufiger und auch deutlich massiver einsetzt. Diese Umstände nicht zu benennen, sondern eine Äquidistanz herzustellen, geht schlichtweg an den Fakten vorbei und führt zu einer Relativierung des militärisch basierten Dominanzstrebens der USA und der westlichen Verbündeten – so auch Deutschlands.

Die NATO als „Verteidigungsbündnis“ zu bezeichnen, so wie es in dem Papier von Matthias Höhn getan wird, ist wahrlich ein Euphemismus. Zwar ist sie dies laut NATO-Statut, aber spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 hat die NATO einen anderen Anspruch erhoben. (...)

Matthias Höhn plädiert für die Schaffung einer EU-Armee. Die Idee einer „EU-Armee“ bzw. einer „EU-Verteidigungsunion“ kursiert seit langem durch Brüssel, Paris und Berlin. Scheinbare Auslöser sind der Brexit sowie die Position der USA. Beide Argumentationen verschleiern, dass es tatsächlich schon seit Anfang der 1990er Jahre Überlegungen zu einer sicherheitspolitischen und militärischen Integration gibt. (...) Egal, welches Szenarium durchgespielt wird: Am Ende steht immer die angebliche Notwendigkeit, die EU zu einem Globalplayer mit militärischen Potenzen fortzuentwickeln. Es geht den Befürwortern einer „EU-Armee“ genau genommen nicht um den Aufbau einer territorialen

Verteidigungsfähigkeit für den EU-Raum – zumindest nicht prioritär. Es geht ihnen auch nicht primär darum, das EU-Binnenverhältnis durch eine militärische Unitarisierung friedenssicher zu machen, daß also eine „EU-Armee“ bei gleichzeitiger Auflösung der nationalen Armeen der EU-Mitgliedsstaaten den Frieden innerhalb EU-Europas allein strukturell festigen würde.

Ihr Ziel ist vielmehr eine „EU-Armee“, die eine global-operierende Fähigkeit entfalten kann, um den Kapital- und Machtinteressen im Großmächte Wettbewerb und auch militärischen Nachdruck verleihen zu können. Nichts anderes steckt hinter Aussagen wie, die EU sei ein „wirtschaftlicher Riese, ein politischer Zwerg und ein militärischer Wurm“. (...)

„Zwei Prozent in Sicherheit investieren“: Dieser Vorschlag wirkt auf den ersten Blick interessant. Schärfte man jedoch den Blick, so muß klar sein, daß militärische Ausgaben, Rüstungsmaßnahmen etc. nie losgelöst von dem sicherheitspolitischen Umfeld zu diskutieren sind. Orientiert man sich an fixen Zahlen oder Prozenten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Referenzpunkt, statt am strategischen und sicherheitspolitischen Umfeld, verkennt man die Problemlage: Wird ein Staat ernsthaft militärisch bedroht, können ein, zwei oder auch fünf Prozent BIP-Anteil zu wenig sein, um sich gegen einen (potentiellen) Aggressor zu verteidigen. Befindet sich ein Staat in einem stabilen und friedlichen Umfeld und das auf absehbare Zeit, so ist auch ein Prozent BIP-Anteil nicht zu rechtfertigen. Zu warnen ist unbedingt vor der Koppelung militärischer Ausgaben mit nicht-militärischen Ausgaben. Erstens gilt auch hier, dass BIP-Prozentzahlen keinen Referenzpunkt für eine seriöse Politik darstellen können, sondern die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten der Referenzrahmen sein müssen. Zweitens würde diese Forderung den Befürwortern höherer Ausgaben das Argument an die Hand geben, daß man ja auch für nicht-militärische Mittel die gleiche Summe ausbe. Weitergedacht: Würden die militärischen Ausgaben gesenkt, müßten auch die nicht-militärischen Ausgaben gesenkt werden. Auf die Außen- und sicherheitspolitischen Realitäten Deutschlands runtergebrochen, bleibt festzustellen: Deutschland wird von keinem

Staat in dieser Welt im konventionellen oder nuklearen Sinne bedroht. Daher ist eine massive personelle und materielle Abrüstung der Bundeswehr für Linke der einzig gangbare Weg. Wie weit diese Abrüstung gehen muß und soll, bedarf umfassender Untersuchungen, die hier nicht zu leisten sind.

Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen ist seit der Gründung bis heute nicht im Geiste der UNO durchgesetzt worden. Vielmehr nutzen oder besser mißbrauchen die Großmächte die UNO als Bühne für ihre Machtinteressen. Diese Verhaltensweise kristallisiert sich institutionell im UNO-Sicherheitsrat heraus. Die Umsetzung des Gewaltmonopols der UNO verlief, wenn es dann mal zu einem Beschluß des Sicherheitsrates kam, zumeist im Interesse einer oder mehrerer Großmächte, nicht aber, um dem Gründungsgedanken der UNO und dem Geist eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit gerecht zu werden. Es ist zutreffender von einem Gewaltoligopol der Großmächte, denn von einem Gewaltmonopol der UNO zu sprechen. Kurzum: Unter den jetzigen Bedingungen und Strukturen der UNO wäre die Zustimmung zu UN-geführten, mehr noch zu rein UN-mandatierten, aber von interessengeleiteten Großmächten militärisch umgesetzten Einsätzen nichts weniger als den Interessen dieser Großmächte und deutschen Großmachtambitionen zu dienen. Es wäre eben kein „Gegenentwurf zu dem Wild-West-Denken der Cowboys dieser Welt“, wie Matthias Höhn es formuliert. Es wäre nur eine Teilnahme an diesem „Wild-West-Denken“ mit einem UN-Feigenblatt, was den Rechtsnihilismus befördert, statt dem Völkerrecht zu dienen.

Eine grundlegende institutionelle Reform der UNO und eine „Reform“ des politischen Denkens hin zu einem ehrlichen Verständnis gemeinsamer oder kollektiver Sicherheit, statt nationaler Machtinteressen sind die grundlegende Voraussetzung für die Frage von Friedensmissionen. Dafür müssen sich Linke einsetzen. (...)

Im Deutschen Bundestag sitzen bereits fünf neoliberale, transatlantische und militärisch begeisterte Parteien. Das sollte ausreichen. Es bedarf zumindest einer Partei, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse stellt.



Karikatur: Klaus Stüttmann

Am 12. Januar 2021 verstarb

Dieter Eckhardt

84jährig in Berlin.

Er gehörte viele Jahre zum Kreis der künstlerischen Mitarbeiter des „RotFuchs“, dem er seine über den RF hinaus bekannten „Lesezeichen“ zur Verfügung stellte. Trotz zunehmender Schwere seiner Krankheit verfolgte er aufmerksam das politische Geschehen und drückte ihm in seinen Collagen mit unverwechselbarer Handschrift seinen Stempel auf.

Wir bewahren Dieter als marxistisch gebildeten und politisch standhaften Genossen ein ehrendes Andenken.

Zweierlei „Maas“

Das westliche Werteregime und der Fall Nawalny

Der Name steht hier stellvertretend für die politischen Akteure, die in einer gemeinsamen Erklärung der EU die sofortige Freilassung Alexander Nawalnys gefordert haben. Einen Satz aus dieser Erklärung darf man sich getrost auf der Zunge zergehen lassen: „Die Politisierung der Justiz ist inakzeptabel, und die Rechte von Herrn Nawalny müssen respektiert werden.“ Entfernen wir den Namen und würden nicht seinen, sondern einen anderen oder den einer Organisation, ja auch einer Partei einfügen, wir würden der Aussage im Prinzip sofort zustimmen. Allerdings gab es in der Demokratie-Geschichte immer einen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Legen wir unser Augenmerk auf die Bundesrepublik. Nach dem Grundgesetz ist alle Staatsgewalt Recht und Gesetz unterworfen. Demnach hat das Recht Vorrang vor politischer Opportunität. So die Theorie. Und nun: die Praxis. Einige Beispiele:

- Gegen die Kommunistenverfolgung von 1951 bis 1968 hatte das Bundesverfassungsgericht rechtliche Bedenken. Die Adenauer-Regierung, eine Ansammlung von NS-belasteten Ministern, wollte ein Verbot und das Gericht fügte sich.

- Der sogenannte Radikalerlaß der Regierung Brand/Scheel, wonach alle Mitglieder „linksextremer Parteien“ aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden mußten. Im Artikel 3, Absatz 3, des Grundgesetzes (GG) heißt es zwar, daß niemand wegen seiner politischen Überzeugung benachteiligt werden darf, aber wo ein Wille ist auch ein (Rechts)weg.

- 1991 wurde der bis dahin geltende Rechtsgrundsatz des Rückwirkungsverbots, wonach kein Gesetz angewendet werden darf, das zur Tatzeit nicht gegolten hat, wie selbstverständlich außer Kraft gesetzt wurde. Zweck der Übung: Die DDR solle vollständig delegitimiert werden.

- Man muß nicht ganz so weit zurückgehen, um die Reichweite des Rechtsstaats und der Unabhängigkeit seiner Justiz zu begutachten.

Artikel 19, Absatz 2 GG legt fest: In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. Das hat die Politik nicht daran gehindert, beim sogenannten Asylkompromiß das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16 GG) praktisch abzuschaffen. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Entscheidung (his master's voice) durchgewunken.

- Bis 1990 wurde ein Kampfeinsatz im Ausland von jeder Bundesregierung als verfassungswidrig abgelehnt. Im Zuge einer Politik, die eine weltweite Verantwortung für Deutschland beanspruchte, wurde das Bundesverfassungsgericht auf die Linie gebracht. Selbst der von ihm durchgesetzte, im Grundgesetz allerdings nicht erwähnte Parlamentsvorbehalt ging unter der Regie der Schröder/Fischer-Regierung im Bombardement der NATO über Jugoslawien unter.

- NSU-Prozeß. Auch hier hat die schützende Hand, besser gesagt, die befehlende Hand des Staats den vorläufig letzten Richterspruch diktiert.

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen: Nach einem kurzen Anlauf erreichen wir so die aktuellen Problemzonen. Als auf einer Bundespressekonferenz die Frage gestellt wurde, warum die Bundesregierung sich nicht über die psychischen Foltermethoden empört und sich nicht für die Freilassung Julian Assanges (zumindest gegen Kautions) eingesetzt habe, kam wie ein bedingter Reflex die Antwort, er sei ja wegen Spionage angeklagt worden. Hier beruft man sich formaljuristisch allein auf einen einzigen, obendrein irrwitzigen Anklagepunkt der USA, wonach allein die Enthüllung US-amerikanischer Kriegsverbrechen die Sicherheit der USA bedroht hätte. Absurd. Als aber Nawalny nach seiner Rückkehr nach Rußland festgenommen wurde, bemühte sich der Regierungssprecher Steffen Seibert im Auftrag seiner Vorgesetzten eifrig im Versuch, sich in die russische Justiz einzumischen. Es sei empörend, daß Nawalny sich „äußerst kurzfristig“

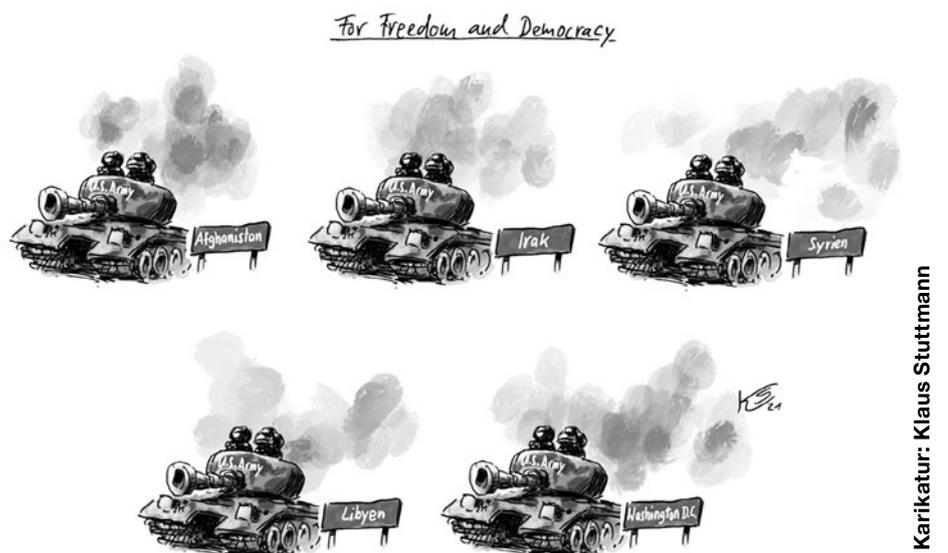
einer richterlichen Anhörung habe aussetzen lassen müssen.

Quod licet jovi non licet bovi

Hier wird offenkundig auf der Klaviatur des Empörungsjournalismus gespielt. Weil Gesetzlichkeit, Rechtsprechung und Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden allein den Spielregeln westlicher Demokratien zu folgen haben. Gegen die Demonstranten im NATO-Einzugsbereich greift man schnell zu gewohnten Vokabeln wie „gewaltbereit“, „Mob“, „rassistisch“, „Nazis“, „Hooligans“, „rechtsterroristisch“, „antistaatliche Kriminelle“ u. a. Mit Blick auf den Berliner Reichstag, Eindhoven, Amsterdam und vor allem Washington stimmt das ja auch. Aber warum will man die Differenzierungen und Einschätzungen der Täter nicht auch auf die Geschehnisse jenseits des NATO-Einzugsbereich vornehmen? In Xinjiang hat 2009 das, wie der Sozialwissenschaftler Jörg Kronauer schrieb, „vermutlich mörderischste Pogrom in der Geschichte des Autonomen Gebiets“ stattgefunden, begangen von uigurischen Nationalisten. Von der Brutalität überrascht, hat die chinesische Zentralregierung die sogenannten Umerziehungslager eingerichtet, die vom Westen als Konzentrationslager skandalisiert wurden. Die Ereignisse in Hongkong wurden von westlichen Leitmedien gleichfalls frei von Objektivität, stattdessen voller Ressentiments und Vorurteilen begleitet. Was immer in China geschieht – stets geht es darum, die territoriale Integrität und das System „Ein Staat, zwei Systeme“ infrage zu stellen. Diejenigen, die das tun, werden durch die Bank als Freiheits- und Demokratieaktivisten geehrt. Ähnlich sind die Ereignisse in Rußland einzuordnen. Wir dürfen neidvoll auf das propagandistisch geschickt aufgezogene Spektakel der transatlantischen Akteure mit ihren Geheimdiensten als Stichwortgeber bzw. Organisatoren schauen. Immer offensichtlicher wird indes die Vermutung, daß Herrn Nawalny als Marionette des WWR (Westliche Werte-Regimes) zum Zweck der Destabilisierung Rußlands eingesetzt wurde.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Eine Politisierung der Justiz sei inakzeptabel, heißt es in der EU-Erklärung. Tatsache aber ist, daß das westliche Werteregime (WWR) genau das tut, indem es das Rechtsverständnis der Staaten und ihrer Strafverfolgungsbehörden außerhalb ihres Werte-Äquators delegitimieren will.

Hans Schoenefeldt



Vertikaler Text: Karikatur: Klaus Stüttmann

Berichtigung

Zu Horst Neumann: *Unsere Niederlage und die Rolle des Kleinbürgertums*, RF 276, S. 23, dritte Spalte
Im Text muß es richtig heißen: „... Die Abwertung der Rolle des Staatsrates ab den 70er Jahren ...“

Darf oder kann Olaf Scholz Kanzler?

Der Regierungschef wird im „demokratischen Hinterstübchen“ ausgehandelt

Der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) verkündete, daß die Zahl, der für die Kanzlerkandidatur in Frage kommenden Anwärter, überschaubar sei. Gleichzeitig meinte er, daß „vielleicht jemand von der CSU“ Kanzler werden könne. Der Kanzlerkandidat sollte jedoch aus taktischen Gründen später nominiert werden. Hinter seinen Äußerungen verbarg sich ein unionsinterner Machtkampf zwischen Gruppen, die entweder Friedrich Merz oder den NRW-Ministerpräsidenten, Armin Laschet, für den Posten des Parteivorsitzenden favorisierten.

Merz und Röttgen sind aus dem Rennen um den Parteivorsitz ausgeschieden. Sie wären mit ihrer ausgeprägten neoliberalen Ausrichtung und ihrer USA-Hörigkeit keine gute Aussicht für die Bundesrepublik gewesen. Anhänger des Merkel-Lagers befürchteten außerdem, daß mit der Wahl von Merz zum CDU-Vorsitzenden die Partei ihre „Mehrheitsfähigkeit“ bei der Bundestagswahl 2021 verlieren könnte.

Die digitale Abstimmung auf dem CDU-Parteitag ergab 521 Stimmen für Laschet und 466 für Merz. Nach der digitalen Wahl folgte eine Briefwahl. Die Delegierten mußten entsprechend der Erfordernisse des Parteiengesetzes Laschet noch einmal schriftlich wählen.

CDU und CSU haben somit den „ersten“ Zugriff auf das Kanzleramt, wenn sie nach der Bundestagswahl 2021 führend an der Regierungsbildung beteiligt sind. Ob Laschet, Söder oder Spahn für die Bundestagswahlen als Kanzlerkandidat aufgestellt werden, entscheiden CDU und CSU im März.

Schäubles Bemerkung machte aber deutlich, daß die Kanzlerschaft im „demokratischen Hinterstübchen“ ausgehandelt wird. Die einfachen Bürger sind laut Grundgesetz (Artikel 54 und 63) sowieso von einer direkten Wahl eines Bundespräsidenten oder eines Bundeskanzlers ausgeschlossen. Machtkonstellationen im Hintergrund entscheiden über die Postenbesetzung. Der Rest ist reine „Formsache“.

Bereits am 10. August 2020 hatte die SPD-Führung die Personalie Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten der SPD für die Bundestagswahl 2021 offeriert. „Deutschland braucht einen Kanzler, der entschlossen ist und erfahren. Mutig auch in Krisen, sie kraftvoll überwinden kann. Mit Respekt vor jeder und jedem einzelnen. Und mit einem klaren Bild von einer guten und gerechten Zukunft für alle.“ Das meinte die SPD-Führung in einem Brief an alle SPD-Genossen. Den Segen für Scholz erteilte der rechte Seeheimer Kreis bereits vor seiner Nominierung als Kanzlerkandidat. Ihm wird Scholz auch zugerechnet.

Olaf Scholz, wurde 1958 in Osnabrück geboren und wuchs als Ältester von drei Brüdern in Hamburg auf. Er studierte Rechtswissenschaften und war als

Fachanwalt für Arbeitsrecht tätig. Über eine Juso- und Parteikarriere landete er unter Gerhard Schröder auf dem Posten des Generalsekretärs der SPD (2002 bis 2004). Auf dem Sonderparteitag der SPD am 1. Juni 2003 in Bochum verkündete die SPD ihre „Agenda 2010“ mit 90 Prozent Zustimmung der Delegierten. Es war auch seine „Leistung“, daß ein solches Ergebnis zustande kam und die Genossen dem Genossen der Bosse folgten. Schröder wollte die Bundesrepublik „wettbewerbsfähiger“ machen. Tatsächlich zeichnet die „Agenda 2010“ für prekäre Arbeitsverhältnisse, Armut trotz Arbeit, Kinder- und Altersarmut, Abbau der Sozialhilfe und für den weiteren Abstieg der „Mittelschicht“ verantwortlich. Sogar wenn die Volkswirtschaft prosperiert, geht die Schere zwischen denen, die am oberen Ende der Einkommensskala stehen und den unteren Einkommensgruppen weiter auseinander. Langsam und unübersehbar nimmt die Hoffnung bei Teilen der Bevölkerung ab, daß die Zukunft besser wird. Diese Politik trägt dazu bei, daß rechte Ideologien und Parteien immer mehr Platz in der Gesellschaft finden.

Scholz war beziehungsweise ist Bundestagsabgeordneter, bekleidete Ministerposten und das Amt des Bürgermeisters von Hamburg. Heute ist er Vizekanzler und Finanzminister.

Bei der Wahl zum Parteivorsitz hatte es für ihn 2019 nicht gereicht. Den Posten teilen sich Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Frau Esken meinte auf die Frage des Moderators in einer Talkshow Dezember 2019, ob Olaf Scholz ein standhafter Sozialdemokrat sei: „Das kann ich im Lauf der sehr langen Jahre, in denen Olaf Scholz tätig ist, so nicht beurteilen. Ehrlich gesagt.“ Diese Äußerung läßt großen Interpretationsspielraum zu.

Scholz, als ehemaliger Erster Bürgermeister in Hamburg, und weitere Hamburger SPD-Politiker stehen unter Verdacht, im Zusammenhang mit Cum-Ex-Steuerraub durch die Hamburger Privatbank M.M. Warburg 46,8 Mio. Euro aus dem Jahre 2009 nicht zurückgefordert zu haben. Die Forderung verjährte 2016. Sicherlich sind das nur Peanuts im Vergleich zu den Wirkungen der „Agenda 2010“.

Seit 2018 ist er Finanzminister in der Bundesregierung unter Frau Merkel. Nun steht er in der Kritik, im Zusammenhang mit dem Bankrott des Dax-Konzerns „Zahlungsdienstleister Wirecard“ versagt zu haben. Seine Kontrollbehörde „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ (BaFin) hatte die Finanzmanipulationen nicht „erkannt“, die zur Pleite von Wirecard führten. Zum Jahresabschluß 2020 präsentierte Olaf Scholz eine Neuverschuldung von 130,5 Milliarden Euro, die sicherlich auch der Corona-Krise geschuldet ist. Der kleine Mann wird diese neuen Schulden abtragen

müssen. Bereits die Einführung der sogenannten CO₂-Abgabe stellt eine allgemeine Steuererhöhung dar, die nichts mit dem Klimaschutz zu tun hat. Sie ist aber schon ein Vorgeschmack dessen, was nach den Wahlen 2021 im Bereich der Steuern und Abgaben passieren wird.

Olaf Scholz ist mit Sicherheit kein Linker in der Sozialdemokratie. Er ist nicht der Mann, der mit seinen Vorstellungen und Handlungen die Sozialdemokraten zu einem grandiosen Sieg in den kommenden Bundestags- und Landtagswahlen führt. Der Abstieg der SPD in der Wählergunst bei Bundestagswahlen ist kontinuierlich. Als Juniorpartner in einer großen Koalition wurde die SPD immer schwächer. 1998 bekam sie noch 40,9 Prozent der Wählerstimmen, 2005 waren es 34,2 Prozent. 2017 votierten nur noch 20,5 Prozent für die SPD. Mit der Fortführung der bisherigen Politik der SPD als Anhängsel der CDU und das Festhalten an der Agenda 2010 werden Scholz und seine Partei keinen Blumentopf gewinnen.

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die durch die Covid-19-Pandemie lediglich verstärkt wird, kann sich die SPD im Gegensatz zur CDU/CSU nicht profilieren. Das hängt einerseits mit der Rolle der CDU-dominierten Legislativen und andererseits mit der starken Propaganda zugunsten von CDU-Politikern in der „Pandemie-Bewältigung“ zusammen. Außerdem trägt die SPD als Koalitionspartner die Situation mit, daß Bundestag und Länderparlamente bei Entscheidungen zur Krisenbewältigung weitgehen außen vorgehalten werden. Es reicht eben nicht aus, sich als linke Kraft darzustellen und tatsächlich eine Politik für das Kapital und gegen das Volk zu machen. Im übrigen gilt für die kommenden Wahlen der Aphorismus, der dem ersten Reichskanzler Otto von Bismarck in den Mund gelegt wird: „Es wird niemals soviel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“

Dr. Ulrich Sommerfeld

Von Herzen unser Glückwunsch für

Rainer Albert,

der am 15. Februar seinen 80. Geburtstag begeht.

Lieber Rainer, wir danken Dir für Deine langjährige Verbundenheit mit dem „RotFuchs“ und Dein beharrliches Wirken als Leiter der Gruppe Zwickau.

Alles Gute für Dich!

Leben oder Tod?

Die Diskussion über „Triage“ ist scheinheilig

Es hat sich bis in die Chefredaktionen der bürgerlichen Leitmedien herumgesprochen: Die Corona-Pandemie deckt schonungslos die Schwächen, Versäumnisse und Fehlentwicklungen des bundesdeutschen Gesundheitssystems auf. Das gemeinhin nicht gerade für eine kritische Berichterstattung bekannte ZDF stellte in der Heute-Sendung vom 9. Dezember 2020 zur besten Sendezeit die Fragen „Droht unserem Gesundheitssystem der Kollaps?“ und „Wieso stößt eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt an seine Grenzen?“. Die Antwort folgt im besten Politikersprech: Von überlasteten und miserabel bezahlten Pflegekräften und Ärzten ist zwar kurz die Rede. Dieser „Mangel aber (sei) so schnell nicht zu beheben“, endet der Beitrag mit resignativem Unterton.

Sarkastisch und gar nicht resignativ könnte man fragen „Wieso eigentlich nicht?“ und mit Hilfe einer kleinen Rechnung würde man sogar den Weg zur Behebung des Mangels aufweisen: Rüstungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat im Frühjahr des Jahres 45 neue F-18 Kampffjets bei Boeing bestellt. Nach Expertenschätzungen werden dafür mindestens sieben Milliarden Euro (reine Anschaffungskosten) fällig. Wie die Linksfraktion im Bundestag am 22. April 2020 ausgerechnet hat, ist das der Gegenwert von 100 000 Intensivbetten, 30 000 Beatmungsgeräten sowie der Jahresgehälter von 60 000 Pflegefachkräften und 25 000 Ärztinnen und Ärzten. Die bundesdeutschen NATO-Verpflichtungen im Rahmen der nuklearen Teilhabe würden dann natürlich in Mitleidenschaft gezogen. Sicher ein verkraftbarer Verlust.

Aber hat nicht zu Beginn der Pandemie Gesundheitsminister Jens Spahn im März 2020 vollmundig versprochen, das frisch aus der Taufe gehobene „Grobkonzept Infrastruktur Krankenhaus“ werde zeitnah „die Zahl der Intensivbetten bundesweit verdoppeln“? Auch hier bringt uns eine Rechnung weiter (alle Zahlen sind dem amtlichen Intensivregister der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) für 2020 entnommen): Gab es am 16. April 2020 15 673 belegte und 11 208 freie Intensivbetten (also 26 881) in allen deutschen Krankenhäusern, waren es am 27. Dezember 2020 19 622 belegte und 4 168 freie Betten (= 23 790). Selbst wenn man die neu ab 3. August 2020 statistische erfaßten „Notfallreservebetten“ (es handelt sich um „normale“ Krankenbetten, die binnen einer Woche umgebaut werden können) miteinbezieht, erhöht dies die Zahl der Intensivbetten zum Stichtag 27. Dezember lediglich um 10 583.

Ein Rechenrick, der die realen Zahlen gleichwohl nicht verändert, denn die Notfallreserve gab es auch schon im April, lediglich statistisch gezählt wurden diese Betten nicht. Bei der Zahl der in den Intensivabteilungen Beschäftigten kann man sich das lange Rechnen sparen: Wie sich unschwer den Pressemeldungen entnehmen ließ, fehlten zum Jahresende 2020

mindestens 5 000 Pflegekräfte. Die Patientenzahlen steigen, die Zahl der Fachkräfte sinkt. Gleichzeitig sorgt das 2004 eingeführte Abrechnungssystem über Fallpauschalen – „diagnosis-related groups“ (DRG) genannt – für die profitorientierte Durchrationalisierung des Krankenhausbetriebes. Personalabbau und Kostendruck liefern Patienten, Pflegekräfte und Ärzte dem Preisdiktat der kapitalistischen Warenwirtschaft aus.

Da überrascht es nicht, daß der Anstieg der Corona-Patientenzahlen notgedrungen zum Abbau der Regelversorgung für die übrigen Patienten führt. Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Gerald Gaß beklagte im Ärzteblatt (11/2020), daß anstehende Eingriffe aufzuschieben sind und „flächendeckend Normalstationen geschlossen werden“ – soll der Kollaps des Krankenhaussystems denn noch aufgehalten werden.

Die Ressourcenknappheit, die durch Personalabbau, Verkürzung der Behandlungsdauer und Einschränkung von unrentablen ärztliche Dienstleistungen herbeigeführt wurde, stellt die Ärzteschaft und das Pflegepersonal nun auch im Bereich der Entscheidung über Leben und Tod von Patienten vor „neue Herausforderungen“: Der dem Französischen entlehnte Begriff der Triage (sortieren, aussondern) ist zum Synonym für den Umgang mit einem durch die Gesetze des Marktes erzeugten Dilemma geworden. Nehmen wir an, auf einer Intensivstation gibt es mehrere Patienten, die dringend, um ihr Überleben zu gewährleisten, an ein Beatmungsgerät angeschlossen werden müssen. Es steht aber nur ein Gerät zur Verfügung. Die Patienten verfügen also über den gleichen Erkrankungs- und Intensivstatus, ob sie weiterleben, überleben oder sterben, hängt allein vom Einsatz der künstlichen Beatmung ab. Kein Gesetz nimmt dem Arzt die Entscheidung ab. Das Dilemma, in das der entscheidende Arzt versetzt wird, kann hier nur angerissen

werden: Ein Rekurs auf die ärztliche Behandlungspflicht hilft nicht weiter, denn sie gilt für alle Patienten gleich. Auch der im „Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall“ genannte Gesichtspunkt „Dringlichkeit der Behandlung“, ist im genannten Fall vorzusetzen. Italienische Notfallmediziner arbeiten in solchen Fällen mit den von der Gesellschaft für Intensivmedizin (SIAARTI) herausgegebenen Richtlinien. Danach sind die Patienten zu priorisieren (auszuwählen), die eine höhere Überlebenschance aufweisen und/oder ein mehr an voraussichtlicher Lebenszeit („Lebenswertdifferenz“ – *piu anni di vita salvata*) mitbringen. Es entscheiden folglich Nützlichkeitsumstände: Der 40jährige ohne Begleiterkrankungen wäre dem 80jährigen mit Begleiterkrankungen vorzuziehen. Diese utilitaristische Herangehensweise (der 40jährige Familienvater wäre – weitergedacht – dem 40jährigen Alleinstehenden gegenüber zu priorisieren), verkennt in grober Weise das jeder Abwägung entzogene Lebensrecht des einzelnen. Genauso wenig lassen sich soziale Stellung, Geschlecht oder der Grad der „Systemrelevanz“ saldieren. Die sicherlich richtigen Erwägungen, die auch der „Ethikrat“ und die Deutsche Bischofskonferenz artikulieren, beseitigen jedoch eines nicht: Die Entscheidung, die – mit welchen Überlegungen auch immer und sei es aus Zufall – den einen weiterleben läßt und den anderen zum Tode verurteilt, ist alleine dem Umstand geschuldet, daß das am Profit und ökonomischer Effizienz orientierte Gesundheitssystem die Ressourcenverknappung erst herbeigeführt hat. Hierin allein liegt der ethische Skandal. Und deshalb ist die Diskussion um die Triage als medizinethisches Problem scheinheilig, solange sie die Frage nach dem „Warum?“ der knappen Ressourcen nicht stellt.

Dr. Hohmann
München



IMMOBILIENJONGLEURE

Der Mietenwahnsinn macht sich breit,
Zeigt neue Neigungsehe.
Privat, privat: das Unschuldskleid
Krankliberaler Fehlbarkeit,
Quält nun auch Großstadt Nähe.

Noch gibts „Vonovia“, trotz Kritik,
Im Dax auch „Deutsche Wohnen“.
Das Umland starr in beider Blick.
Wie lange noch will Politik
Die Spekulanten schonen?

In Startlöchern das Kapital.
Corona kam gelegen.
Zwar für die Weltmenschheit fatal.
Für Börsengaukler mondial
Ein Immobiliensegen.

Lutz Jahoda

Berlins Polizei handelte rechtswidrig

Juristische Überlegungen zum Einsatz gegen FDJ-Mitglieder auf der LL-Demo am 10. Januar 2021

Auf der diesjährigen Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 10. Januar in Berlin kam es zu brutalen Angriffen der Polizei bis hin zu Festnahmen gegen Mitglieder der FDJ. Diese wurden auf das Tragen von FDJ-Fahnen und FDJ-Hemden gestützt.

Die formelle Rechtslage bei Partei- und Vereinsverboten ist verwirrend. Gemäß Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz (GG) sind Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen, oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, verboten. Das Verbot gilt vordergründig kraft Gesetzes. Eine vollziehende staatliche Entscheidung scheint nicht erforderlich zu sein. Wie könnte etwas verboten werden, was schon verboten ist? Tatsächlich verlangt das Vereinsgesetz aber eine staatliche Entscheidung: „Ein Verein darf erst dann als verboten (Artikel 9 Abs. 2 GG) behandelt werden, wenn durch Verfügung der Verbotsbehörde festgestellt ist, daß seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet ...“ (Paragraph 3 Vereinsgesetz).

Im Zuge von Maßnahmen gegen die „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951“ hatte die Bundesregierung durch Beschluß vom 24. April 1951 erklärt, daß die Freie Deutsche Jugend (FDJ) sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete und daher gemäß Art. 9 Abs. 2 GG verboten sei. Am 29. September 1953 stellte das

Bundeskabinett beim Bundesverwaltungsgericht gegen die FDJ in Westdeutschland den Antrag, daß diese gemäß Art. 9 Abs. 2 GG verboten ist. Diesem Antrag gab das Bundesverwaltungsgericht durch Urteil vom 16. Juli 1954 – A 23.53 – statt. Das Urteil betraf nicht die FDJ der DDR. Diese besteht bis heute fort. Sie verwendet Fahnen und Blauhemden der FDJ der DDR, die denen der von der FDJ in der Bundesrepublik Deutschland ähneln.

Gemäß Paragraph 86a Abs. 1 Nr. 1 Strafgesetzbuch (StGB) wird bestraft, wer im Inland Kennzeichen einer der in Paragraph 86 Abs. 1 Nr. 2 StGB bezeichneten Parteien oder Vereinigungen verbreitet oder öffentlich, in einer Versammlung oder in von ihm verbreiteten Schriften verwendet. Gemäß Paragraph 86a Abs. 2 StGB sind Kennzeichen im Sinne des Absatzes 1 namentlich Fahnen ... Uniformstücke. Vereinigungen gemäß Paragraph 86 Abs. 1 Satz 2 StGB sind u.a. solche, die unanfechtbar verboten sind, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten.

Die Berliner Polizei stützt sich darauf, daß die FDJler am 10. Januar Kennzeichen der verbotenen FDJ in Westdeutschland öffentlich verwendet und sich damit strafbar gemacht haben. Die Polizei will aus Gründen der Strafverfolgung (repressiv) und zwecks Verhinderung weiterer Straftaten (präventiv) tätig geworden sein.

Die FDJ hat dem entgegengehalten: „Die FDJ ist im Westen und Osten Deutschlands so legal wie man unter der Berliner Annexionsregierung nur sein kann. Nämlich so weit wie es einem Polizeipräsidenten in preußischer Manier

oder einem scharf abgerichteten Hund in der Staatsanwaltschaft gerade zupaß kommt“.

Die These, von der Legalität der FDJ im Westen leuchtet auf den ersten Blick formal nicht unmittelbar ein, sie ist aber im Ergebnis richtig. Die FDJ im Westen wurde im Jahre 1954 entgegen der materiellen Rechtslage, was hier nicht näher ausgeführt werden kann, rechtswidrig, aber rechtswirksam verboten. Was rechtswidrig ist, ist nicht unbedingt nichtig. Die Gerichte treffen in zahlreichen Fällen rechtswidrige Urteile, die aus formellen Gründen wirksam sind. Die FDJ auf dem Gebiet der DDR ist durch das Gesetz zum Einigungsvertrag – Art. 231 EGBGB Paragraph 2 – geschützt und legal. Natürlich konnte die FDJ in der DDR sich nach dem Beitritt auf das Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik ausdehnen und dort Gruppen bilden, die dort legal agieren können.

Haben nun die FDJler, die am 10. Januar ihre Fahnen und Blauhemden getragen haben, gegen Paragraph 86a StGB verstoßen? Nein, sie haben die Kennzeichen der FDJ der DDR verwendet. Ähnlichkeiten mit den Kennzeichen der FDJ auf dem Gebiet der Bundesrepublik, die im Jahre 1954 verboten wurde, sind für die strafrechtliche Beurteilung irrelevant. Das Vorgehen der Berliner Polizei war rechtswidrig. Im Zusammenhang mit dem Demonstrationzweck, der Ehrung der von den Schergen der Großbourgeoisie ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, kommt ihm eine Symbolwirkung zu, die nicht schlimmer sein könnte.

Dr. iur. Wilhelm Rettler
Wittenberg

Wider die tödliche Gefahr

Den folgenden Artikel veröffentlichte die „New York Times“ Mitte vergangenen Jahres. Obwohl der seinerzeitige US-Präsident inzwischen aus dem Amt gewählt werden konnte, besteht das in dem NYT-Bericht geschilderte Problem weiterhin. Auch eine Initiative amerikanischer Abgeordneter drängt mittlerweile auf eine Änderung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen.

Die gegenwärtige Debatte darüber, wie Präsident Trump seine Rolle als Oberbefehlshaber mißbraucht, hat eine noch dunklere, nukleare Dimension. Wenn der Präsident seine Autorität dazu mißbrauchen kann, um Truppen gegen friedliche amerikanische Demonstranten zu entsenden, könnte er dann nicht auch seine Autorität mißbrauchen, um Atomwaffen einzusetzen?

Vor vier Jahren wurde die Frage, wem die uneingeschränkte Autorität zum Auslösen eines Atomkriegs anvertraut werden sollte, zu einem Top-Thema im

Präsidentenwahlkampf. Wie Hillary Clinton in einer Rede am 2. Juni 2016 in San Diego sagte, als sie von ihrem Gegner sprach: „Das ist niemand, der jemals die Codes zum Nuklearknopf haben sollte, denn es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß Donald Trump uns in einen Krieg führt, nur weil ihm jemand Kontra gegeben hat.“

Als dieser „Jemand“ entpuppte sich Kim Jong-un, der ebenfalls über Atomwaffen verfügende Führer Nordkoreas. 2017 versprach Präsident Trump, „Feuer und Wut“ auf den Norden herabregnen zu lassen, und später verspottete er Kim Jong-un auf Twitter: „Auch ich habe einen Nuklearknopf, aber er ist viel größer und mächtiger als meiner, und mein Knopf funktioniert!“ Das könnte als Drohung interpretiert werden, einen Atomschlag zu starten.

So beunruhigend es auch sein mag: Mr. Trump hat die absolute Autorität, einen Atomkrieg zu beginnen. Innerhalb von Minuten könnte der

Präsident das Äquivalent von mehr als zehntausend Hiroshima-Bomben abwerfen lassen. Und er braucht dazu keine zweite Meinung! Der Verteidigungsminister hat kein Mitspracherecht. Der Kongreß hat kein Mitspracherecht. Und doch würde dies das Ende der Zivilisation, wie wir sie kennen, bedeuten.

„Es gibt nichts, was einen Atomkrieg stoppen könnte, außer dem Gehirn von Donald Trump“ sagt Ben Rhodes, der als stellvertretender nationaler Sicherheitsberater von Präsident Barack Obama tätig war, in unserem neuen Buch „The Button“ (Der Knopf). „Darüber sollte sich jeder Sorgen machen.“

Mr. Trump ist nicht der erste und wird wahrscheinlich auch nicht der letzte Präsident sein, der solche Befürchtungen auslöst. Einem Präsidenten eine solch unkontrollierte Vollmacht zu geben, birgt ein erhebliches Risiko. Es besteht immer die Gefahr, daß er in dem Moment, in dem es darauf ankommt, uninformiert und impulsiv ist (wie Mr. Trump), zuviel

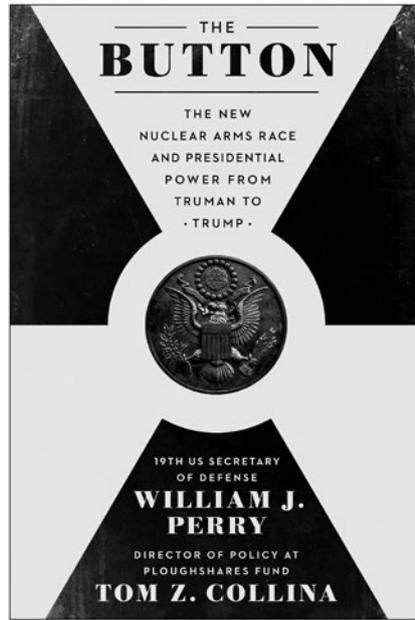
trinkt (Richard Nixon) oder gerade etwas anderes tut, das sein Urteilsvermögen trüben könnte. Präsidenten machen Fehler – wie wir alle. Sie sind auch nur Menschen.

Warum also geben wir einem fehlbaren Menschen so viel Macht? Es begann vor 75 Jahren, als Präsident Harry Truman die Verwüstungen von Hiroshima und Nagasaki vor Augen geführt wurden und er sich entschloß, die Atombombe nicht mehr einzusetzen. Für ihn bedeutete das, sie aus den Händen des Militärs herauszuhalten. So erklärte Truman, daß keine weiteren Atombomben abgeworfen werden dürften, es sei denn, er habe dies persönlich autorisiert – und seither ist die Bombe nicht mehr eingesetzt worden.

Aber zusätzlich zu der lobenswerten zivilen Kontrolle schuf Truman den gefährlichen Präzedenzfall der Ein-Personen-Kontrolle. Atombomben wurden zur „Waffe des Präsidenten“, und die alleinige Autorität wurde gestärkt, da sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion ballistische Raketen entwickelten, welche jeden Punkt der Erde in 30 Minuten oder weniger erreichen konnten.

Und die furchtbare Fähigkeit, Hunderte von thermonuklearen Waffen innerhalb weniger Minuten abzufeuern, war mit ernststen Gefahren verbunden. Wäre jeder Präsident in der Lage, unter so extremem Zeitdruck eine kluge Entscheidung zu treffen? Was wäre, wenn es ein falscher Alarm wäre? Woher würde der Präsident das wissen?

Dies ist keine leere Sorge. Wir wären während des Kalten Krieges mehrmals beinahe in einen Atomkrieg hineingestolpert. Vor allem Fehlalarme sind eine echte und wachsende Sorge. Dr. Perry erlebte vor 40 Jahren, am 3. Juni 1980, einen Fehlalarm, als ein fehlerhafter 46-Cent-Computerchip den Abschluß von Hunderten von Raketen aus der Sowjetunion anzeigte, aber glücklicherweise wurde diese Fehlfunktion rechtzeitig erkannt. Heute sind Fehlalarme noch wahrscheinlicher, weil unsere Waffen und Warnsysteme anfällig für Cyber-Attacken sind, wie sie die Vereinigten Staaten 2009 gegen das Uran-Anreicherungsprogramm des Iran durchgeführt haben. Wenn der Präsident als Reaktion auf einen Fehlalarm Atomwaffen abfeuert, würde er – aus Versehen – den Dritten Weltkrieg auslösen.



Zum Glück *müssen* wir solche Risiken nicht eingehen.

Das ganze Konzept der alleinigen Autorität beruht auf der falschen Annahme, Rußland könnte einen überraschenden Erstschlag ausführen. Der Kalte Krieg endete vor 30 Jahren, und wir wissen heute, daß Rußland nie ernsthaft einen Erstschlag gegen die Vereinigten Staaten in Erwägung gezogen hat – aus dem gleichen Grund, aus dem wir ebenfalls nie ernsthaft einen Erstschlag gegen Rußland in Erwägung gezogen haben: Es wäre nationaler Selbstmord. Beide Seiten müssen davon ausgehen, daß ein Angriff einen inakzeptablen nuklearen Vergeltungsschlag provozieren würde. Beide Nationen und ein Großteil der übrigen Welt würden ausgelöscht werden. Einen solchen Krieg zu beginnen, wäre Wahnsinn.

Mit dieser erschütternden Realität vor Augen erklärten Präsident Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, der Führer der Sowjetunion und Generalsekretär der Kommunistischen Partei, 1985, daß „ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“. Sie hatten recht.

Indem wir uns auf einen unwahrscheinlichen Überraschungsangriff konzentrieren, machen

wir es wahrscheinlicher, daß wir in den Armageddon stolpern. In einer Krisensituation sollten wir auf alle Fälle wünschen, daß sich der Präsident nicht unter Druck gesetzt fühlt, eine schnelle Entscheidung treffen zu müssen. Die Aufrechterhaltung einer wirksamen Abschreckung erfordert nicht, daß wir uns in einen Atomkrieg stürzen, sondern wir müssen die Entscheidungszeit von Minuten auf Stunden erhöhen.

Und zwar so:

Erstens: Der Präsident sollte nicht die alleinige Autorität zur Auslösung eines Erstschlags haben, sondern diese Entscheidung mit einer ausgewählten Gruppe im Kongreß teilen. Es besteht keine Notwendigkeit, diese Entscheidung schnell zu treffen.

Zweitens: Die Vereinigten Staaten sollten erklären, daß sie niemals einen Atomkrieg beginnen werden und die Bombe nur als Vergeltungsmaßnahme einsetzen würden.

Drittens: Die Vereinigten Staaten sollten landgestützte ballistische Raketen, die einen Präsidenten zu einer schnellen „Sie-einsetzen-oder-sie-verlieren-Entscheidung“ zwingen könnten, außer Dienst stellen. Diese Raketen werden zur Abschreckung, die durch überlebensfähige U-Boot-gestützte Waffen gewährleistet wird, nicht benötigt.

Vor fünfundsiebzig Jahren gab sich Präsident Truman die alleinige Macht über einen Atomkrieg. Seitdem hat sich jeder Präsident daran gehalten. Das war damals eine schlechte Politik; heute ist sie unentschuldig. Wir brauchen diese Risiken nicht mehr einzugehen, und wir können uns sicher vom Abgrund zurückziehen. Es ist höchste Zeit, den Nuklearknopf in den Ruhestand zu versetzen. Niemand sollte die unkontrollierte Macht haben, die Welt zu zerstören.

William J. Perry und Tom Z. Collina

William J. Perry diente als Verteidigungsminister in der Clinton-Administration, und Tom Z. Collina ist Direktor für Politik beim Ploughshares Fund. Sie sind die Co-Autoren des vor kurzem im Verlag Benbella Books (Dallas) erschienenen Buches „The Button: The New Nuclear Arms Race and Presidential Power from Truman to Trump“.

(„The New York Times“, 22. Juni 2020; Übersetzung: me.)

Entwicklungsweg für fünf Jahre beschlossen

Im Januar fand der XI. Parteitag der Laotischen Revolutionären Volkspartei statt

Vom 13. bis zum 15. Januar dieses Jahres führte die sich als marxistisch-leninistische Partei verstehende Laotische Revolutionäre Volkspartei (LRVP) in der laotischen Hauptstadt Vientiane ihren XI. Parteitag durch. Auf ihm wurden die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der letzten fünf Jahre eingeschätzt, ein neues Zentralkomitee gewählt sowie Pläne und Absichten für die nächsten fünf Jahre formuliert und

verabschiedet. Zudem wurden auf der anschließenden ersten Sitzung des neuen Zentralkomitees ein neues Politbüro sowie ein neuer Generalsekretär gewählt.

Die an Thailand, Kambodscha, Vietnam und China angrenzende Volksdemokratische Republik Laos wurde nach dem Sturz der Monarchie am 2. Dezember 1975 ausgerufen und wird seitdem durch die 1955 gegründete LRVP regiert. Die Wurzeln der Partei sind

so vielschichtig und weitläufig wie die Geschichte Südostasiens. Sie entwickelte sich einerseits aus dem antikononialen Krieg gegen Franzosen und Japaner, andererseits aus dem Kampf gegen die nach dem Abzug der fremden Besatzungsmächte mit den Vereinigten Staaten von Amerika kollaborierende Monarchie. Zudem ist ihre Geschichte mit der von Ho Chi Minh geführten Kommunistischen Partei Indochinas verbunden.

Ziel der LRVP ist es seit dem IV. Parteitag von 1986, mittels einer an China und Vietnam angelehnten Politik der „Neuen Ökonomischen Mechanismen“ die wirtschaftlichen Potentiale des Landes durch Öffnung und die Möglichkeit ausländischer Investitionen besser zu entfalten. Auf diese Weise sollen die Produktivkräfte so entwickelt werden, daß sie die Grundlage eines modernen sozialistischen Staatswesens bilden können. Gegenwärtig ist Laos vor allem landwirtschaftlich und durch den Abbau von Bodenschätzen wie Gold, Kupfer und Zink geprägt. Ziel ist daher, die Grundlagen für eine die wirtschaftliche Unabhängigkeit garantierende Entwicklung zu schaffen. Wichtigste ökonomische Partner sind dabei China, Thailand und Vietnam. Seit

dem X. Parteitag von 2016 wurden neben dem Marxismus-Leninismus die Ideen ihres langjährigen Vorsitzenden Kaysone Phomvihane als ideologische Grundlage der LRVP festgeschrieben. Gegenwärtig gehören der Partei etwa 350 000 Mitglieder an (bei einer Bevölkerung von etwa sieben Millionen Einwohnern im ganzen Land).

Thema auf dem XI. Parteitag war vor allem der Weg der nächsten fünf Jahre im Kontext der wirtschaftlichen Folgen der Covid-Pandemie sowie der Schuldenabbau. Laos ist nach Angaben der „Bangkok Times“ in Höhe von etwa 70 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts im Ausland verschuldet und befürchtet daher in den kommenden Jahren eine Rezession. Zugleich wurde mit der Ablösung des bisherigen Generalsekretärs

des ZK Bounnhang Vorachith durch den derzeitigen Ministerpräsidenten Thongloun Sisoulith ein Generationswechsel vollzogen. Der weiterhin als Staatsoberhaupt fungierende, 1937 geborene Vorachith ist einer der letzten Vertreter der gegen die Franzosen und die Monarchie kämpfenden Revolutionäre der ersten Stunde. Der 1945 geborene und in der UdSSR sowie Vietnam ausgebildete Sisoulith gehört zur vor allem durch verschiedenen Funktionen im Staats- und Parteiapparat geprägten Generation. Dem neuen ZK gehören 71 Vollmitglieder und 10 Kandidaten an, das neue Politbüro wurde von 11 auf 13 Mitglieder erweitert.

S. M.
Berlin

Eine Attacke auf Belarus und Rußland

Die Eishockey-Weltmeisterschaft soll nicht in Minsk stattfinden

Es ist nun beschlossene Sache, daß es 2021 keine Weltmeisterschaft in Belarus geben wird. Dies gab die Internationale Eishockey-Föderation (IIHF) offiziell bekannt. Ursprünglich sollte das Turnier in zwei Ländern stattfinden – Lettland und Belarus. Doch nach den „Massenprotesten“ im Zusammenhang mit den im August abgehaltenen Präsidentschaftswahlen zeichnete sich bereits ab, daß der Turnierstandort Minsk gestrichen werden würde. Es stellte sich nur die Frage, wann die unter enormem Druck von allen Seiten stehende IIHF einknicken würde.

„Für uns ist es kein Problem, auch damit umzugehen. Ob die WM hier stattfindet oder nicht, ob sie uns genommen wird oder nicht – für uns gibt es keinen Grund, auch nur einen Millimeter von unserem Kurs abzuweichen. Sollte uns die WM genommen werden, wäre dies ein riesiger Skandal. Denn wir sind bestens vorbereitet, um die Weltmeisterschaft durchzuführen“, sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko im Vorfeld der Entscheidung.

Wie konnte es zum Entzug der WM kommen? Ganz einfach: Sponsoren begannen sich zu weigern, die WM weiterhin zu finanzieren, falls sie wie geplant in Minsk stattfinden sollte. Die tschechische Automarke Škoda, seit langem einer der Hauptgeldgeber der WM, und der Kosmetikhersteller „Nivea Men“ kündigten an, ihre finanzielle Unterstützung des Turniers einzustellen, wenn es in der Hauptstadt von Belarus stattfinden sollte.

Die sonst gern verbreitete Weisheit des Sports in aller Welt, nach welcher er außerhalb der Politik stehe, ist damit wieder einmal ad absurdum geführt worden. Das Beispiel des Entzugs der Koordination durch Belarus ist dafür nur eines von vielen Beispielen. Stattdessen sollte man ehrlich sein und betonen, daß Sport und Politik

untrennbar miteinander verbunden sind. Denn jede Sportveranstaltung, die in einem Land stattfinden soll, das von westlicher Seite kritisiert wird, steht unter besonderer politischer Beobachtung durch den sich als Weltpolizei aufführenden Westen. So war es z. B. auch bei der Fußball-WM in Rußland 2018. Diesmal ist es eine Weigerung der Sponsoren, das nächste Mal ist es eine andere vorgeschobene Begründung. Letztlich ist es nichts anderes als politischer Druck! Ähnlich äußerten sich auch die Eishockey-nationalspieler aus Belarus offiziell.

Europäische Politiker, Funktionäre der IIHF und der nationalen Verbände sowie einige Eishockeyspieler erklärten immer wieder, daß es unmöglich sei, in einem Land zu spielen, in dem das Regime von Alexander Lukaschenko herrsche und die Rechte der Bürger verletze. Der Präsident der IIHF, der Schweizer René Fasel, flog persönlich zu einem Treffen mit dem Präsidenten von Belarus. Jedoch konnte auch dies nichts an der Entscheidung ändern. Der Druck der Geldgeber und der gegen die Souveränität von Belarus gerichteten Politik war zu stark. Fasel wiederum konnte nicht zulassen, daß die Eishockey-Weltmeisterschaft zum zweiten Mal in Folge abgesagt wurde.

Und wo findet nun die WM 2021 statt? Es gibt noch keine Lösung. „Der Austragungsort des Turniers wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt“, teilte die IIHF offiziell mit. Anscheinend gibt es drei Optionen: Das gesamte Turnier an Lettland vergeben (wie schon 2006), den Austragungsort Minsk durch einen Ort in der Slowakei oder Dänemark ersetzen oder das ganze Turnier in Tschechien und Deutschland oder Schweden und Finnland stattfinden lassen. Wobei die beiden letztgenannten Optionen als unrealistisch einzuschätzen sind.

„Es ist sehr bedauerlich, daß die gemeinsame Austragung von Minsk und Riga abgesagt werden mußte. Dabei haben wir versucht, die Weltmeisterschaft als Instrument der Aussöhnung zu fördern und so zu einer Lösung der gesellschaftspolitischen Probleme in Belarus beizutragen. Die IIHF ist jedoch der Ansicht, daß die WM von keiner Partei für politische Propaganda genutzt werden sollte“, sagte Fasel.

Der bekannte Eishockey-Trainer Andrej Nasarow äußerte sich wie folgt: „Ich habe gerade die Nachrichten über die Absage der Eishockey-WM in Minsk gelesen. Ich glaube, daß dies einen mächtigen Angriff auf Rußland und seine strategischen Partner darstellt. Einige Herren können uns die schnelle Lösung von Konflikten in einigen Krisenregionen sowie unseren Einfluß auf verschiedenen anderen Gebieten anscheinend nicht verzeihen. Doch das Leben geht weiter und ich glaube nicht, daß es für Belarus ein Problem ist, wenn die WM dort nicht stattfindet. Wir alle sehen, daß der politische Gegner beginnt, uns zu umzingeln. Er beginnt bemerkenswerterweise auf dem Gebiet des Sports damit und dies obwohl es seit Alters her eine goldene Regel gibt: Der Sport steht außerhalb der Politik. Dies ist eigentlich seit der Antike so, denn während der Olympischen Spiele pausierten zumindest im Altertum alle militärischen Konflikte. Ich bin der Meinung, daß dies auch in der heutigen Zeit gelten sollte. Doch bis dem so ist, werden wir uns nach derartigen Manövern unserer Gegner enger zusammenschließen als zuvor und so noch stärker werden.“

Der Artikel erschien unter dem Titel *„Правило ‚спорт вне политики‘ перестало кого-то интересовать“* in der Zeitung *„Sowjetskaja Rossija“* (Nr. 6 vom 23. Januar 2021, S. 4)
Übersetzung und Bearbeitung: Silvio Michallek

Bauernaufstand in Indien

Landesweite Bewegung wehrt sich gegen neue Agrargesetze

Der Autor des folgenden Beitrages, Professor Balwinder Singh Tiwana, Professor am Fachbereich Wirtschaft der Punjabi-Universität in Patiala (Indien), ist seit langen Jahren Mitglied der World Association of Political Economy (WAPE). 2017 hat er das WAPE-Forum an seiner Universität ausgerichtet. Auf unsere Anfrage schrieb er uns folgenden Bericht vom 5. Januar 2021. Korrespondenz und Übersetzung durch Ernst Herzog und Cornelius Renkl:

Die indische Regierung hat am 5. Juni 2020 Verordnungen zur Agrarreform verabschiedet und die Gesetze dann im September im indischen Parlament ohne Abstimmung in der Rajya Sabha (zweite Kammer des indischen Parlaments) am 22. September 2020 verabschiedet. Die Führer der Bauernorganisationen, Intellektuelle, die auf der Seite des Volkes stehen, und andere haben aus diesem Anlaß grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Bezweifelt wurde die Rechtmäßigkeit dieser Gesetze, da die landwirtschaftliche Produktion gemäß der föderalen indischen Verfassung in die Zuständigkeit der Landesregierungen fällt. Die Bauernbewegung machte deutlich, daß diese Gesetze gegen die Bauern, gegen Landarbeiter, gegen arme Menschen und auch gegen die Einwohner der Städte gerichtet sind.

Unmittelbar nach der Verabschiedung der drei Gesetze am 5. Juni 2020 begannen die Führer der Bauernorganisationen und Intellektuelle einen Dialog über deren verheerende Auswirkungen. Nach und nach riefen sie zu Versammlungen auf, um auf die bauernfeindlichen Bestimmungen aufmerksam zu machen. Einige Proteste gab es bereits im Juli 2020. Am 20. Juli verbrannten z. B. Bauern in vielen Dörfern des Punjab Bildnisse der BJP-SAD. (Die Bharatiya Janata Party – BJP; „Indische Volkspartei“ – ist eine rechtskonservative, hindunationalistische Partei in Indien, die seit 1919 die Mehrheit im Lok Sabha, der ersten Kammer des Parlaments, hat und seit 2014 mit Narendra Modi den Ministerpräsidenten stellt. SAD steht für Shiromani Akali Dal („Höchste Partei Gottes“) und ist eine Partei der Sikhs im Bundesstaat Punjab. Sie arbeitete bis 2020 mit der BJP und anderen Parteien in der „Nationalen Demokratischen Allianz“ (NDA) zusammen.)

Am 27. Juli 2020 gab es einen beeindruckenden Traktorenaufrmarsch, zu dem die Bauernorganisationen aufgerufen hatten, und den Parlamentsabgeordneten der Region wurde ein Memorandum übergeben. Ein Protestmarsch mit Traktoren fand in der Stadt Bathinda statt, an die damalige Ministerin Harsimrat Kaur Badal (SAD) wurde eine Erklärung überreicht. Auf diese Weise wurde der Traktor zum Symbol des Protests. Nach diesen Traktormärschen schlossen sich auch einige politische Parteien mit Ausnahme der BJP in Punjab der Bewegung an. Mit dem Fortschreiten der Agitation nahm langsam auch die Beteiligung von Jugendlichen und Frauen zu. Dann wurde auf den Aufruf der

Bauernorganisationen hin in der ersten Augustwoche 2020 ein Memorandum von den Bauern bei den Deputy Commissions/Collectors (Kommission der öffentlichen Hand) eingereicht. Es gab eine Kampagne auf Dorfebene gegen die drei „schwarzen“ Verordnungen. Danach fand im August ein Treffen des All India Kisan Sangrath Coordination Committee (AIKSCC – Allindisches Koordinationskomitee der Bauernkämpfe) statt. Am 19. August 2020 beschlossen alle 31 Organisationen der Landwirte im Punjab, gemeinsam und geeint zu arbeiten. Auch die Landarbeitergewerkschaften unterstützten die Agitation und schließlich beschlossen alle 31 Organisationen, in Koordination mit dem AIKSCC zu arbeiten. Einige Organisationen untersagten im Monat August die Einreise von Führern der BJP in

Bauern kündigte der Regierungschef des Punjab am 16. September an, alle gegen die Bauern erhobenen Anklagen zurückzuziehen. Die Bewegung hielt das nicht auf. Die Bauernverbände des Punjab organisierten nun für den 25. September einen Punjab Bandh (Punjab-Generalstreik), und blockierten Straßen und Schienen. Aber die Modi-Regierung brachte am 14. September die drei Gesetzentwürfe ins indische Parlament ein und am gleichen Tag riefen alle 31 Punjab-Bauernorganisationen zu „Lalkar Rallies“ (Protestmärschen) auf, die in Patiala, Phagwara, Barnala, Amritsar und Moga sehr erfolgreich waren. Im Punjab begannen die Bauernverbände ab dem 1. Oktober 2020 eine Bahn-Roko (Blockaden), organisierten den Boykott von Reliance-Tankstellen (Reliance ist einer der größten



Demonstration indischer Bauern (Nov. 2020)

Foto: Randeep Maddoke

die Dörfer des Punjab. Dann riefen die Organisationen zum „Jail Bharo“ (Gefängnis-Bharo, Protestform, bei der die Protestierenden sich verhaften lassen und die Gefängnisse füllen) vom 7. bis 10. September auf, um dem Premierminister durch Regierungsbeamte eine Denkschrift zu überreichen. Zu dieser Zeit hatten die Bauern den bauernfeindlichen Charakter der „schwarzen“ Verordnungen begriffen und sie begannen, in großer Zahl zu Kundgebungen und Dharnas (Sitzblockaden) zu kommen. Die Regierung des Punjab begann, Strafverfahren gegen die Bauern wegen Verstoßes gegen Abschnitt 144 der Strafprozessordnung und Covid-19-Richtlinien einzuleiten. Zu dieser Zeit begannen auch in Haryana (Bundesstaat zwischen Punjab und Delhi) Proteste. Ende August gab es Berichte, daß die Bauern in fast 20 Bundesstaaten aufbegehren. In der zweiten Septemberwoche kam es in den Städten Pipli und Karnal im Bundesstaat Haryana zu heftigem Widerstand, bei dem die Polizei die protestierenden Bauern mit Schlagstöcken angriff. Die Organisationen der Bauern im Punjab protestierten am 11. September dagegen. Unter dem Druck der wachsenden Wut und des Kampfes der

Konzerne Indiens und der Welt), Einkaufszentren und stellten Streikposten an Straßenmuntstellen auf. Eine große Anzahl von diesen wurde geöffnet, nach und nach wurden alle in Punjab kostenlos.

Bei den Kundgebungen forderten die Bauern die SAD auf, ihren Standpunkt klarzustellen. Daraufhin trat die SAD aus dem Unionskabinett in Delhi aus und begann, sich gegen die drei Gesetze auszusprechen. Harsimrat Kaur Badal trat am 17. September als Ministerin aus dem Unionskabinett zurück. Am 27. September unterzeichnete aber der Präsident Indiens dennoch die vom Parlament verabschiedeten Gesetze (ohne Abstimmung in der Rajya Sabha). Am 27. September trat die SAD nach 27 Jahren der Allianz mit der BJP aus der NDA aus. Es begann ein 24stündiger Streik an den Mautstationen und den Reliance Tankstellen.

Während dieses Kampfes wurden die Bauernorganisationen am 7. Oktober zum ersten Mal von der Unionsregierung offiziell angesprochen und nach Delhi eingeladen, um Informationen über die Agrargesetze zu erhalten. Alle 31 Verbände lehnten zunächst ab, fuhren aber dennoch am 13. Oktober zu Gesprächen

nach Delhi. Sie trafen aber nur auf den beigeordneten Sekretär des Landwirtschaftsministeriums der indischen Regierung. Weil kein Minister anwesend war, boykottierten die Bauern daraufhin die Gespräche. Die Modi-Regierung setzte eine Gruppe von acht Unionsministern ein, die virtuelle Konferenzen im Punjab abhielten, um die Bauern über die Gesetze zu informieren.

Währenddessen wurden die „Rail Roko“-Proteste fortgesetzt, aber dann stoppte die Zentralregierung am 21. Oktober 2020 selbst die Züge bis zum 23. November und erklärte, kein Zug werde fahren, solange die Personenzüge blockiert werden. Danach rief AIKSCC zu „Chakka Jam“ (Blockieren der Straßen) am 5. November und zum „Delhi Chalo“ („Laßt uns nach Delhi marschieren“) am 26. und 27. November 2020 auf. Zu diesem Zeitpunkt und durch diesen Aufruf begann die Bewegung, sich in ganz Indien auszubreiten.

Nach dem Aufruf des AIKSCC (jetzt United Kisan Morcha genannt) hielt die Modi-Regierung am 13. November Treffen mit den Bauernorganisationen des Punjab ab, bei denen Eisenbahnminister Pyush Goyal und der Minister für Landwirtschaft und Bauernwohlfahrt Narendra Singh Tomar sowie der Staatsminister für Handel und Industrie Som Nath anwesend waren.

Am 24. und 25. November setzten sich die Bauern des Punjab dem Ruf der Bauernorganisationen folgend in Richtung Delhi in Bewegung. Am 26. November durchbrachen Tausende und Abertausende Bauern aus Punjab die Barrikaden an den Grenzen von Haryana (bei Sambhu, Khanori und Mandi Dabhwali) und zogen in Richtung Delhi. In diesem Kampf, Delhi zu erreichen, halfen die Bauern aus Haryana den Bauern aus Punjab in großem Maße. Nun begannen die Bauern eine Morcha (Blockade) an den Grenzen von Singhu und Tikri zum Hauptstadtdistrikt von Delhi ab dem 27. November 2020. Die Bauernorganisationen durchkreuzten so alle Pläne und Böswilligkeiten der Modi-Regierung.

Mit Tausenden Traktoren, Bussen, Autos usw. saßen nun Hunderttausende Bauern an den Grenzen der Bundeshauptstadt und begannen, die Öffentlichkeit über die Gesetze aufzuklären. Es kamen Künstler, Angestellte, Arbeiter, Studenten, Intellektuelle und andere, um die Bauern zu unterstützen. Auch die NRIs (indische Staatsbürger, die im Ausland leben) boten Unterstützung an. Eine große Anzahl von Frauen und Kindern beteiligte sich ebenfalls an den Morchas.

Die Unionsregierung versuchte, die Bauern in einigen Stadien und auf offenen Plätzen wie in Burari, einem Teil von Delhi, einzukesseln. Sogar der indische Innenminister Amit Shah appellierte an die Bauern, auf Plätze in Burari zu kommen, aber die erfahrene Führung der Bauern durchkreuzte alles. In den riesigen Ansammlungen Hunderttausender an den Grenzen Delhis wurden die Bauernwagen zu Wohnstätten gemacht. In Punjab gibt es etwa 12 500 Dörfer und Einwohner aus jedem von ihnen befinden sich an diesen Grenzen. Seit Anfang Dezember kommen nun auch Bauern aus anderen Bundesstaaten dorthin.

Am 1. Dezember 2020 begann die Modi-Regierung, regelmäßig Treffen mit den Organisationen der Bauern abzuhalten. Es gab solche Zusammenkünfte am 1., 3., 5. und 8. Dezember 2020 – aber ohne jedes Ergebnis. Als Konsequenz formulierten die Bauernverbände ihre Standpunkte mit jedem Treffen härter und härter.

Am 8. Dezember stellten sie die Forderung nach Rücknahme der drei Anti-Bauern-Gesetze in einer Ja- oder Nein-Abstimmung auf. Bis dahin waren erneut Tausende Bauern mit Traktorzügen und anderen Fahrzeugen nach Delhi gekommen, wobei sie Barrikaden in den Bundesstaaten Uttra Kand, Uttra Pradesh, MadhyaPradesh, Maharashtra, Rajasthan u. a. durchbrochen hatten. Sie blockierten die National Highways, die Autobahnen, bei Haziipur, Shajapur und Palwal. Es entstand eine Bewegung aller indischen Bauern.

Seit dem 8. Dezember gab es zunächst kein weiteres Treffen der indischen Unionsregierung mit den Bauern, lediglich einige Briefe wurden ausgetauscht. Schließlich schickten die Bauernorganisationen einen Brief an die Regierung mit einer Tagesordnung. Sie legten darin den 29. Dezember als Datum für ein Treffen im Vigyan Bhawan (Konferenz Zentrum in Neu Delhi) mit einer Tagesordnung von vier Punkten fest.

Diese waren:

- (1) Diskussion über den Prozeß und die Modalitäten der Aufhebung aller drei Agrargesetze der Union
- (2) Erörterung der Bestimmungen über die Gewährung eines günstigen MSP (Minimum Support Price – Mindestunterstützungspreis. Der MSP reguliert den Aufkauf von landwirtschaftlichen Produkten in Indien) für alle Bauern, wie von der Nationalen Bauernkommission vorgeschlagen.
- (3) Die Befreiung der Landwirte von Auflagen zur Luftverschmutzung
- (4) Änderungen im „Elektrizitätszusatzgesetz 2020“, um die Interessen der Landwirte zu wahren

Aber die Modi-Regierung änderte das Datum und die Uhrzeit dieses Treffens. Es fand am 30. Dezember 2020 um 14 Uhr im Vigyan Bhawan statt. Die Unionsregierung akzeptierte mündlich die Forderungen zur Luftqualität und zum Strom, bis jetzt am 5. Januar liegt aber nichts Schriftliches vor. Die Hauptforderung, die drei Gesetze aufzuheben und den MSP als Rechtsanspruch zusammen mit einer Abnahmegarantie einzuführen, werden aber von der Modi-Regierung nicht akzeptiert. Ein Treffen am 4. Januar 2021 blieb ohne Ergebnis. Eines ist klar: Es handelt sich um eine ganz andere Art der Bauernbewegung als bisher. Seit der Unabhängigkeit Indiens 1947 ist dies die erste, an der alle Organisationen (mehr als 500 auf nationaler Ebene und nun 32 auf der Ebene des Punjab) teilnehmen. Alle, außer den Konzernen, sind Teil dieser Volksbewegung, fast alle Parteien außer der BJP und den NDA-Verbündeten unterstützen sie. Zur Zeit ist dies eine nationale Bewegung geworden. Die Bauern werden nicht in ihre Dörfer zurückkehren, ohne daß die drei Anti-Bauern-Gesetze aufgehoben werden, auch wenn sie sechs Monate oder länger an den Grenzen von Delhi bleiben müssen.

Lassen Sie uns mit allen Mitteln diese Bewegung der Bauern unterstützen, die jetzt zu einer Volksbewegung geworden ist. Lassen Sie uns sehen, wie lange wir auf den endgültigen Sieg dieser Bewegung warten müssen. *Um seinen Artikel besser zu verstehen, baten wir Professor Balwinder Singh Tiwana, uns einige zusätzliche Fragen zu beantworten:*

Welche Rolle spielt die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten), die CPI (M), in diesem Konflikt? Wer hat die Führung in dieser Bewegung?

Die CPI (M) und andere Parteien sind gegen diese Gesetze, aber diese sind nicht direkt involviert. Die Massenorganisation der CPI (M), die All India Kisan Sabha, ist voll in dieser Bewegung involviert. Die Führung dieser Bewegung findet auf zwei Ebenen statt:

- Auf der Punjab-Ebene gibt es 32 Organisationen, von denen sich 30 zusammengeschlossen haben und gemeinsam entscheiden. Zwei Organisationen halten ihre eigenen Sitzungen ab, treffen aber Entscheidungen im Lichte der Entscheidung von den 30 Organisationen. Diese beiden folgen ihnen bei so gut wie allem. Was auch immer beschlossen wird, es wird zudem auf gesamtindischer Ebene im AIKSCC diskutiert.
- Gegenwärtig gibt es auf nationaler Ebene mehr als 450 Bauernorganisationen, die sich an dieser Bewegung beteiligen. Die Allianz auf nationaler Ebene heißt jetzt United Kisan Front (in Hindi - Samyukt Kisan Morcha). Amyukt bedeutet „Vereint“; Kisan bedeutet „Bauern“ und Morcha bedeutet „Front“. Und die endgültige Entscheidung wird in der Sitzung der United Kisan Front getroffen.

Welchen Umfang haben die Proteste?

Die genaue Zahl der Teilnehmer zu kennen, ist schwierig. Aber nach grober Schätzung werden es etwa 500 000 oder mehr Personen an den fünf Grenzen zu Delhi sein. Die Anzahl der Traktoren, die an dieser Bewegung beteiligt sind, beträgt sicherlich mehr als 70 000. Dazu kommen noch tausende andere Fahrzeuge wie Autos, Busse, Kleintransporter, Lastkraftwagen usw.

Wie sind die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft? Wer sind die Protestierenden?

In Indien bewirtschaften 86 Prozent der Bauern weniger als 5 Acres Land (ein acre entspricht 0,37 Hektar). In Punjab bewirtschaften 67 Prozent der Bauern weniger als 10 Acres Land. Die Mehrheit der Protestierenden besteht also aus Bauern, die weniger als 10 Acres Land bewirtschaften. Die Zahl der Bauern, die mehr als 20 Morgen Land bewirtschaften, ist vergleichsweise sehr gering. Aber alle Bauern, Landarbeiter, Kommissionäre, kleine Ladenbesitzer, sogar eine beträchtliche Anzahl von kleinen industriellen Produzenten, eine große Anzahl von Intellektuellen, Studenten und Künstlern unterstützen diese Bewegung.

Wie ist die Ernährungssituation in Indien?

Indien liegt im Welthunger-Index auf Platz 94 von 107 Ländern. Es gibt zwar eine Nahrungsmittelreserve, aber der Mehrheit fehlt es an Kaufkraft. Laut einer Schätzung des Weltwirtschaftsforums hatten 2013 in Indien 220 Millionen Inder ein Ausgabenniveau von weniger als 32 Rupien pro Tag (ein Dollar entspricht 73 Rupien). Real hat sich die Situation durch Covid-19 verschlechtert.

Vom Widerstand zur Auflösung

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens (Teil II und Schluß)

Im ersten Artikel zur Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) in der Januar-Ausgabe des „RotFuchs“ ging ich darauf ein, wie sich die Partei innerhalb der ersten beiden Jahrzehnte ihres Bestehens bis 1943 zur führenden Kraft des Widerstandes gegen den italienischen Faschismus und die deutschen Besatzungstruppen entwickelte. Nun soll betrachtet werden, wie es der KPI gelang, zu einer der größten und einflußreichsten kommunistischen Parteien Westeuropas zu werden.

In der zweiten Jahreshälfte 1943 war Mussolini gestürzt worden. Eine Militärregierung wurde gebildet und mit den im Sommer auf Sizilien gelandeten anglo-amerikanischen Alliierten ein Waffenstillstand ausgehandelt. Daraufhin besetzte die faschistische Wehrmacht weite Teile Italiens bis südlich von Neapel. Vor allem auf Initiative der KPI und der Sozialistischen Partei (PSI) sowie auch liberaler und christlicher Gruppierungen bildeten sich dort Partisanenverbände (etwa die Hälfte von ihnen stand unter der Leitung der KPI), um gegen die Besatzer zu kämpfen. Gleichzeitig wurde die KPI 1944 Teil der Regierung. 1946 kam es, vor allem auf Druck der KPI, zu einer Volksabstimmung, die das Ende der Monarchie besiegelte. 1947 wurde die Partei im Zuge des von den westlichen Alliierten entfachten Kalten Krieges aus der Regierung geworfen. Gleichzeitig festigte sich Ende der 40er Jahre das Bündnis mit der PSI, mit der die KPI bei den Parlamentswahlen 1948 gemeinsam als Demokratische Volksfront antrat und etwa ein Drittel aller Stimmen errang. Diese Allianz sollte jedoch nur kurze Zeit Bestand haben, sie wich einer Aktionseinheit, die Mitte der 50er Jahre auch aufgegeben wurde. Es war alles nur erdenkliche getan worden, um die Einheit des Proletariats zu torpedieren – ob durch die Spaltung der Gewerkschaften oder durch Neugründungen sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien. Das schwächte die Arbeiterbewegung und so konnte die herrschende Klasse mittels der „Volkspartei“ der Christdemokraten problemlos immer wieder relative Parlamentsmehrheiten erreichen, die ihr das Regieren ermöglichten. Bis in die 70er Jahre hinein trotzte die KPI diesen Versuchen der Spaltung und Schwächung der Linken standhaft und erhöhte sowohl ihre Stimmanteile wie auch ihre Mitgliederzahlen von Jahr zu Jahr bzw. von Wahl zu Wahl. Weil die Christdemokraten als Statthalter der herrschenden Klasse allmählich abwirtschafteten, öffneten sie sich zu Beginn der 60er Jahre zu von der PSI tolerierten und unterstützten Regierungen. Dafür mußte die PSI sich u. a. von ihrer Forderung nach dem Austritt Italiens aus der NATO trennen.

Aber zu Beginn der 70er Jahre egalisierte die Einbindung der PSI in die Regierungsgeschäfte nicht mehr den zunehmenden Wählerschwund für die Parteien der herrschenden Klasse. Nun zeigten sich die Christdemokraten auch an der KPI interessiert, deren Forderungen und Ansichten man mit „Interesse und Respekt“ begegne. Die KPI hatte



seit den 60er Jahren stets mit etwa ein Viertel aller abgegebenen Stimmen bei Wahlen rechnen können. Sie profitierte dabei einerseits von den wirtschaftlichen Verhältnissen Italiens nach dem Krieg, die nicht wie in der BRD von außen gefördert worden waren. Italien mußte kein Schaufenster für Osteuropa sein. Andererseits wurden alle Zugeständnisse in sozialer Fürsorge, bei Lohnerhöhungen, besseren Bildungsmöglichkeiten oder im Gesundheitswesen hart von der italienischen Arbeiterklasse erkämpft. Das förderte und stärkte deren Klassenbewußtsein. Dem hatte die herrschende Klasse außer Einschüchterung und Spaltung nicht mehr viel entgegenzusetzen. Sie begegnete den zyklischen Krisen mit leeren Versprechungen und den Traditionen der katholischen Kirche, d. h. mit Unmündigkeit und Hilflosigkeit. Diese Situation Mitte der 70er Jahre hätte die Stunde der KPI sein können, um so u. a. Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung und für die Einführung einer besseren sozialen Absicherung verbunden mit einem Umbau des Staatsapparates durchzusetzen. Die Partei hatte sich aber im Laufe der Zeit bereits in mancherlei Hinsicht selbst entwaffnet. Die als „italienischer Weg zum Sozialismus“ bezeichnete Taktik sah sehr viele und für die Verbesserung der

Lebensverhältnisse der absoluten Mehrheit der Italiener notwendige Forderungen vor, jedoch besagte sie nicht, für welche konkrete Form der Alternative man eigentlich einstand.

Diese „Eurokommunismus“ genannte Unklarheit in den 70er Jahren und die Aufnahme verschiedener Kräfte aus dem linkssozialistischen Spektrum verschärfte die ideologische Krise. Denn was einerseits gut war für die Umfragewerte und für die Zahl der Abgeordneten und anderen Mandatsträger war zugleich der Weg hin zur Anerkennung der bürgerlichen Gesellschaft und weg von einer klaren Position zugunsten des Proletariats im Klassenkampf. Daß dieser Weg in die Irre führte, wurde deutlich, als man nach der im Rahmen des „historischen Kompromisses“ genannten Tolerierung und indirekten Stützung einer Minderheitsregierung der Christdemokraten 1976 bis 1979 nur wenige eigene Ziele wie die Demokratisierung der staatlichen und bewaffneten Organe oder eine entspannungsorientierte Außenpolitik durchsetzen konnte. Die KPI landete wieder in der parlamentarischen Opposition.

Mitten in der Auseinandersetzung zwischen kommunistischer und systemkonformer Ausrichtung der Partei verstarb 1984 Enrico Berlinguer, der sie seit den frühen 70er Jahren geführt hatte. Nach seinem Tod übernahmen endgültig die an Regierungseteiligungen und „Eurokommunismus“ orientierten Kräfte das Ruder. In der Zeit bis zur Auflösung der KPI wurden weitere Grundpfeiler einer kommunistischen Politik zerstört und die Partei beschloß folgerichtig, Namen und Programm zu ändern. Sie schloß sich zudem der Sozialistischen Internationale, dem Verbund sozialdemokratischer Parteien, an. Auf ihrem XX. und letzten Parteitag im Februar 1991, also vor 30 Jahren, wurde die Partei in Demokratische Linkspartei (auf italienisch PDS abgekürzt) umbenannt und war von 1996 bis 2001 an der Regierung beteiligt. Mittlerweile ist die PDS längst Geschichte und ihre Nachfolgeorganisation vereinigte sich 2007 mit ehemaligen Christdemokraten zur Demokratischen Partei, welche u. a. Matteo Renzi von 2014 bis 2016 als Ministerpräsidenten stellte.

Wie sich am italienischen Beispiel zeigt, ist Wendigkeit in Bezug auf die Mittel und Maßnahmen der politischen Arbeit von großer Bedeutung. Ideologische Wendigkeit aber kann den Weg hin zu politischer Beliebigkeit bedeuten. Ein vor allem für die in der Linkspartei organisierte Marxisten ein interessantes Beispiel.

Die Nationale Volksarmee und ihr Ende

Die Abwicklung der DDR-Armee im Jahr 1990

Am 18. Januar 1956 verabschiedete die Volkskammer der DDR das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA). Dieser Beschluß erfolgte in Wahrnehmung des souveränen Rechts der DDR zum Schutz der Bürger und ihrer Errungenschaften vor Angriffen von außen. Am 1. März 1956 wurden die ersten Führungsorgane und Truppenteile der NVA aufgestellt und vereidigt. Er gilt als ihr Gründungstag. Seit dieser Zeit bis zu ihrer Auflösung dienten und arbeiteten etwa drei Millionen Bürgerinnen und Bürger als Armeeingehörige und Zivilbeschäftigte in der Nationalen Volksarmee und trugen dazu bei, daß sie ein zuverlässiger und geachteter Partner der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurde und den Auftrag zur Sicherung des Friedens erfüllte.

Anfang der 80er Jahre hatte die NVA den Höhepunkt ihrer Gefechtsbereitschaft erreicht und galt nach der Sowjetarmee als die bestausgerüstete Streitmacht des Warschauer Paktes. Von der Mitte des Jahrzehnts an trübte sich aber die Lage ein: Einerseits herrschte ein mit 85 Prozent sehr hohe Bereitschaftsgrad, andererseits mußte die NVA seit 1985 mit mehreren tausend Soldaten gleichzeitig überall dort in der DDR-Industrie einspringen, wo Personalmangel herrschte. Nachdem am 11. September 1989 Ungarn seine Grenzen geöffnet hatte, verließen täglich viele DDR-Bürger das Land zudem über die Botschaften der Bundesrepublik in Warschau und Prag. Zugleich wurde die Zahl der Menschen, die für sogenannte Freiheit- und Demokratie auf die Straße gingen, immer größer. Am 18. Oktober traten Generalsekretär Erich Honecker und am 7. und 8. November nacheinander Regierung und Politbüro zurück. Neuer Regierungschef wurde Hans Modrow und Verteidigungsminister Admiral Theodor Hoffmann.

Am 18. März 1990 fanden Wahlen zur Volkskammer der DDR statt. Das Ergebnis kam für viele in der NVA überraschend: Statt der SPD gewann die „Allianz für Deutschland“, gebildet aus CDU, CSU und dem „Demokratischen Aufbruch“. Die neue große Koalition vereinbarte, schnellstmöglich die „deutsche Einheit“ nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu verwirklichen. Neuer Minister, jetzt für Abrüstung und Verteidigung, wurde der Pfarrer Rainer Eppelmann.

Nach den Wahlen herrschte in der NVA große Verunsicherung. Diese überspielte man, indem man den Soldaten versicherte, daß die NVA auch nach der „Vereinigung“ weiter bestehen würde. Sie bekamen immer wieder gesagt, daß ihnen allein ihr Anteil an der „friedlichen Revolution“ in der DDR weiterhin eine Existenzberechtigung geben würde. Im Glauben daran ließ sich die Armee personell reduzieren und materiell abrüsten. Dachte man anfangs im Offiziers- und Unteroffizierskorps noch, man könnte

quasi als „Territorialheer Ost“ fortbestehen – zum Ende der DDR hatte die NVA eine Truppenstärke von knapp etwa 155 000 Mann – wurde in den Wochen und Monaten nach dem Frühjahr 1990 schnell klar, daß von der NVA nichts mehr übrigbleiben würde. Lediglich ein paar tausend Offizieren und Unteroffizieren – in der Regel mit niedrigerem Rang – wurde der Dienst in der Bundeswehr angeboten. Nicht wenige, die in der NVA ihrem sozialistischen Vaterland voller Überzeugung gedient hatten, konnten sich nicht vorstellen, die Uniform des Klassenfeindes zu tragen.

Was in der Truppe folgte, waren Töne im dumpfen Moll, als am 2. Oktober 1990 die Fahne der DDR an den Standorten der Nationalen Volksarmee eingeholt wurde. Mit dem Tag, mit dem die fünf ostdeutschen Bundesländer dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vor 30 Jahren „beitraten“, war das Ende des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden besiegelt und war auch die NVA nur noch eine Episode.

Eine Schlüsselfigur war dabei der Politiker Werner E. Ablaß, der in der DDR erst in der Opposition eine Rolle spielte und später Staatssekretär für Abrüstung und Verteidigung war. Daß ausgerechnet er die NVA abwickeln sollte, war Jahre zuvor nicht denkbar. Dieser Mann gründete den „Demokratischen Aufbruch“ in Mecklenburg und schloß sich damit einer Bewegung an, die von den Pfarrern Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer in der DDR gegründet worden war: Bevor am 3. Oktober 1990 die NVA von der Bildfläche verschwand, war Werner E. Ablaß auch daran beteiligt, daß die NVA aus dem Verteidigungsbündnis des Warschauer Vertrages ausschied.

Die Mehrzahl der Berufssoldaten fürchtete ebenfalls, entlassen und ins soziale Abseits gestellt zu werden. Eppelmann hatte ihnen im Mai 1990 auf der ersten Kommandeurs-tagung seiner Amtszeit versichert, er könne für ihre berufliche Perspektive im Zuge der Verhandlungen des „Einigungsvertrages“ etwas erreichen. Im September antwortete er nur ausweichend: „Was soll ich Ihnen sagen. Ich weiß ja auch nicht, was aus mir wird.“ Damit erntete er Hohn und Spott und wurde ausgelacht.

Daß schlußendlich auch keine Generale in das Bundeswehrkommando Ost übernommen werden sollten, erfuhr Ablaß am 28. September. Dann mußte es schnell gehen. Entlassungsdokumente für 24 Generale und Admirale der NVA wurden geschrieben. Der letzte Chef der NVA, Generalmajor Lothar Engelhard, rief sie zu 14 Uhr im Haus 20 des Ministeriums in Strausberg zusammen. Sie, die vom Staatsoberhaupt der DDR in den Generalsrang ernannt worden waren, wurden nun von einem Staatssekretär nach Hause geschickt.

Als am 2. Oktober 1990 im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung in Strausberg

praktisch die Nationale Volksarmee symbolisch zu ihrem letzten Appell antrat, zum letzten Mal die Truppenfahne hißte, trat nicht Pfarrer Eppelmann, sondern der frühere Leiter des Altenheims im mecklenburgischen Camin, Werner Ablaß, ans Rednerpult. Er sei sich dessen bewußt, erklärte er, daß er ohne die politische Loyalität der vertriebenen Generale seine 178 Tage in der politischen Führung dieser Armee nicht bewältigt hätte. Es hätte auch zu katastrophalen Ereignissen und eskalierenden Konflikten kommen können, wenn die militärische Führung der NVA nicht verantwortungsbewußt und sachlich ihre Aufgaben bis zum Schluß wahrgenommen hätte.

Dessen ungeachtet überbrachte er den Tagesbefehl, in dem es hieß: „Hiermit entlasse ich sie als Angehörige oder Zivilbeschäftigte der Nationalen Volksarmee aus Ihren Verpflichtungen, die Sie gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen hatten.“ Ein Befehl, der die Angehörigen der NVA diskriminierte und ihre Geschichte verfälschte. Führende Kader wurde gerichtlich verfolgt, Offiziere und Soldaten verhöhnt. Werner E. Ablaß hingegen, der die Auflösung der NVA mitverhandelt und besiegelt hatte, wurde nach dem Ende der DDR Leiter der Außenstelle des Bundesministeriums der Verteidigung in Strausberg.

Heinz Pocher

GROKO-FINALE 2021

Die Bundesregierung hat Fehler gemacht.
Wer sich gut auskennt, wird nicht überrascht sein.
Die EU tief im Schlaf und bis heute nicht erwacht,
Erfährt demzufolge, scharf NATO-bewacht,
Ihren Weltfriedensstandpunkt zum Anschein.

Nun kommt noch vertraglicher Missstand hinzu.
Die Impfstoffknappheit beweist es recht schaurig.
Die Scheuer-Maut-Leiche in Grabesruh,
Frau Klöckners klimatischer Trampelschuh.
Das Regierungsversagen ist traurig.

Auch Wirtschaftschef Altmaier überfordert.
Jens Spahn hält der Bau seiner Villa in Schwung.
Finanzchef Scholz hat die Null neu geordert.
Der Chaos-Trupp Merkel, schwer überbordert,
Erwartet Konzernspenden-Hilfsförderung.

Noch knapp paar Monate, dann wird sich zeigen,
Ob Geldfluss erneut die Weltvernunft poppt.
Es könnte auch sein, dass Wähler den Reigen
Endlich durchschauen und dazu neigen,
Dass nur ein Linksruck die Kriegstreiber stoppt.

Lutz Jahoda

Tschekisten in der Konterrevolution

Über die „Wertschätzung“ des Gegners für das MfS und die Haltung der PDS

Der Umgang der PDS-Führung mit den Tschekisten war entweder eine hanebüchene Dummheit, eine naive politische Fehlkalkulation oder bewußter Verrat. Wohl Letzteres.

Forschungen zur polnischen (1944–1948, 1980/81), der ungarischen sowie die Analyse der osteuropäischen Konterrevolution (1988–2000) haben u. a. zu folgenden Erkenntnissen geführt: Zunächst einmal ist die Annahme falsch, daß Geheimdienste im Zuge des Zerfalls ihrer Staatsmacht ein dynamisches Eigenleben entwickeln, um das Ruder herumreißen zu können. Diese Auffassung diente kleinbürgerlichen Konterrevolutionären, aus eigener Schuld „Zu-kurz-Gekommenen“ („Bürgerrechtler“) als Vorwand für ihre terroristischen Angriffe auf die Sicherheitszentren.

Zerfällt die Staatsmacht, zerfällt auch sein Sicherheitsdienst, denn er ist Teil von ihr. Ist die Partei führungs- und somit konzeptionslos, ist er es auch. In beiden Fällen ist er dadurch paralytisch, handlungsunfähig, wirkungslos und somit für den Gegner ungefährlich geworden. Widerstand könnte er nur in den Anfängen leisten, später spielt er militärisch und politisch keine Rolle mehr. Obwohl es sich um überaus fähige und politisch standhafte Leute handelt, können aus ihnen in dieser Phase keine politischen Führungskräfte hervorgehen, denn darauf sind sie durch ihre Aufgabenspezifik nicht eingestellt. Hinzu kommt noch der entscheidende soziale Faktor: Faktisch arbeits- und perspektivlos, potentiell physisch bedroht, haben sie andere Sorgen. Als Machtfaktor sind sie vorerst ausgeschaltet.

Kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, dann nur, wenn der Gegner Zentralen oder in Wohngebieten bewaffnet angreift wie in Poznań/Polen 1956 und Rumänien im Dezember 1989. Sobald der Gegner schießt, stabilisiert sich die Abwehrhaltung, haben die Mitarbeiter faktisch wieder eine Motivation, wachsen zu einer ernstzunehmenden militärischen Kraft gegenüber zumeist schlecht organisierten und geführten kleinbürgerlichen Massen heran.

Wehrt sich die Staatsmacht, so existiert sie noch. In diesem Zusammenhang ist die Existenz der Dienststellen/Kasernen und ihrer bewaffneten Kräfte (Mitarbeiter, Schutzzeinheiten, Eingreiftruppen) zu sehen. Fallen sie in gegnerische Hände oder werden sie aufgelöst, ist der bisher bestehende Staat praktisch am Ende.

Obwohl sich jede Konterrevolution am aktivsten gegen die Sicherheitsorgane gerichtet hatte, blieben durchschlagende Erfolge aus. Die rechten Angreifer eröffneten beim Sturm auf Gebäude der Staatssicherheit stets selbst das Feuer. Die Verteidiger kannten jene Kräfte und wußten, daß sie kein Pardon von ihnen zu erwarten hatten. Diese politische Einstellung verstärkte ihre Kampfkraft und ließ die zumeist miserabel geführten Rechten

scheitern. Zudem bestand immer die Gefahr des Eingreifens von Regierungstruppen. Der großspurig angekündigte Sturm auf die Sicherheitszentren wurde auch von den verblendeten Massen bei ersten eigenen Verlusten nicht mehr mitgetragen. Am 17. Juni 1953 zogen sich die rechten Angreifer nach Einsatz von Schußwaffen durch die Sicherheitsorgane schnell zurück. Jene waren für ein vermeintlich kommendes luxuriöses Leben gegen die Linken angetreten. Das wollten sie erleben und nicht vorzeitig sterben. Die meisten von ihnen verzogen sich, oft für im-



mer. Da man so der Tschekisten nicht habhaft werden konnte, jagte man sie oder vermeintliche außerhalb ihrer Objekte auf Straßen und in Wohngebieten.

Die Erfahrungen von 1956 wurden im Westen dahingehend ausgewertet, daß ein bewaffneter Sturm auf Sicherheitszentren prinzipiell keinen Sinn macht, zumal sich die sozialistischen Staaten in den nächsten Jahren eingedenk dessen auch sicherheitspolitisch gefestigt hatten. In keiner Hauptstadt fanden daher derartige Stürme statt. Hinzu kam: Auch die innenpolitischen Bedingungen waren unterschiedlich. Ein bewaffneter Angriff hätte das Konzept „friedlicher Revolutionen“ mit weitreichenden Folgen scheitern lassen können. Budapester Verhältnisse hätten die Linken gestärkt und auch, entgegen heutigem Gerede, sowjetische Truppen zum Einsatz gebracht.

Warum aber griff die Konterrevolution gerade in der DDR dennoch auf ihre erfolglose

„Sturm-Konzeption“ zurück? Hierfür gibt es Gründe, die von ausgeschlafenen Kräften im Westen erkannt und von Feindseligen, Naiven, Gutwilligen, Verblendeten und Verrätern in der DDR durchgesetzt werden sollten: Die DDR war mit ihren Errungenschaften und auch als Friedensstaat weltweit angesehen, vor allem bei Werktätigen. Auf Berlin und nicht Moskau blickte man, um zu sehen, ob und wie Sozialismus funktioniert. Allein mit der „Fluchtwelle“ 1989 konnte man keinen westlichen klassenbewußten Arbeiter täuschen, denn er kannte die DDR-Reiseverhältnisse. Wenn aber Massen von Werktätigen die Machtzentren landesweit gerade hier stürmten, dann würden der Sozialismus und seine Ideologie unglaubwürdig. Die westlichen Bruderparteien gerieten auch deshalb in eine tiefe Krise.

Obwohl das MfS nach Grenzöffnung im November 1989 faktisch nicht mehr handlungsfähig war, reichte das Bonn nicht aus. Weitsichtiger als Partei, Regierung und die meisten DDR-Bürger hatten die Tschekisten begriffen, daß der BRD-Anschluß vor der Tür stand, und begannen mit der Aktenvernichtung. Bonn, für das der Anschluß in Absprache mit Moskau schon beschlossene Sache war, benötigte aber die MfS-Akten, um bei sich Kundschafter zu enttarnen – und um entscheidenden politischen Einfluß im künftigen Anschlußgebiet nehmen zu können. Die Akten gaben nicht nur Auskunft über Zahl und Qualität künftiger Kollaborateure, Wendehälse und unbegrenzte Erpressungsmöglichkeiten gegen Widerständler. Mindestens genauso wichtig waren die Akten der offiziellen und inoffiziellen MfS-Mitarbeiter. Sie enthielten eine komplette namentliche Aufstellung der standhaftesten DDR-Verteidiger und eingeschworener künftiger Gegner. Obwohl nicht in jedem Falle zutreffend, traf das für die überwiegende Mehrheit durchaus zu. Und es waren viele, etwa über 200 000, also weitaus mehr, als die Linke heute Mitgliedern zählt.

Diese Listen waren weit umfangreicher, umfassender und zugleich detaillierter als die der Politischen Polizei der Weimarer Republik, mit denen die Nazis 1933 ihre Jagd auf Antifaschisten eröffneten. Das demokratische Deutschland konnte damit nach 1990 gezielt diffamieren, diskreditieren, diskriminieren, isolieren, kriminalisieren, verfolgen, aus dem öffentlichen Dienst ausschließen, somit ihren politischen Einfluß wesentlich einschränken und sie ins Prekariat treiben.

Diese „Wertschätzung“ durch den Gegner war begründet. Anders als in anderen sozialistischen Ländern mußten in einem Gebiet des ehemaligen Nazideutschlands, bei offener Grenze zum politisch starken, wirtschaftlich übermächtigen Gegner besonders gebildete, intelligente, ideologisch gefestigte, politisch standhafte und moralisch integre Menschen für die Geheimdienstarbeit gefunden werden. Nur darin war das MfS allen westlichen Geheimdiensten immer überlegen. Die

Tschekisten waren diejenige Berufsgruppe in der DDR, die am besten politisch gebildet war und in der fast jeder der Partei angehörte. Ähnliches traf auch auf die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) zu, die zumeist aus sozialistisch-patriotischer Pflicht handelten. Vor allem waren sie, anders als viele Staats- und Parteifunktionäre und Angehörige der Intelligenz durch ihre jahrelangen Kampfkontakte zum Gegner gegenüber feindlichen Handlungen bedeutend wachsamer und völlig illusionslos. Es war ein enormes politisches Kapital, das sich schon bei der Formierung der PDS auszahlen sollte. In vielen Basisorganisationen und Kreisvorständen waren Tschekisten besonders aktiv. Das Überleben der Partei war auch ihnen zu verdanken.

Zusammen mit ehemaligen Politoffizieren, Grenzzoffizieren, anderen Militärangehörigen, ehemaligen Parteiarbeitern und sozialistischen Wissenschaftlern hätten sie ihre hervorragenden politischen Eigenschaften zum Klingen bringen können. Hier gab es genügend charismatische Genossen, die mit der Zeit auch das rhetorische Niveau eines Gregor Gysi übrigen sein einziger Vorzug erreicht hätten.

Reformisten wären an ihnen gescheitert. Deshalb mußten sie von der Partei getrennt und gesellschaftlich isoliert werden.

Eine einmalige Chance ist durch Schuld der Staats- und Parteiführung bewußt vertan worden. Man wählte sich in einem naiven Vertrauensverhältnis zur BRD. Dafür sollte alles gewaltfrei bleiben. Trotz realer Möglichkeiten wurden die MfS-Dienststellen nicht abgesichert, man distanzierte sich vom MfS, um angeblich die eigene Partei zu retten. Jeder, der sich mit Konterrevolutionen beschäftigt, weiß, daß das immer ein verhängnisvoller Fehler ist. Zudem wurde das MfS, das immer auf Anweisungen der Partei gehandelt hatte, durch die respektvolle Behandlung der HVA

gespalten, wurden die Genossen der Abwehr faktisch zum Abschluß freigegeben. Dadurch war auch die gewaltlose Besetzung der MfS-Dienststellen erst möglich geworden.

Von der Partei im Stich gelassen, zunehmend verleumdet, vom Pöbel angefeindet, in zunehmender Arbeitslosigkeit, zogen sich die meisten Tschekisten aus dem politischen Leben zurück. Für die Reformisten, die im Dezember 1989 das Ruder übernommen hatten, bildeten sie keine Gefahr mehr. Für Bonn war das die Garantie für die Entwicklung der PDS zu einer zunehmend systemkonformen und für sie ungefährlichen Partei. Die ständigen Angriffe auf die PDS waren antikommunistischer Verblendung geschuldet und auch als Warnung gedacht, den Weg der Anpassung nicht zu verlassen.

Während auf unserer letzten SED-Kreisdelegiertenkonferenz im Dezember 1989 die Diskussionsbeiträge der MfS-Genossen noch mit großem Beifall honoriert worden wurden, machte sich später ein „Anti-Stasi-ismus“ breit, dem die PDS-Führung durch ihre fortschreitende Distanzierung von der „stalinistischen“ DDR nicht entgegen zu treten bereit war. Ihre DDR-Feindlichkeit zog folgerichtig auch eine MfS-Feindlichkeit nach sich. Für die Tschekisten gab es kein Wort der Verteidigung oder zumindest des Bedauerns. Im Gegenteil! Mit der ungerechtfertigten Verhaftung von Erich Mielke wurde ein deutliches Zeichen gesetzt: Wir wollen Euch nicht. So gab es auch PDS-Basisorganisationen, die sehr ungern umgemeldete Tschekisten aufnahmen.

Als mit der Gauck-Inquisition hunderttausende IM ihren Arbeitsplatz verloren, stellte sich die PDS nicht hinter sie, sondern empfahl, einzeln im Vertrauen auf den Rechtsstaat zu klagen. Damit stellten sie sich auf die Position der Konterrevolution, denn Gleiches rieten auch die Regierenden, wohl wissend, daß bei

der real fast 40prozentigen Arbeitslosigkeit kaum eine Chance auf Wiederbeschäftigung bestand.

Hierzu ein paar persönliche Worte: Ich selbst war kein Angehöriger des MfS, auch kein IM, habe aber als Grenzzoffizier immer mit der Abwehr gut zusammengearbeitet. Mein Vater hingegen hatte es als Arbeiter zum Juristen und MfS-Oberstleutnant gebracht. Seine Genossen gehörten zu den besten Menschen, die ich je kennengelernt hatte. Meiner vom MfS gewünschten Übernahme widersetzte sich mein Vater aus gutem Grund: Ich sagte immer und überall meine Meinung, wollte nicht nachgeben, lieber diskutieren. Kurioserweise waren das Eigenschaften, die mich 1994 ins Fadenkreuz der Gauck-Behörde rücken sollten, denn ich verteidigte als Lehrer die Arbeit der Tschekisten mit offenbar guten Argumenten. Doch ihr Versuch, mir eine IM-Tätigkeit anzuhängen und ein bundesweites Berufsverbot für mich durchzusetzen, scheiterte ebenso wie der meiner vorgesetzten Wendehälse 2012, mich mit 63 Jahren, u. a. wegen meiner Haltung zum MfS, die ich als Lehrer für Geschichte und politische Bildung bekundet hatte, zu kündigen.

Als wir auf dem PDS-Parteitag 1991 versuchten, dem „Anti-Stasi-ismus“-Kurs der Führung entgegenzuwirken, scheiterten wir an der Parteitagegriege. Daraufhin trat ich der DKP bei. Als der Anti-DDR-Kurs der PDS-Führung zunahm und Sarah Wagenknecht angegriffen wurde, trat ich 1997 aus der Partei aus, der ich seit 30 Jahren angehört hatte.

Dr. Bernhard Majorow

Am 8. Februar jährte sich die Gründung des MfS zum 71. Mal. Die Redaktion des „RotFuchs“ gratuliert aus diesem Anlaß allen ehemaligen Mitarbeitern zu ihrem Ehrentag.

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Februar!

Zum 98. Geburtstag

Dr. Paul Reiter (Markkleeberg) am 3. Februar
Heinz Krupp (Coswig) am 14. Februar
Prof. Dr. Moritz Mebel (Berlin) am 23. Februar

Zum 94. Geburtstag

Karlagust Arndt (Rostock-Markgrafenheide) am 10. Februar

Zum 93. Geburtstag

Karl Dlugosch (Strausberg) am 8. Februar
Georg Schulze (Eberswalde) am 20. Februar
Ilse Thiel (Berlin) am 24. Februar

Zum 92. Geburtstag

Armin Lufer (Oranienburg, OT Schmachtenhagen) am 11. Februar
Hans Krüger (Torgau) am 16. Februar

Zum 91. Geburtstag

Hans Seliger (Schwarzenberg) am 18. Februar

Zum 90. Geburtstag

Marga Ranga (Zwickau) am 4. Februar
Rudolf Krause (Berlin) am 8. Februar
Dr. Helga Lange (Rostock) am 9. Februar
Dr. Gerhard Ferchland (Ahrensfelde) am 24. Februar

Zum 85. Geburtstag

Arno Gentzmann (Berlin) am 3. Februar
Rudolf Paas (Wermelskirchen) am 12. Februar
Dieter Otto (Müllrose) am 25. Februar
Walter Krüger (Güstrow) am 28. Februar

Zum 80. Geburtstag

Andre Berlinghoff (Jena) am 5. Februar

Anita Mikolajetz (Jena) am 8. Februar

Rainer Kersten (Jena) am 21. Februar

Zum 75. Geburtstag

Rainer Wefel (Dresden) am 4. Februar
Heinz-Dieter Leißner (Leipzig) am 10. Februar
Dieter Bartsch (Berlin) am 13. Februar

Zum 70. Geburtstag

Erik Scheidler (Luckenwalde) am 1. Februar
Valeska Richter-Oldekop (Lüneburg) am 21. Februar

Zum 65. Geburtstag

Werner Jähe (Lohmen) am 6. Februar
Reiner Waldukat (Berlin) am 17. Februar
Karl-Heinz Grempler (Güstrow) am 20. Februar
Gerhard Weber (Frankfurt/M.) am 26. Februar
Matias Völker (Berlin) am 29. Februar

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Zeugen Gehör verschaffen

„Zeitgeschichte ist Geschichte, die noch qualmt“

Auf der Homepage des Verbandes der Traditionsfreunde der NVA und Grenztruppen ist zu lesen: „Gerade ... Zeitzeugen können und müssen ihre Erinnerung, ihre Erlebniswelt und deren gesellschaftlich bestimmten Zusammenhang weitergeben, mit ihrem Focus, den sie auf das Handeln ihrer Angehörigen als Antifaschisten, als Kriegsgegner, als Soldaten an der Grenze zweier Systeme, als Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane richten. Wenn dies nicht geschieht, werden die Vermittlung eines realen Geschichtsbildes auch in der Aneignung einer kommenden Generation verhängnisvoll und mit Langzeitwirkung blockiert und es bleiben Spielräume für ein beliebiges und verzerrtes Geschichtsbild frei.“ Klaus-Dieter Baumgarten, 1979 bis 1989 Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Grenztruppen der DDR, zitiert zur Vorstellung seines gemeinsam mit Dieter Freitag verfaßten und 2004 veröffentlichten Buches „Die Grenzen der DDR“ den Ausspruch eines Freundes: „Zeitgeschichte ist nun mal Geschichte, die noch qualmt, und erst dann, wenn die Rauschwaden verzogen sind, wird die verzerrte Zeitgeschichte zur wahren Historie der gerechten Bewertung.“

1996 führte das Berliner Landgericht einen Strafgerichtsprozeß gegen Klaus-Dieter Baumgarten und verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von sechseinhalb Jahren. 2000 wurde er vorzeitig entlassen, gegen den Widerstand des damaligen Tatgerichts. Als Klaus-Dieter

Baumgarten 2009 verstarb, „ehrte“ ihn der Spiegel in einem Nachruf als „völlig uneinsichtig“. Als völlig „Uneinsichtiger“ erklärte der Generaloberst in seinem Schlußwort vor dem Gericht: Die DDR „war für mich eine Alternative zum Kapitalismus. (Sie) war für mich der antifaschistische Staat auf deutschem Boden, der sich konsequent für Völkerfreundschaft und Frieden einsetzte, in dem es unmöglich



Foto: Jonny Michel

war, daß Nazigrößen in Staat und Gesellschaft weiter Einfluß besaßen. ... Unser Verbrechen besteht allein darin, einen Beitrag dafür geleistet zu haben, daß die DDR für vierzig Jahre dem Zugriff für Profit und Ausbeutung entzogen wurde. ...“

Anfang Januar suchten Mitglieder linker Vereinigungen in Chemnitz einen der angebotenen alternativen Erinnerungsorte, den in Sachsen

einzig verbliebenen Gedenkstein für Richard Sorge auf, um an das Vermächtnis solcher Menschen wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Richard Sorge, Klaus-Dieter Baumgarten zu erinnern.

Sorge und dessen zeitweiliger Weggefährte, der KPD-Funktionär Oskar Plenge, verwiesen ausdrücklich auf das notwendige Engagement der Arbeiterklasse als Konsequenz auf Hitlers Kurs gegen die UdSSR und seiner Vorbereitung des nächsten Raubkriegs. Somit waren wir über Richard Sorge auch wieder nahe der linken Hochburg Chemnitz mit einer starken Arbeiterklasse. Dankbar sind wir, daß uns immer wieder neue Erkenntnisse über Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, des antifaschistischen Kampfes sowie anderer fortschrittlicher Bewegungen erreichen. Diese erweitern und bereichern unsere Sicht. Das betrifft selbst unseren Wissenstand über den Menschen, Kommunisten, Internationalisten, Aufklärer der Sowjetarmee und Kundschafter des Friedens Dr. Richard Sorge im Vergleich zu 1989.

Solange sich Zeitzeugen, z. B. auch Mitglieder linker Vereinigungen aus verschiedenen Generationen, Gehör verschaffen, ihr authentisches Wissen aus Bildung und praktischer politischer Arbeit zur Verfügung stellen und weitergeben, kann verzerrte Zeitgeschichte ihrer wahren, gerechten Bewertung zugeführt werden.

Peter Blechschmidt
Chemnitz

Peinliche Schulung

Zwei Antworten auf Olaf Brühl

Die Zuschrift von Olaf Brühl im Januar-RF hat – trotz der systemrichtigen Bewertung des kapitalistischen Kunstbetriebes – ein paar für mich merkwürdige Zungenschläge enthalten, die ich unangemessen finde. Wenn ich Peter Michel richtig verstehe, so hat er schonungslos dargestellt, welche Kulturbarbarei und welches Kulturbanausentum am Werk war und ist, als es darum ging und geht, in der DDR entstandene Kunstwerke zu entsorgen oder ihre Botschaft unter den Teppich zu kehren. Andererseits kann er 30 Jahre nach dem Untergang und der Demontage des Arbeiter-und-Bauern-Staates immerhin erfreut feststellen, daß DDR-Kunst zu wichtigen Teilen auch in der heutigen BRD-Gesellschaft allmählich die ihr zustehende Aufmerksamkeit und Würdigung erfährt. Wenn er dabei auch einmal die Vokabeln „ostdeutsch“ oder „Deutschland“ verwendet, hat das mit Wendehalsigkeit nun aber auch gar nichts zu tun. Hatten wir Ostdeutschen nicht mindestens ein Jahrzehnt den Ruf „Das ganze Deutschland soll es sein“ auf unseren Lippen? Und hatten wir nicht auch in unserer Nationalhymne von 1949 immer noch „Deutschland,

einig Vaterland“ beschworen, als bereits die westdeutschen Spalter die US-hörige Bundesrepublik proklamiert hatten?

Ich meine, Peter Michel richtig verstanden zu haben, wenn er mit seinem Sprachduktus heute wieder anknüpfen will an dieses „neue Deutschland“, das es immer noch zu schaffen gilt! Oder wollen wir es für immer den Kapitalisten überlassen? Wozu sonst sollte sich eine Linke z.B. überhaupt in ein parlamentarisches System mit einem Grundgesetz hinein drängeln, in dem nichts von NATO-Verpflichtungen, von Kriegseinsätzen der Bundeswehr und atomarer Abschreckung und Drohnenkriminalität zu lesen ist? Auch beschworen wurde mit unserer DDR-Kunst, in der die sozialen Menschenrechte immer an erster Stelle rangierten, ein neues Deutschland ohne Atomwaffen und ohne Kriegseinsatz in anderen Ländern. Denn das können wir nicht mehr in einer DDR einfordern, die inzwischen Geschichte ist, sondern nur in dieser Bundesrepublik, die erst noch eine lebenswerte Heimat für die Bevölkerungsmehrheit werden muß.

Peter Franz
Weimar

Daß sich die BRD-Kulturpolitik am Markt orientiert und Käufer DDR-Kunst aus Eigennutz „werten und schätzen“, steht außer Zweifel. Das Gefasel von „Staatskünstlern“, „totalitärem Unrechtsstaat“ usw. interessiert dann nicht. Profit steht an erster Stelle. Geld stinkt nicht. Da braucht es keine Belehrung. Daß Kunst aus der DDR heute wieder in Ausstellungen gezeigt und daß darüber berichtet wird, ist der Vernunft fortschrittlicher Künstler, Galeristen und vor allem Dr. Peter Michel zu verdanken, der in den vergangenen Jahren keine Auseinandersetzung gescheut hat und das weiter tun wird. Wenn Olaf Brühl glaubt, aus Peter Michels Rede herauszulesen, es habe die DDR nie gegeben, weil das Wort „Ostdeutschland“ vorkommt, dann ist das nur peinlich.

Es ist gut, daß Kunst, die in 40 Jahren DDR entstand und von einer sozialistischen Kulturpolitik auch heute noch zeugt, zunehmend zur Kenntnis genommen wird. So sollte man das interpretieren, auch und gerade im „RotFuchs“.

Ernst Jäger
Panketal

Diplomaten im Blauhemd

FDJ-Brigaden der Freundschaft halfen in zahlreichen Ländern Afrikas und Asiens (Teil 1 von 2)

Im März 1963 faßte das Politbüro der SED den Beschluß „Grundsätze und Methoden zur Auslandsinformation der DDR nach dem 6. Parteitag der SED“. In ihm wurde auch festgelegt, künftig Freundschaftsgruppen der Jugend ins Ausland zu delegieren. Dafür sollten über ein aktives Mitwirken des Zentralrates der FDJ, des Ministeriums für Volksbildung, des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen, des Volkswirtschaftsrates und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Gruppen junger DDR-Bürger, junge zuverlässige Fachleute aus der Industrie, der Landwirtschaft und Volksbildung, Berufsschullehrer und Lehrmeister ausgewählt und für einen zwei- bis dreijährigen Aufenthalt, vor allem in Afrika und Asien, gewonnen werden. Ihre Aufgabe war es, unter den dortigen Bedingungen unter der Bevölkerung zu leben und zu arbeiten, Kenntnisse und Erfahrungen aus der DDR zu vermitteln und durch ihre Arbeit und ihr persönliches Beispiel neue Freunde für unsere Republik zu gewinnen. Noch im Jahr 1963 beschloß das Sekretariat des Zentralrats der FDJ (ZR), Brigaden der Freundschaft (BdF) zu bilden. Das Sekretariat des ZK der SED übertrug dem ZR die volle Verantwortung für die Koordinierung der Arbeit. Diese bezog sich auf die Auswahl der für den Einsatz notwendigen Kader, die Auswahl der Projekte für den Einsatz der Brigaden, die materielle Sicherstellung für alle Aktivitäten, die Planung, Bilanzierung und Sicherung der materiell-technischen Versorgung sowie der laufenden finanziellen Mittel, den gegenseitigen Kontakt der Brigaden zu den Betrieben, aus denen sie delegiert wurden, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen u.a.m. Die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ wurde beauftragt, Vorbereitungslehrgänge für die ausgewählten Brigademitglieder durchzuführen. Eine enge Zusammenarbeit war auch mit den Auslandsvertretungen notwendig. Der erste Leiter der 1972 gebildeten Abteilung BdF, die dem Sekretär für Internationale Verbindungen im ZR zugeordnet wurde, war Wolfgang Böhme. Er erhielt die Vollmachten eines Regierungsbeauftragten. Die Brigademitglieder wurden darauf vorbereitet, Reparaturen und Instandsetzung von veralteten bzw. in Bürgerkriegen zerstörten Werkstätten, Industrieanlagen, Gebäuden und Wohnhäusern vornehmen zu können. Dabei war die Herstellung von Wasserversorgungseinrichtungen wie Pump- und Schöpfstationen, Wasserleitungen und Verteilerstationen und die Schaffung neuer Brunnen ein vorrangiges Anliegen. Im ländlichen Raum ging es vor allem um die Sicherung einer stabilen Wasserversorgung und in den oftmals entlegenen und isolierten Landesteilen um eine

stabile Stromversorgung vor allem für die Handwerks- und Kleinbetriebe. Ein Anliegen der Einsatzländer war es insbesondere, Schulen oder Schulräume zu schaffen, da es auf diesem Gebiet einen großen Nachholbedarf gab. Auf der Wunschliste der örtlichen und zentralen Behörden stand auch der Bau sanitärer Einrichtungen und die damit verbundene Aufklärung der Bevölkerung in hygienischen Fragen. Diese Aktivitäten waren auch für die Brigademitglieder von besonderem Interesse. Hing doch ein dauerhafter Aufenthalt unter extremen klimatischen Bedingungen auch von relativ normalen hygienischen Verhältnissen und der Schaffung einfachster medizinischer Einrichtungen ab.

Wichtig für ein gegenseitiges Kennenlernen von Brigaden und Bevölkerung sowie für die kulturelle und propagandistische Aufklärungsarbeit war die Einrichtung von Klubs. Sie halfen, ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Brigaden und der Bevölkerung herzustellen, was nicht zuletzt auch für die einigermaßen stabile Versorgung mit einheimischem Gemüse und Obst zur Gesunderhaltung der Brigademitglieder sehr wichtig war.

Die Kollektive der Brigaden der Freundschaft setzten sich aus klassenbewußten, fachlich und politisch qualifizierten jungen Facharbeitern, Lehrmeistern und Ingenieuren, aktiven Mitgliedern der FDJ zusammen, die sich auch in der bisherigen Tätigkeit durch besonders hohe Einsatzbereitschaft und Arbeitsmoral ausgezeichnet hatten. Sie wurden durch den ZR der FDJ in Zusammenarbeit mit den Grundorganisationen des Jugendverbandes und den Betriebsleitungen ausgewählt und in sechsmonatigen Kursen auf ihre Arbeit vorbereitet.

In der Zeit des Bestehens wurde die Tätigkeit der BdF immer spezifischer, qualifizierter und langfristiger.

Um zu gewährleisten, daß die errichteten Anlagen und Objekte rasch von den einheimischen Kadern übernommen, geleitet und beherrscht werden konnten, wurde eine parallel dazu durchgeführte Ausbildung der dafür vorgesehenen Kräfte, vor allem von Facharbeitern, gewährleistet. Diese Berufsausbildung vor Ort war eine der effektivsten Hilfen für diese Länder. Sie umfaßte vor allem Schlosser, Elektriker, Maurer, Klempner, Zimmerer, Tischler, Traktoristen und Maschinisten zur Bedienung der Maschinen und Anlagen. In Algerien, Sansibar und Guinea wurden in zwei- bis dreijährigen Kursen über 400 Lehrlinge ausgebildet, und in den folgenden Jahren weitere Lehrlinge auf eine Arbeit in Fabriken und Werkstätten vorbereitet.

Neben der fachlichen Ausbildung legten die Brigademitglieder auch besonderen Wert auf die Herausbildung moralischer und

ethischer Normen und Verhaltensweisen, wie die Erziehung zu einer bewußten Einstellung zur Arbeit (Arbeitsmoral), zu Ordnung und Disziplin. Auch auf diesem Gebiet betreten die Brigadisten Neuland, denn alte Wertevorstellungen und Normen aus der vorindustriellen Epoche und der Kolonialzeit waren in der Bevölkerung oft tief verwurzelt.

Mit diesem Erziehungsprozeß leisteten die Brigaden einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Formung eines Kerns der zukünftigen Arbeiterklasse in diesen Ländern. Gewohnheiten wie das täglich pünktliche Erscheinen zur Arbeit, eine Tätigkeit über mehrere Stunden auf einen Arbeitsgegenstand gerichtet (unter besonderen klimatischen Bedingungen) durchzuführen, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen, die Entwicklung der Verantwortung für die Pflege und den sorgsam Umgang mit den Maschinen und Anlagen waren oft bei den einheimischen Jugendlichen nicht einmal im Ansatz vorhanden. Auch die schrittweise Einführung von Elementen eines beruflichen Wettbewerbs in Anlehnung an den sozialistischen Wettbewerb sollte dazu führen, solche Elemente auszubilden, wie an der Planung und Leitung von volkswirtschaftlichen Prozessen teilzunehmen. Die öffentliche Führung des Wettbewerbs, die ständige Auswertung der Ergebnisse und die Bewertung von Arbeitsleistungen, der Einsatz von Kritik und Selbstkritik wurden als wirksame Impulse für die Herausbildung von Arbeiterpersönlichkeiten genutzt. Unter der Herrschaft des Kolonialsystems existierte in den meisten dieser Länder keine Berufsausbildung. Es gab keine Lehrausbilder und auch keine Lehrprogramme, auf die sich die Brigaden bei ihrem Versuch, eine Lehrausbildung aufzubauen, stützen konnten. Diese Aufgabe mußte an Ort und Stelle im Arbeits- und Ausbildungsprozeß geklärt und geschaffen werden. Auch sollten die Rolle und der Platz des neu geschaffenen Stammes von Facharbeitern bestimmt werden.

Die im Ausland eingesetzten Brigaden hatten feste Partnerbeziehungen mit Einrichtungen in der DDR, in erster Linie mit jenen, aus denen sie delegiert waren und jenen, die wichtig waren für die Lieferung der Maschinen und Ausrüstungen im Einsatzgebiet. Diese Art des Zusammenwirkens war für die Brigadisten in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung: Der Kontakt zur Heimat war psychisch und moralisch wichtig und ein bedeutender Motivationsfaktor.

Andererseits konnten über diese Kontakte oft viel schneller und unbürokratischer Materialprobleme und andere Hilfsleistungen getätigt werden.

Tieferer Blick oder Verfälschung?

Ausstellung zu 75 Jahre Potsdamer Konferenz in Cecilienhof

Ende Juni des vergangenen Jahres wurde im Schloß Cecilienhof die Ausstellung „Potsdamer Konferenz 1945 – Die Neuordnung der Welt“ eröffnet. Aus diesem Anlaß erschien ein Begleitband (BB) unter gleichnamigen Titel mit 241 Seiten Text als Führer durch die Ausstellung. In ihm werden deren Inhalte relativiert, verändert und verfälscht. Es wird erklärt, daß das Schloß Cecilienhof nicht mehr eine anerkannte Gedenkstätte, sondern nur noch ein historischer Ort sei.

Als Reaktion darauf veröffentlichte der russische Botschafter eine Erklärung unter dem Titel „Geschichtsfälschern Kontra geben“, in der er sich gegen „jegliche Versuche, die historische Wahrheit zu verdrehen, die Bilanzen des Zweiten Weltkrieges, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und der Nürnberger Prozesse zu revidieren“, wandte. (junge Welt, 1./2.8.20)

Im Kern handelt es sich um den Versuch, den historischen Platz und Stellenwert der Potsdamer Konferenz sowie deren Inhalt umzuschreiben.

Der Träger der Sonderausstellung, die „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“, wie auch der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Woidke verkündeten: „In Potsdam wurde ... die Welt neu geordnet und die Teilung Deutschlands eingeleitet“ sowie die „Neuordnung Deutschlands durch die Teilung in Besatzungszonen“ verfügt. Da die Potsdamer Konferenz die Verwirklichung der Beschlüsse von Jalta (Krimkonferenz) zum Gegenstand hatte, wird weiter verfälscht: „Als Symbolort der Teilung Europas gilt nun einmal Jalta“. Behauptet wird: Jalta war der Beginn des „frühen Kalten Krieges“, des offenen Machtkampfes der beiden Gesellschaftssysteme. Die Potsdamer Konferenz war also „eine, wenn auch wichtige Etappe auf dem Weg zum Kalten Krieg“ ab 1946.

Das ist eine neue Qualität von Geschichtsfälschung. Man ersetzt die Vereinbarungen von Potsdam durch die 1946 beginnende Periode des Kalten Krieges und datiert dessen Beginn sogar auf Jalta bei gleichzeitiger Zusammenarbeit im Krieg gegen das faschistische Deutschland.

Richtig dagegen ist: Die drei Regierungschefs heben im Artikel I des Potsdamer Abkommens in Bezug auf ihr Verhältnis zueinander hervor, daß diese Konferenz „das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und den Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat.“ Und weiter: „Es ist unser Glaube, daß diese Einigkeit eine heilige Verpflichtung unserer Regierungen gegenüber unseren Völkern und allen Völkern der Welt ist.“ Unbedingt ist angesichts dieser Ankündigung der Erneuerung der internationalen Beziehungen daran zu erinnern, daß als erste die USA und Großbritannien in ihrer Erklärung (Atlantikcharta) vom 14. August 1941 diese Friedensordnung als Nachkriegsziel verkündet hatten. Die Sowjetunion und die weiteren vom Faschismus mit Krieg

überzogenen Länder stimmten ihr am 24. September 1941 zu und bekundeten „ihre Absicht, nach besten Kräften an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten“. Zur Sicherung der Friedensordnung wurde am 1. Januar 1942 die erste „Deklaration der Vereinten Nationen“ von 26 Nationen beschlossen. Eine andere Frage ist, was aus den guten Vorsätzen aufgrund des Antikommunismus der Westmächte wurde. Erwähnenswert ist die Abgrenzung eines Autors des Begleitbandes von der Verfälschung: „Doch weder fixierte die Potsdamer Konferenz die Nachkriegsordnung des Kalten Krieges, noch etablierte sie die Teilung Deutschlands, Europas und der Welt“.

Weiter wird behauptet, das Streben nach einer Neuverteilung der Einflußzonen sei von der Sowjetunion ausgegangen, die am Ende des Krieges eine „neue Großmacht mit der Fähigkeit zur politischen Machtprojektion“ war. Sie habe auf der Potsdamer Konferenz ihren Machtbereich durch die „finale Entmachtung Deutschlands“ sowie durch „Abgrenzung der machtpolitischen Interessensphären“ absichern wollen. Der „Zerfall der Sowjetunion brachte die Nachkriegsordnung an ihr historisches Ende“. Zusätzlich wird der historische Beweis angetreten. „Das sowjetische Streben nach einer exklusiven Macht- und Einflußzone stand in einem globalen Zusammenhang oftmals imperial konnotierter (geprägter – d. A.) Großmachtspolitik, deren unmittelbare Ursprünge im 19. Jahrhundert“ bei den USA, Großbritannien und dem Zarenreich liegen. Verschwiegen wird der sozialistische Charakter der Sowjetunion und ihrer Politik. Es geht nur um Großmachtspolitik, die alle großen Drei unterschiedslos entsprechend ihrer Interessen betrieben haben sollen. Die UdSSR wird den imperialistischen Staaten gleichgestellt, der Geist und Inhalt der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sowie des Abkommens mit der vom Westen ausgehenden Bekämpfung des Sozialismus durch Kalten Krieg und Drohung mit dem Atomkrieg in der Zeit nach Potsdam ausgetauscht.

Dem Argument der „Mannigfaltigkeit der Themen“ fallen viele Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz zum Opfer, so die der „Kriegsverbrecher“ und der Hauptkriegsverbrecherprozeß sowie die 12 Nachfolgeprozesse gegen den Flick-Konzern, die IG-Farben, der Krupp-Prozeß, gegen Ärzte, Juristen, das Oberkommando der Wehrmacht, SS-Einsatzgruppen und das Rassenamt u. a. Man möchte nicht an die Begnadigungen und Amnestiegesetze der BRD 1949 und 1954 sowie deren Folgen erinnern. Verschwiegen werden auch die Vereinbarungen, mit denen die Souveränität der ehemals unterjochten Staaten wieder hergestellt werden sollte (Polen, Österreich, Jugoslawien), sowie die Frage der Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Finnland, Rumänien, Ungarn.

Im Kapitel „Die sowjetischen Interessen auf der Potsdamer Konferenz“ wird behauptet, die UdSSR habe Deutschland „als Machtfaktor

in Europa ausschalten“ wollen. Dieses Ziel sollte vor allem durch die „Aufgliederung Deutschlands in Besatzungszonen“ realisiert werden. Auch die „wirtschaftliche Entwertung“ durch Reparationen, Demontagen und Rohstoffentnahme sollte dazu beitragen. Unterstellt werden also Spaltung und Fremdverwaltung.

Die Alliierten vereinbarten jedoch etwas anderes auf der Potsdamer Konferenz, was die Verfasser des Begleitbandes unterschlagen: „Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.“ Und: „Damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Gelegenheit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen“ Es wird „zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen.“ (Potsdamer Abkommen, Artikel III.)

Gegenstand der Potsdamer Konferenz war also nicht die macht- und geopolitische „finale Entmachtung“ Deutschlands, sondern die Ausrottung des Militarismus und Nazismus, nicht Entmachtung durch Spaltung in Besatzungszonen, sondern Besetzung als Periode der alliierten Kontrolle in der Zeit der Erneuerung Deutschlands zu einem friedlichen und demokratischen Land; nicht von außen, sondern durch die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes, also seiner antifaschistischen und antimilitaristischen Kräfte. Diese hatten nach den Grundsätzen der Atlantik Charta (10 C) das Recht, „die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen“ (Krimkonferenz, 5. Erklärung über das befreite Europa).

In den „Politischen und Wirtschaftlichen Grundsätzen“ der Vereinbarungen von Potsdam wurde in 19 Punkten festgelegt, wie die Grundlagen, die Strukturen sowie der Geist des Militarismus und Nazismus zu beseitigen und demokratische Inhalte in Staat und Gesellschaft zur Vorherrschaft gebracht werden sollten.

Zur Wahrheit gehört, daß nach 1945 der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestimmend für die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Systemen und ihren Staaten wurde. Daß die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz von den Westmächten nicht realisiert wurden, diese aber ihre Besatzungspolitik im Namen von Potsdam legitimierten. Daß in den Staaten östlich der Elbe die Völker die historische Chance nutzten und den Weg zum Aufbau des Sozialismus einschlugen.

Dr. Henri Weiß
Berlin

Imperialismus, Manipulation und Pandemie

Zur Rolle des Massenbewußtseins unter heutigen Bedingungen (Teil II und Schluß)

Im ersten Teil dieses Artikels (siehe „RotFuchs“ Dezember 2020) wurde auf eine Reihe von Publikationen hingewiesen, die in den 60er Jahre in der DDR erschienen. In ihnen war herausgearbeitet worden, daß dem Bewußtsein der Bevölkerungsmassen sowohl für den staatsmonopolistischen Kapitalismus als auch im Sozialismus eine gewachsene Bedeutung zukommt. Grund dafür war das erreichte Niveau der Vergesellschaftung – der Vermehrung und Vertiefung der mannigfaltigen gesellschaftlichen Beziehungen. Der hohe Grad an Vergesellschaftung, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht wurde, bringt mittels der Kooperation eine eigene Produktivkraft hervor. Sie hat von Beginn an einen gesellschaftlichen Charakter und ihre möglichst optimale Nutzung tritt zunehmend in den Fokus sowohl der Systemauseinandersetzung als auch des innerimperialistischen Konkurrenzkampfes. Dem Bewußtsein der Massen kommt dabei eine solche Bedeutung und eine neue Rolle zu, weil die mannigfaltigen Kooperationsprozesse nur darüber sich koordinieren und harmonisieren lassen. (Engels: „Was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch.“)

In diesem zweiten Teil soll es nun um die Erkenntnisse gehen, die wir auf Grundlage dieser in der DDR unter Walter Ulbricht erarbeiteten Einsichten für aktuelle Kämpfe gewinnen können.

Lenin charakterisiert in seiner Imperialismusstudie das Monopol als „gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion“¹ und verbindet dies mit der Feststellung: Das Monopol, wenn es einmal zustande gekommen ist, „so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen ‚Details‘.“² Lenin polemisiert gegen die (u. a. von Karl Kautsky vertretene) Auffassung, der Imperialismus ließe sich als „Politik“ definieren. Ein auf die Sphäre der Politik beschränkter Begriff ermöglicht kein adäquates Verständnis. Ebenso wenig propagiert Lenin aber einen bloß seine ökonomischen Grundlagen erfassenden Begriff des Imperialismus. Ausgerechnet im Zusammenhang mit seiner oft zitierten Aufzählung der fünf grundlegenden (ökonomischen!) Merkmale des Imperialismus betont er, daß „der Imperialismus anders definiert werden kann und muß, wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe im Auge hat, sondern auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus in Bezug auf den Kapitalismus überhaupt oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung“³.

Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis, und dieses Verhältnis entwickelt einen spezifischen Charakter, nachdem

der Kapitalismus zum Monopolkapitalismus wird: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion.“⁴ Diese Entwicklung zu erkennen und in ihrer Gesetzmäßigkeit zu verstehen, wird zur Voraussetzung für den Wirklichkeitsbezug politischer Theorie und damit Voraussetzung für die Wirksamkeit politischer Strategie. Alle Politik in den Gesellschaften, die dieses Stadium erreicht haben, läßt sich fortan nur noch verstehen, wenn diese Grundbedingung berücksichtigt wird. Das galt für das Kaiserreich und gilt für die bürgerlich-demokratische Herrschaftsform der Bourgeoisie mit Parlamentarismus und liberalem Rechtsstaat ebenso wie für alle Bestrebungen, die dort vorhandenen demokratischen Rechte zu deformieren und zu widerrufen bis hin zur offenen faschistischen Diktatur.

Der Drang des Kapitals, die gesellschaftlichen Produktivkräfte unter monopolistischen Bedingungen für die Durchsetzung der eigenen Klasseninteressen einzuspannen, erzeugt für die Monopole den Bedarf, die ganze Gesellschaft mit allen ihren Bewegungen zu einem harmonisch auf diese Klasseninteressen ausgerichteten Organismus zu formieren. Daraus erwächst der neue, für den Imperialismus spezifische Charakter bürgerlicher Klassenherrschaft, den Lenin als „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“ bestimmte. In ihrer aktuellen Bildungszeitung zum „Reaktionären Staatsumbau“⁵ bezeichnet die DKP diesen Zusammenhang als Streben nach einer „Geschlossenen Heimatfront“.

Die bereits in den 60er Jahren in der DDR erarbeiteten Analysen zum Charakter, zu den Bedingungen und zu den Methoden staatsmonopolistischer Herrschaft erweisen sich als hochaktuell und hilfreich für die Untersuchung der aktuellen Rechtsentwicklung. Und sie erweisen sich damit auch als zweckmäßig zur Begründung einer angemessenen antifaschistischen Strategie.

Wie aktuell sie sind, sei am Beispiel einer Studie der „Münchener Sicherheitskonferenz“ (MSC) demonstriert. Aus dem Stab dieser Propagandaveranstaltung des Imperialismus (nebst Stelldichein vergangener und zukünftiger Kriegsverbrecher) wurde im Oktober 2020 ein Papier zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik veröffentlicht⁶. Das Papier soll „Verständnis und Unterstützung für eine deutsche und europäische Außenpolitik (fördern), die sich den dramatischen weltpolitischen Veränderungen und Herausforderungen

erfolgreich stellen kann“. So benennt der Vorsitzende der MSC, Wolfgang Ischinger, in seinem Vorwort das erhoffte Ziel. Deutlich wird auch der Zweck, für den „Verständnis und Unterstützung“ durch die Bevölkerung hergestellt werden soll. Exbundespräsident Gauck, unermüdlicher Kämpfer für die Freiheit der westdeutschen Imperialisten vor den ihnen durch die Existenz der DDR aufgezwungenen Beschränkungen, erinnert an seinen Auftritt 2014 bei der MSC und betont: Es war ihm „ein Herzensanliegen, angesichts großer weltpolitischer Herausforderungen dazu zu ermutigen, daß sich Deutschland früher, entschiedener und substantieller in der Außen- und Sicherheitspolitik engagiert“. Die krisenhafte Entwicklung der Bedingungen und Möglichkeiten, mit denen sie ihren Machtanspruch verfolgen können, wird in diesen Kreisen wahrgenommen: „30 Jahre nach der Deutschen Einheit ist die Bundesrepublik Deutschland mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Europas Sicherheit ist bedroht, Europas Demokratien sind in der Defensive.“ So fassen die Autoren des Papiers die Ausgangslage zusammen. Angesichts dieser Bedrohung ihrer Ambitionen will das MSC-Papier aufzeigen, wie die Voraussetzungen zu schaffen sind, die „enormen Herausforderungen“ bestehen zu können. Gauck macht ihnen hierzu passend Mut: „Wir können, wenn wir wollen, einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Europa zusammenzuhalten und damit unsere Lebensweise, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie unsere Interessen gegen neue Herausforderungen zu verteidigen.“ Der Rest des Papiers entspricht oftmals bis ins Detail dem Arsenal an Methoden, das beispielsweise die Autoren von „Manipulation. Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie“⁷ als „neue Technik des Regierens“ analysieren. Hierzu reicht es nicht, sich auf „die elementare Gewalt des alltäglichen Druckes der bürgerlichen Ideologie“ zu verlassen. Die Monopolbourgeoisie „setzt eine einheitliche, zielgerichtete, jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens durchdringende geistige Mobilmachung durch, die mit allen Mitteln und Techniken der Meinungsmanipulation erstrebt wird“⁸.

Die aktuelle Variante des nie aufgegebenen Griffs nach der Weltmacht wird in der Studie der MSC so vorgestellt: „Eine deutsche Führungsrolle ist Voraussetzung für Europas Handlungsfähigkeit in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik. Das gilt für den Umgang mit globalen Gefährdungen wie Erderwärmung, Migration oder Pandemien. Es gilt auch für den Wettbewerb im Bereich der Künstlichen Intelligenz und anderer strategischer Technologien.“ Und als Schritt dahin: „Um Europa handlungsfähig zu machen, muß Deutschland zunächst auf nationaler Ebene seine strategischen Interessen definieren und

1 W. I. Lenin, Werke Bd. 22, Dietz-Verlag Berlin 1960, S.209

2 Ebenda, S.241

3 Ebenda, S.271

4 W. I. Lenin, Werke Bd. 23, Dietz-Verlag Berlin 1957, S.34

5 Parteivorstand der DKP (Hrsg.): „Reaktionärer Staatsumbau. Integration-Formierung-Manipulation“, Essen 2020

6 Ischinger/Ruge/Franke (Hrsg.): „Zeitenwende | Wendezeiten: Sonderausgabe des Munich Security Report“, München 2020

7 Dieter Bergner u.a.: „Manipulation. Die staatsmonopolistische Bewusstseinsindustrie“, Dietz-Verlag Berlin, 1969

8 Ebenda, S.14

seinen außenpolitischen Apparat inklusive der Entscheidungsprozesse modernisieren. Das beginnt mit der Weiterentwicklung der „strategischen Kultur.“

Das Bedingungsverhältnis von imperialistischer Machtentfaltung und der Herstellung einer geschlossenen Heimatfront wird benannt: „Handlungsfähigkeit nach außen erfordert Standfestigkeit im Inneren: Die Covid-19-Pandemie hat in dramatischer Weise deutlich gemacht, wie wichtig das Thema Resilienz ist. (...) Gute Außenpolitik und die Mobilisierung entsprechender Ressourcen ist auf die Akzeptanz, besser noch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.“ Es ist erhellend zu sehen, welches Beispiel die Münchener für gelungene Überzeugungsarbeit anführen: „Sie (die Deutschen) lassen sich durchaus überzeugen, außenpolitisch mehr zu tun, wenn die Politik gute Argumente dafür liefert. Bei der Bewältigung der Corona-Krise hat Deutschland Führung gezeigt und Europa zusammengehalten. Jetzt ist es Zeit, die Weichen für eine deutsche Außenpolitik zu stellen, die dazu beiträgt, Europa in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik zu einem handlungsfähigen und respektierten Akteur in der Welt zu machen.“ Nicht die Frage, ob die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie angemessen oder erfolgreich waren, ist hier für die Strategen des Imperialismus von Bedeutung, sondern als empfehlenswertes Beispiel erscheint ihnen der Umgang mit Corona, insofern es ihnen dabei – wie es scheint – gelungen ist, große Teile der Bevölkerung zu bewegen, sich für das Gelingen staatlichen Handelns verantwortlich zu fühlen. Als Erfolg bei der Formierung der geschlossenen Heimatfront können sie es verbuchen, wenn sie die Bevölkerung zur vermeintlich freiwilligen Akzeptanz eines Denk- und Handlungsrahmens gelenkt haben, der durch die Interessen der Monopolbourgeoisie definiert ist.

Für uns ist entscheidend, nicht zu vergessen, daß in dieser Klassengesellschaft die Zwecke, die im gemeinsamen Handeln verfolgt werden sollen, entweder von der herrschenden Monopolbourgeoisie gesetzt werden – also von deren Interessen definiert sind – oder von den objektiven Interessen der Masse der Bevölkerung. Im Rahmen des Letzteren liegt das Interesse an der Erhaltung der Gesundheit, liegen demnach auch solche Maßnahmen, die diesem Zweck dienen, liegt auch, dem bei „Querdenkern“ verfochtenen Irrationalismus nicht auf dem Leim zu gehen. Dieser Staat verfolgt aber nicht die Interessen der in ihm lebenden Menschen, sondern die Interessen seiner imperialistischen Monopolbourgeoisie. Dessen Interesse besteht jedoch darin, die Pandemie zu seinem Vorteil nutzen zu können. Sie wollen wieder einmal „gestärkt aus der Krise hervorgehen“. Und im Wettbewerb mit der europäischen und US-amerikanischen Konkurrenz (wenn auch nicht mit der aus China) scheint das zu gelingen. Dass Maskentragen und Abstandhalten tatsächlich sinnvoll den Gesundheitsinteressen der Bevölkerung zugutekommen, ist für das Handeln dieses Staates nicht das entscheidende Kriterium, sondern wird lediglich als willkommene Begleiterscheinung für die Überzeugungsarbeit mitgenommen. Im Interesse der Bevölkerung

wäre die Verstaatlichung der Pharmaindustrie, die Rückübertragung der Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen in kommunale und staatliche Eigentümerschaft und damit ihre Befreiung vom Zwang, Profite zu erwirtschaften. Doch solcherlei folgt eben nicht dem Zweck der Durchsetzung imperialistischer Interessen.

Wo es gelingt, die Bevölkerung darauf einzuschwören, daß „wir“ gestärkt aus der Krise hervorgehen, wo Gewerkschaften hierzu „Solidaritätverträge“ abschließen, da erkennen die Imperialismusstrategen zu Recht ein Erfolgsrezept für Rechtsentwicklung und Kriegsvorbereitung. Das MSC-Papier liefert eine ausführliche Analyse von Umfrageergebnissen zur Außen- und Sicherheitspolitik, bei denen die weiterhin geringe Zustimmung der Bevölkerung zu Militäreinsätzen beklagt wird. „Für die konkreten Verteidigungsaufgaben der deutschen Streitkräfte innerhalb des NATO-Bündnisses im Rahmen der Verstärkten Vornepräsenz fehlt es an Rückhalt in der Bevölkerung.“ ... „Da Abschreckung nur dann funktioniert, wenn sie als glaubwürdig betrachtet wird, kann eine sehr skeptische Haltung der Bevölkerung auch ein Problem für die Effektivität der NATO-Mission werden. Denn wie wirksam ist eine Abschreckung, wenn ein potentieller Gegner darauf spekulieren könnte, daß Deutschland im Zweifel vor einer militärischen Reaktion zurückschrecken würde?“ In direktem Bezug auf das dadurch bestehende Hemmnis ihrer Machtambitionen führen die MSC-Autoren als positiven Lichtblick aus: „Die präsentierten Umfrageergebnisse zeigen anschaulich, daß sich die öffentliche Meinung ändern oder aber auch in alten Mustern verharren kann. (...) Das öffnet den Raum für politische Argumentation und Überzeugung. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die hohen Zustimmungswerte zu dem Corona-Hilfsprogramm der EU.“

Die Funktion der Meinungsforschung für die staatsmonopolistische Beeinflussung des Massenbewußtseins wurde bereits in der DDR-Publikation von 1969 erklärt: „Der ehemalige Bundeskanzler Erhard formulierte einmal, was die ‚schnelle Diagnose‘, wie sie die Meinungsforschung zu liefern vermag, zeigen muß: ‚Wie sind diese Menschen ansprechbar? Wie sind sie unter Umständen auch beeinflussbar?‘ In diesem Sinne sehen es die bundesrepublikanischen Meinungstester als ihre ‚staatspolitische Aufgabe‘ an, ‚die Integration von Volk und Führung herzustellen‘ oder, wie es Frau Noelle-Neumann ausdrückt, den ‚Gemeinsinn‘ des Volkes zu fördern.“⁹ Es geht also bei der Meinungsforschung nicht um das vermeintlich demokratische Ansinnen, Informationen zu den Standpunkten der Bevölkerung zu gewinnen, sondern in genau entgegengesetzter, antidemokratischer Absicht geht es um Erkenntnisse für besseren Manipulierbarkeit des Massenbewußtseins. Das Studium der DDR-Publikationen aus den 60er Jahren hilft, den Charakter der imperialistischen Strategieempfehlung zu erkennen. Der besteht darin, daß die staatsmonopolistische Formierung der Bevölkerung zu einer geschlossenen Heimatfront solches Herrschaftswissen zur

Kriegsvorbereitung verwendet: „In den vergangenen Jahren ist die Unterstützung für die Übernahme von ‚mehr Verantwortung‘ im Allgemeinen gestiegen. Die meisten Deutschen präferieren zivile Instrumente für mehr deutsches Engagement. Dennoch läßt sich die Bevölkerung mit guten Argumenten auch von Entscheidungen überzeugen, die über das traditionelle Handlungsspektrum Deutschlands hinausgehen.“

Gegen wen die nicht mehr „traditionellen“ und nicht mehr „zivilen“ Instrumente in Stellung gebracht werden sollen, darüber lassen die MSC-Autoren auch keinen Zweifel aufkommen: „Die Stärkung der politischen Handlungsfähigkeit der EU ist ebenso Voraussetzung für eine glaubwürdige europäische Politik gegenüber Rußland und China. (...) Alle Versuche der letzten Jahre, mit Moskau in einen partnerchaftlichen Dialog einzutreten, sind gescheitert.“ „Ähnliches gilt für den Umgang mit China, dessen zunehmend selbstbewußtes Verhalten immer mehr Staaten Sorgen bereitet. (...) Das neue Selbstbewußtsein, verbunden mit der zunehmend offensiv vorgetragenen Botschaft, daß das eigene System durchaus ein Modell für die Welt bietet, beruht nicht zuletzt auf dem wirtschaftlichen Erfolg Chinas. Im direkten Vergleich mit den liberal-demokratischen Marktwirtschaften des Westens hat die staatskapitalistische chinesische Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren stark aufgeholt.“

Es liegt im Wesen des Imperialismus begründet, daß dieses System mit den Lebens- und Zukunftsinteressen der Menschheit nicht vereinbar ist. Diese von Lenin analysierte Wahrheit gilt es, in unserem Kampf gegen Krieg und Rechtsentwicklung zur Geltung zu bringen. In der zitierten Publikation aus der DDR heißt es: „Der Versuch, den sozialen Fortschritt reaktionären sozialen Formen zu unterwerfen, bedeutet, die neuen Probleme mit Hilfe reaktionärer Bewußtheit zu lösen, was schließlich zur Vertiefung der Widersprüche führen mußte.“¹⁰

Daß diese Versuche letztlich scheitern müssen, wird die imperialistische Bourgeoisie nicht davon abhalten, dabei erneut die Menschheit mit Krieg und Faschismus heimzusuchen. Es bleibt unsere Aufgabe, sie daran zu hindern. Ob wir in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen, wird von unserer Stärke abhängen. Und diese Stärke hängt wiederum entscheidend davon ab, ob wir den Charakter der imperialistischen Klassenherrschaft zutreffend analysieren, ob wir erkennen, von wem die Rechtsentwicklung hervorgebracht wird und woher die Kriegsgefahr rührt – und gegen wen sich daher auch unser Kampf gegen Faschismus- und Kriegsgefahr wenden muß.

Jürgen Lloyd
Krefeld

Der Autor ist Mitverfasser der aktuellen Bildungszeitung der DKP zur Einschätzung der gegenwärtigen Rechtsentwicklung mit dem Titel »Reaktionärer Staatsumbau«. Die Bildungszeitung ist erhältlich als PDF unter dkp.de/partei/theorie-und-bildung/ oder kann in gedruckter Version im UZ-Shop bestellt werden. Tel: 0201/177889-23

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Über die theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Kommunismus (1)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

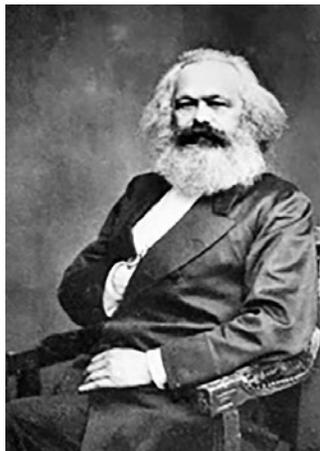
10. Februar 1977

Kommunismus – es gibt wenige Begriffe, die in Geschichte und Gegenwart so heiß umstritten sind. Von den Feinden des sozialen Fortschritts, den Gegnern der revolutionären Arbeiterbewegung und des realen Sozialismus, wurde und wird er auch heute mit unsäglichem Haß verteufelt und verleumdete, ist er tausendfältig verfälscht, ungezählte Male „widerlegt“ und totgesagt worden. Die kommunistische Bewegung und die kommunistische Theorie haben allen Angriffen standgehalten – ihr Einfluß auf das politische Denken und Handeln ist heute so tiefgreifend, daß man überhaupt keinen ideologischen und praktisch-gesellschaftlichen Prozeß mehr begreifen kann, wenn man ihn unabhängig von eben dieser Bewegung und dieser Theorie betrachten wollte.

Die revolutionäre Stärke der kommunistischen Weltbewegung ist auch im wissenschaftlichen Fundament ihrer Aktionsprogramme, im wissenschaftlichen Kommunismus begründet. Daß es gelang, den Kommunismus aus einer Utopie, einem schönen Traum vom Menschenglück auf Erden in eine exakte, streng wissenschaftliche Theorie umzuwandeln, beruht nicht zuletzt auf folgendem: Karl Marx und Friedrich Engels haben, als sie die Theorie jener Gesetzmäßigkeiten schufen, die mit eherner Notwendigkeit die Beseitigung des Kapitalismus bewirken und zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsformation führen, an die besten Resultate der gedanklichen Kultur der Menschheit angeknüpft. Die höchsten Errungenschaften der vorausgegangenen Philosophie, der Sozialismustheorien und der ökonomischen Lehren sind durch Marx und Engels kritisch angeeignet worden und im wissenschaftlichen Kommunismus aufgehoben. Lenin betonte 1913 in seinem Aufsatz „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“: „Die ganze Genialität Marx' besteht gerade darin, daß er auf Fragen Antwort gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare Fortsetzung der Lehren der Vertreter der Philosophie,

der politischen Ökonomie und des Sozialismus.“¹ Eben dies sind die entscheidenden theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Kommunismus: die klassische deutsche Philosophie, die englische politische Ökonomie und der französische utopische Sozialismus.

So wie die wissenschaftliche Weltanschauung ihre revolutionierende gesellschaftliche Wirkung als zutiefst internationalistische



Die Philosophen Karl Marx und Georg Wilhelm Friedrich Hegel

Lehre stets in weltgeschichtlichen Dimensionen entfaltet, ist sie auch als internationalistische Lehre entwickelt worden. Sie ist, wie Lenin betont, nicht „abseits von der Heerstraße der Weltzivilisation entstanden“, sie enthält nichts, „was einem ‚Sektierertum‘ im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre“.² Der wissenschaftliche Kommunismus entstand, entwickelte und entwickelt sich auch in der Gegenwart auf der praktischen Grundlage des Klassenkampfes der internationalen Proletariats und der internationalen theoretischen Erfahrungen. Wobei freilich zu betonen ist, daß die Erfahrungen des Sowjetvolkes und der KPdSU, die Erfahrungen der Sowjetunion als des Pioniers des kommunistischen Menschheitsfortschritts in diesem Prozeß ein entscheidendes Gewicht haben.

Der Begriff „Wissenschaftlicher Kommunismus“ umfaßt zweierlei: Im weiteren Sinne das Ganze der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse; im engeren Sinne einen ihrer Bestandteile – die Lehre vom Klassenkampf des Proletariats und der

sozialistischen Revolution, von den sozialpolitischen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, vom revolutionären Weltprozeß im Ganzen und von der Strategie und Taktik beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.³

Gleichgültig, ob wir nun den Begriff in seiner weiteren oder engeren Bedeutung nehmen – das tiefe Verständnis des wissenschaftlichen Kommunismus setzt die Kenntnis aller drei

Quellen und aller drei Bestandteile voraus. Denn das Hauptsächliche unserer Weltanschauung insgesamt und jedes ihrer Bestandteile, das ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Mission der Arbeiterklasse als des Erbauers der ausbeutungsfreien, der kommunistischen Gesellschaftsformation. Dies klarzustellen, dazu sind nicht allein die sozialpolitischen Erkenntnisse, sondern auch die philosophischen und die politisch-ökonomischen notwendig. Und die Gesetzmäßigkeiten, deren Wirken die revolutionäre Ablösung des Kapitalismus durch die höhere Gesellschaftsformation des Kommunismus bewirkt, können nicht ohne philosophische und polit-ökonomische Voraussetzungen

untersucht werden. Ja, man kann insgesamt sagen: Der wissenschaftliche Kommunismus, das ist eine materialistische und dialektische Theorie, und alle von ihm untersuchten Zusammenhänge haben ihre tiefste Wurzel im materiellen Lebensprozeß der Gesellschaft. Der letztere jedoch wird von Gesetzmäßigkeiten beherrscht, deren Erforschung den Gegenstand der politischen Ökonomie bildet. Friedrich Engels hat einmal gesagt: „... wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, daß wir abstammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel“.⁴ Die drei erstgenannten – Saint-Simon, Fourier und Owen –, das sind die bedeutendsten Vertreter jener Quelle des wissenschaftlichen Kommunismus, die wir als kritisch-utopischen Sozialismus bezeichnen. Sie soll uns im nächsten Vortrag beschäftigen. Kant, Fichte und Hegel sowie Ludwig Feuerbach sind die größten Vertreter der klassischen bürgerlichen Philosophie, der entscheidenden philosophischen Quelle des wissenschaftlichen Kommunismus. Ich will mich in diesem Teil Hegel (1770–1831),

dem genialsten Denker des klassischen Idealismus, und Ludwig Feuerbach (1804–1872), seinem vor Marx radikalsten materialistischen Kritiker, zuwenden.

Vielleicht fragen Sie: Wie können denn zwei durch und durch bürgerliche Denker – deren einer, Hegel, in manchem gar noch dem preußischen Feudalabsolutismus verhaftet blieb – mit der revolutionären proletarischen Theorie in Verbindung gebracht werden? Was kann denn der spekulative Geschichtsphilosoph Hegel, Schöpfer eines Systems des Idealismus, das nie konsequent über Religion und Theologie hinausgekommen ist, mit dem philosophischen Geist des wissenschaftlichen Kommunismus zu tun haben? Und von Feuerbach wissen wir, daß ihn seine anthropologische Theorie, seine Lehre vom Menschen als dem höchsten Gegenstand der Philosophie, keineswegs zur Einsicht in die wirklichen sozialen Zusammenhänge der menschlichen Existenz führte. Feuerbachs Philosophieren über den Menschen mündete, wie Friedrich Engels gezeigt hat, gar in einer schwülstigen Liebesreligion. Wie kann da ein Weg zu Marx führen? In der Tat jedoch führt von beiden Denkern ein Weg zur Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus; denn beide haben unendlich viel mehr geleistet, als etwa nur die alten Dogmen des Idealismus wiederzukäuen oder nur über den Menschen schlechtweg spekulativ zu philosophieren. Mit dem Werk beider sind geniale theoretische Leistungen verbunden, ohne die der wissenschaftliche Kommunismus nicht hätte geschaffen werden können.

Die höchste Errungenschaft des klassischen deutschen Idealismus überhaupt und der Hegelschen Philosophie im besonderen, das ist die Dialektik. Trotz des idealistischen Systems gelang Hegel die bis dahin umfassendste Entwicklung der dialektischen Denkweise. Er war auch der erste, der die grundlegenden dialektischen Gesetze formulierte: das Gesetz des Umschlags quantitativer in qualitative Veränderungen, das Gesetz der Einheit der Gegensätze und das Gesetz der Negation der Negation. Marx hat bekanntlich die Hegelsche Dialektik vom idealistischen Kopf auf die materialistischen Füße gestellt.

Die Dialektik ist ihrer Natur nach eine revolutionäre Denkweise: Das ist der tiefste Grund, weshalb Hegel zu den theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Kommunismus gehört. Diese Theorie ist unauflöslich mit revolutionärem dialektischem Denken verbunden; begründete sie doch den in der bisherigen Menschheitsgeschichte größten revolutionären Sprung, den Sprung aus der klassenantagonistischen Ausbeutergesellschaft in die von Ausbeutung freie Gesellschaft des Sozialismus und Kommunismus, in die erste Gesellschaft realer Freiheit und praktizierter Menschenrechte.

Lassen Sie mich das Wesentliche, den revolutionären Keim, das weltanschaulich Vorwärtsweisende der Hegelschen Dialektik mit den Worten Friedrich Engels' kennzeichnen: „Ihren Abschluß fand diese neuere deutsche Philosophie im Hegelschen System, worin zum erstenmal – und das ist sein großes Verdienst – die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als ein Prozeß, d. h.

als in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung und Entwicklung begriffen dargestellt und der Versuch gemacht wurde, den innern Zusammenhang in dieser Bewegung und Entwicklung nachzuweisen. Von diesem Gesichtspunkt aus erschien die Geschichte der Menschheit nicht mehr als ein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten, die vor dem Richterstuhl der jetzt gereiften Philosophenvernunft alle gleich verwerflich sind und die man am besten so rasch wie möglich vergißt, sondern als der Entwicklungsprozeß der Menschheit selbst, dessen allmählichen Stufengang durch alle Irrwege zu verfolgen und dessen innere Gesetzmäßigkeit durch alle scheinbaren Zufälligkeiten hindurch nachzuweisen jetzt die Aufgabe des Denkens wurde.“⁵

Ich glaube, es fällt nicht schwer einzusehen, welche tiefe Bedeutung eine solche Denkweise für den Aufbau der wissenschaftlichen Theorie vom Kommunismus hat: Den Kommunismus wissenschaftlich begründen, das heißt ja gerade, ihn als notwendiges Ergebnis der objektiven, gesetzmäßigen geschichtlichen Entwicklung begründen. Die Gewißheit vom unausweichlichen Übergang der ganzen Menschheit zur kommunistischen Gesellschaft beruht zunächst und allgemein darauf, daß es in der menschlichen Geschichte keinen Stillstand gibt, sondern daß sie ein niemals abschließbarer Prozeß des Werdens neuer Verhältnisse und des Vergehens alter Zustände, ist, daß der Kapitalismus keine ewige, sondern eine geschichtlich vergängliche Ordnung ist, daß das Wirken seiner inneren, unaufhebbaren Widersprüche zwangsläufig zu einer revolutionären Ablösung durch den Sozialismus führt.

Lassen Sie mich aus der Fülle der Einsichten Hegels in wirkliche geschichtliche Zusammenhänge diese eine nennen, weil sie gleichfalls von grundlegender Bedeutung für die Herausbildung des wissenschaftlichen Kommunismus ist: Hegel hat als erster erkannt, daß die Geschichte in ihrem Wesen nichts anderes ist als der Selbsterzeugungsakt des Menschen in der Arbeit. Von Marx auf materialistischem Boden weiterentwickelt, bedeutet diese Idee: Es ist letztendlich die materielle Produktionstätigkeit der Menschen, die alle geschichtliche Veränderungen bewirkt. Auch der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung des Kommunismus haben ihre tiefste Wurzel in der gesellschaftlichen Produktion.

Ludwig Feuerbachs Stellung in der Vorgeschichte des Marxismus ist durch die folgenden Leistungen gekennzeichnet: Er hat die vor Marx theoretisch reichste Form der Religionskritik geschaffen. Seine Theorie der „religiösen Selbsterfremdung“ besagt, daß nicht die Religion den Menschen macht, sondern der Mensch die Religion. Das religiöse Bewußtsein ist eine verkehrte Art der Abspiegelung des Wesens des Menschen selbst. Gott und seine Eigenschaften – Liebe, Weisheit, Allmacht –, das sind nach Feuerbach nur ins Jenseits projizierte Wesenszüge und Sehnsüchte des Menschen. Feuerbach hat im menschlichen Erkennen liegende Wurzeln des Idealismus bloßgelegt und die idealistische Philosophie als die denkend ausgeführte Religion gefaßt.

Mit diesen kritischen Leistungen ist die folgende positive verbunden: Feuerbach hat nach der Vorherrschaft des Idealismus von Kant bis Hegel im philosophischen Denken Deutschlands wieder den Materialismus in seine Rechte gesetzt.

Engels charakterisiert die Wirkung des Feuerbachschen Hauptwerkes „Das Wesen des Christentums“ so: „Mit einem Schlag zerstäubte es den Widerspruch, indem es den Materialismus ohne Umschweife wieder auf den Thron erhob. Die Natur existiert unabhängig von aller Philosophie; sie ist die Grundlage, auf der wir Menschen, selbst Naturprodukte, erwachsen sind; außer der Natur und den Menschen existiert nichts, und die höhern Wesen, die unsere religiöse Phantasie erschuf, sind nur die phantastische Rückspiegelung unseres eignen Wesens.“⁶

Worin liegen die Zusammenhänge dessen mit der Herausbildung des wissenschaftlichen Kommunismus? Ein wesentlicher weltanschaulicher Zusammenhang ist durch die Religionskritik gegeben. Nicht nur in der Beziehung, daß ja der wissenschaftliche Kommunismus eine atheistische Lehre ist: Er baut nicht auf Gott, dessen Güte die menschlichen Verhältnisse zum Guten wenden möchte, sondern er baut auf die Kraft, die Macht und das Schöpferium des Menschen. Noch konkreter jedoch geht es darum, daß der junge Marx, auch von der Feuerbachschen Religionskritik ausgehend, auf die Kritik der irdischen Zustände kam, die Religionskritik als Präludium der Sozialkritik begriff und die Frage stellte: Wie müssen die gesellschaftlichen Zustände beschaffen sein, in denen der Mensch nicht mehr in ein Jenseits flieht, um Trost zu finden, wodurch kann das irdische, das reale Elend beseitigt werden, das seine Entsprechung im religiösen Elend findet?

Es sei abschließend noch auf folgendes hingewiesen: Ohne Feuerbachs Theorie vom Menschen als einem Naturwesen, einem – weil leiblichen – bedürfnisreichen, leidenden und liebenden, ist die Überwindung der idealistischen Mystifikation der Geschichte und das Vordringen zu ihrer materialistischen Erklärung nicht denkbar. Der Marxschen Erkenntnis, daß der Mensch ein gesellschaftliches, weil materiell produzierendes Wesen ist, ging die Feuerbachsche Theorie voraus, daß das Wesen des Menschen nicht geistiger, sondern natürlicher Art ist – daß der Mensch von Haus aus Natur ist.

Ich habe in diesen knappen Darlegungen auf nähere Kritik des Hegelschen Systems wie auch der Feuerbachschen Theorie verzichten müssen. Nach wie vor gilt: Ihre wertvollsten philosophischen Ideen gehören zu den progressiven Traditionen, welche die revolutionäre Arbeiterbewegung aufbewahrt hat.

Anmerkungen

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 19, S. 3

2 Ebenda

3 Vgl. Wissenschaftlicher Kommunismus, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundstudium, Berlin 1975, S. 17

4 Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 188

5 Ebenda, S. 206

6 Ebenda, S. 272

Engels in der MEGA (Teil 2 von 3)

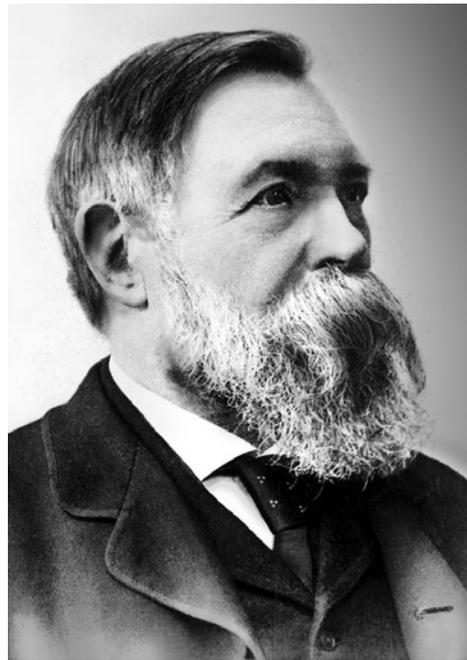
Ein nicht zu unterschätzender, wenn nicht den wichtigsten Beitrag zur Entwicklung der neuen Weltanschauung und ihrer für breitere Kreise der Arbeiterbewegung leistete Engels 1877/1878 mit einer Artikelserie, um die er von Wilhelm Liebknecht als Redakteur des Organs der 1875 in Gotha vereinigten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands „Vorwärts“ gebeten worden war. Es wurde daraus das Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, das dann kurz als „Anti-Dühring“ bezeichnet in den Sprachgebrauch eingegangen ist.¹ Vorher hat es keine Schrift gegeben, welche zeigte, daß die Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Werktätigen ein einheitliches System philosophischer, ökonomischer und politischer Lehren ist. Bis heute verzeihen es politische und ideologische Gegner der Arbeiterbewegung Engels nicht, daß von da an ganze Generationen von sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Vertretern durch das Studium von Engels' Schrift – für deren Abschnitt „Politische Ökonomie“ übrigens Marx gearbeitet hatte² – einen leichteren Zugang zu Marx' „Kapital“ fanden.

„Die beiden großen Entdeckungen, die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelt des Mehrwerts, verdanken wir Marx. (Hier zeigte sich Engels' Bescheidenheit! – E. K.) Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft, die es sich nun zunächst darum handelt, in allen ihren Einzelheiten und Zusammenhängen weiter auszuarbeiten.“³ So mußten z. B. die Bücher II bis IV des „Kapitals“ noch bearbeitet und herausgegeben werden.

Den enzyklopädischen Charakter von Engels' Buch „Anti-Dühring“ sahen verschiedene bürgerliche Ideologen sofort und ahnten, daß die von Marx und Engels bis dahin entwickelte Auffassung nun noch mehr Einfluß in der Arbeiterbewegung gewinnen konnte. So schrieb der Anhänger der Freihandelschule Eduard Fries 1878: „Diese Demagogen (nämlich die allbekannten Haupturheber und Apostel des modernen Communismus) und ihre Nachfolger und Gehilfen betreiben ihr besagtes Handwerk mit der größten Kühnheit, Energie und Siegeszuversicht (...), so daß die Verfechter der Wahrheit vielfach verblüfft und eingeschüchtert werden und ihnen kaum mehr entgegenzutreten wagen. (...) Sie bewaffnen sich mit der ganzen Bildung ihres Jahrhunderts, sie schleppen ein ungeheures wissenschaftliches und statistisches Material herbei (...).“⁴ Mit Engels' Werk begann eine neue Periode der Wirkungsgeschichte des Marxismus; mit ihm wurde ein wichtiger Beitrag dafür geleistet, daß die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands das im Oktober 1878 vom Reichstag beschlossene „Gesetz gegen

die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ 12 Jahre später überwinden konnte.

Man versetze sich in die Lage nach dem Tod von Marx. Der 62jährige Engels arbeitete an seinem Werk „Dialektik der Natur“, in welchem er einen Beitrag zur Ausarbeitung und Verbreitung der philosophischen Lehre der



Friedrich Engels

Weltanschauung der Arbeiterklasse leisten wollte.⁵ Er stellte darin dar, daß es nicht nur in der Natur, sondern auch in der menschlichen Gesellschaft objektive Gesetze gibt und sich die Freiheit des Menschen nicht in erster Linie im Willen abspielt, sondern vielmehr die Fähigkeit zum Handeln des Menschen mit Hilfe erkannter Gesetze ist. Freiheit ist also Handeln mit Sachkenntnis. Engels hatte die Arbeit an diesem Werk schon einmal 1877 unterbrechen müssen, als er gebeten worden war, die Artikelserie zur Kritik der Auffassungen von Eugen Dühring⁶ zu schreiben, welcher von vielen als neuer Sozialist gelobt worden war.

Aber für Engels war es im Interesse der Verbindung der von Marx und ihm erarbeiteten Weltanschauung mit der praktischen Arbeiterbewegung wichtig, den literarischen Nachlaß von Marx zu ordnen und zu nutzen. Dabei fand er interessante Exzerpte, die Marx zwischen 1878 und 1881 aus Schriften zur Völkerkunde, zur frühen Geschichte und zur Geschichte des Grundeigentums gemacht hatte (sie sollen im Band IV/27 der MEGA² ediert werden). Dieses Material nutzte er, um bis Ende Mai 1884 die Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“

abzuschließen. Sie erschien schon Anfang Oktober desselben Jahres in Zürich (Schweiz) und war ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung der Sozialisten über den Zusammenhang von Ökonomie und Politik sowie speziell über das Wesen des Staates.

Im IX. Kapitel „Barbarei und Zivilisation“ gelangte Engels erstmalig zu den Merkmalen des Staates: „Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht (...) Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; (...).

Gegenüber der alten Gentilorganisation kennzeichnet sich der Staat erstens durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet.“⁷ (...)

Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbständige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden (ist) seit der Spaltung in Klassen.“⁸ (...) Um diese öffentliche Macht aufrechtzuerhalten, sind (drittens) Beiträge der Staatsbürger nötig – die Steuern.“⁹

1885 meldete sich der tote Marx gewissermaßen wieder zu Wort. Engels hatte die zwei damals fähigsten Theoretiker der Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, gebeten, Marx' französisches Buch „Misère de la philosophie“ von 1847 ins Deutsche zu übersetzen und damit nach wie vor wichtige philosophische, ökonomische und politische Einsichten bekannter zu machen, die Marx während seines Exils in zu Brüssel in Auseinandersetzung mit Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865) entwickelt hatte. 1885 erschien also mit einem gehaltvollen Vorwort und Fußnoten von Engels die deutsche Ausgabe „Das Elend der Philosophie“. Aus dieser konstruktiven Zusammenarbeit mit Bernstein und Kautsky entstand Engels' Entschluß – er selbst hatte vollauf zu tun mit der Herausgabe der Bücher II und III des „Kapitals“ – den beiden den Teil aus Marx' zweitem Rohentwurf der „Kritik der politischen Ökonomie“ zur Entzifferung zu übertragen, der mit „Theorien über den Mehrwert“ überschrieben war¹⁰ und von Marx 1867 als IV. Buch des „Kapitals“ angekündigt wurde.¹¹ Dieser IV. Band wurde schließlich von Kautsky 1905 und 1910 in drei Teilen herausgegeben¹², womit Marx' Versprechen am Ende des Vorwortes von 1867 endgültig eingelöst war. 1885 war „Das Kapital“ – das erste der 1859 von Marx geplanten sechs Bücher – nicht vollendet, anatomisch ausgedrückt ein „Torso“.

Prof. Dr. Eike Kopf

1 Siehe F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). In: MEW, Bd. 20, S. 1-303.

2 Siehe K. Marx: Randnoten ... In: MEGA2, Bd. I/27, S. 145-216.

3 F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW, Bd. 19, S. 207-209.

4 E. Fries: Die sogenannte Sociale Frage oder die neueste Volksverdümmung. Zürich 1878, S. V/VI.

5 Siehe MEW, Bd. 20, S. 305-570.

6 Siehe MEW, Bd. 20, S. 1-303 und 571-620.

7 Mit anderen Worten: Ein Grenzregime ist nötig; wer es verspielt, verspielt ein wesentliches Merkmal des betreffenden Staates.

8 Es handelt sich in anderen Worten um einen Staatsapparat oder eine Staatsmaschinerie.

9 F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW, Bd. 21, S. 164-166.

10 Siehe MEGA2, Bd. II/3.2-II/3.4. Vgl. MEW, Bd. 26.1-26.3.

11 Siehe MEGA2, Bd. II/5, S. 14. Vgl. MEW, Bd. 23, S. 17.

12 Siehe MEW, Bd. 26.1-26.3.

Einer der höchsten Werte: Arbeit

Friedrich Engels zur Dialektik von Mensch und Natur und die Praxis in der DDR

Arbeiten als menschliche Tätigkeit war für Friedrich Engels ein zentraler Gegenstand seines Nachdenkens über das Verhältnis des Menschen zur Natur. Daß er den Menschen nicht nur als Teil der Natur angesehen hat, sondern dessen Tätigsein als prägend für die menschliche Natur selbst ansah, ist eines seiner Denkergebnisse, die für uns auch heute noch wesentlich in der Analyse bestehender Verhältnisse sein können.

Zentral ist also der „Arbeitsbegriff“, der zu unterschiedlichen Zeiten und von unterschiedlichen Interessengruppen völlig unterschiedlich definiert und interpretiert wird. Dieses wird auch mit einem Blick in verschiedene Nachschlagewerke aus verschiedenen Zeiten deutlich.

Im großen Brockhaus von 1928 steht folgendes: „Im wirtschaftlichen Sinn ist Arbeit jede menschliche Betätigung, die zur Förderung wirtschaftlicher Ziele (Bedarfsdeckung, Güterproduktion, Erwerb oder Beschaffung von Gütern) entweder durch das einzelne Individuum allein oder durch das gemeinsame Zusammenwirken mehrerer ausgeübt wird ...“¹

Im Brockhaus von 2003 wird dann erklärt: „... Bewußtes, zielgerichtetes Handeln des Menschen zum Zwecke der Existenzsicherung wie der Befriedigung von Einzelbedürfnissen; zugleich wesentliches Moment der Daseinserfüllung. In der VWL (Volkswirtschaftslehre, Anm. d. V.) wird Arbeit als einer der Produktionsfaktoren definiert, dem entscheidende Bedeutung für die Erzeugung wirtschaftlicher Güter zukommt ...“²

In Meyers Neuem Lexikon, erschienen in der DDR 1963, ist das Verhältnis von Mensch und Arbeit viel ausführlicher erklärt: „Zweckmäßige Tätigkeit des Menschen, in deren Prozeß (Arbeitsprozeß) er Naturstoffe zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verändert und diesen anpaßt. Die Arbeit ist eine unersetzliche Existenzbedingung des Menschen, sie ist die Ursache der Herausbildung des Menschen aus dem Tierreich. Ohne Arbeit wäre das menschliche Leben unmöglich. Die Geschichte der menschlichen Gesellschaft zeigt, daß die Menschen materielle Güter nicht allein, sondern gemeinsam, in Gruppen, Gemeinschaften produzieren und daß die Produktion immer und unter allen Bedingungen gesellschaftlich und die Arbeit die Tätigkeit des gesellschaftlichen Menschen ist ...“³ Allen Erklärungen ist gemeinsam, daß sie die Bedeutung der Arbeit für die Konstituierung und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hervorheben. Während in den in bürgerlichen Zeiten verfaßten Definitionen zwar die Rolle der Arbeit hervorgehoben wird, jedoch nicht die Stellung

des einzelnen Menschen zur Arbeit, ist das zu DDR-Zeiten anders. Hier stützt sich die Erklärung auf die Analysen von Marx und Engels zu dem Thema, nachzulesen vor allem in den Marxschen Äußerungen im „Kapital“ und in Engels Schrift „Die Dialektik der Natur“. So heißt es u. a. bei Marx: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen

Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als auch für die Entwicklung des einzelnen selbst von entscheidender Bedeutung ist, spiegelte sich in der DDR-Verfassung als auch in den entsprechenden Paragraphen der jeweiligen Arbeitsgesetzbücher wider. So garantierte die Verfassung (in allen drei Ausführungen) allen Bürgern einen Platz



Marx-Engels-Denkmal in Berlin

Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.“⁴ Engels bemerkt dazu: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, sagen die politischen Ökonomen. Sie ist dies – neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar, in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen ...“⁵ Der Gedanke, daß die durch Menschen verrichtete Arbeit notwendig für die

zum Arbeiten. Nur in der Fassung von 1949 existierte eine kleine Einschränkung, die durch die wirtschaftliche Situation nach dem verheerenden Weltkrieg diktiert war. In Artikel 15 heißt es: „Das Recht auf Arbeit wird verbürgt. Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt. Soweit dem Bürger angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“⁶ In der späteren Verfassung von 1968 und seiner Änderung von 1974 hieß es zunächst in Artikel 2: „... Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen ...“⁷ Artikel 24 regelte: „(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Er hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation. Er hat das Recht auf Lohn nach Qualität und Quantität der Arbeit. Mann und Frau, Erwachsene

1 Der große Brockhaus in 20 Bänden, Leipzig 1928, Bd. 1, Seite 598

2 Brockhaus Universallexikon in 26 Bänden, Leipzig 2003, Bd. 1, Seite 284 f.

3 Meyers Neues Lexikon in 28 Bänden, Leipzig 1963, Bd. 1, S. 334 f.

4 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, Marx/Engels Werke, Band 23, Seite 192

5 Friedrich Engels: Die Dialektik der Natur, Marx/Engels Werke, Band 20, S. 444

6 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, Art. 15, Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1949, S. 5

7 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Art. 2, Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1974, I, Nr. 47, S. 432 ff.

und Jugendliche haben das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung. (2) Gesellschaftlich nützliche Tätigkeit ist eine ehrenvolle Pflicht für jeden arbeitsfähigen Bürger. Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit.“⁸ Das bedeutete, daß in der DDR jeder ein Recht auf einen Arbeitsplatz hatte, aber Arbeit auch als Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft galt und der Herausbildung der eigenen Persönlichkeit diente. Damit war Arbeit einer der höchsten Werte in der DDR. Jeder, der einen Arbeitsplatz wollte, bekam auch einen. Dafür zuständig waren die Räte der Kreise. Zur Wahrheit gehört aber auch, daß jeder, der sich länger und ohne zwingenden Grund von geregelter Arbeit fernhielt, aufgefordert oder gezwungen werden konnte, einer Arbeit nachzugehen, weil er sich durch Arbeitsverweigerung gegen die Gesellschaft stellte. Auch dafür waren die entsprechenden Abteilungen der Räte der Kreise zuständig. Obwohl sich das sehr zwangsorientiert anhört, war die Anzahl derjenigen, die sich einer geregelten Arbeit verweigerten, sehr überschaubar. Meist waren es sozial schwierige Fälle (Alkoholmißbrauch etc.). Es gab jedoch auch jene, die aus anderen Gründen keiner geregelten Erwerbsarbeit nachgehen wollten. Die Spannweite der Argumente reichte von einer grundsätzlichen Ablehnung des DDR-Staates – „Ich arbeite nicht für die!“ – bis zu alternativen Lebensansprüchen, wie „Aussteiger“, die es auch in der DDR gab. Eine weitere, sehr kleine Gruppe, waren meist Intellektuelle, die sich mit bestimmten Zwängen nicht abfinden wollten. Dazu gehörte z. B., daß man nach einem Studium eine gewisse Zeit dort arbeiten mußte (Absolventenlenkung), wo man hingesteckt wurde. In der Regel waren drei Jahre im zugewiesenen Betrieb zu absolvieren, bevor man sich nach Alternativen umsehen durfte. Oder es waren im künstlerischen Bereich Tätige, die alle staatliche Obhut für sich ablehnten, weil sie sich damit in ihrer künstlerischen Freiheit eingeschränkt sahen.

Typisch war in der DDR folgende Erwerbsbiographie: War man in den 50er Jahren geboren, besuchte man üblicherweise die Zehnklassige Polytechnische Oberschule (POS). Schaffte man den Abschluß der 10. Klasse aus unterschiedlichen Gründen nicht, konnte man auch früher die Schule beenden. Nach der 10. Klasse stand einem eine Berufsausbildung (auch mit Abitur) bevor. Wenn man diesen Abschluß nicht in der Tasche hatte, wurden in verschiedenen Berufszweigen sogenannte Teilfacharbeiterabschlüsse (z. B. für Lagerhaltung, Schienenbau usw.) angeboten, die man erlernen konnte. Nur ein ganz geringer Anteil von Arbeitenden war ungelernt. Im industriellen Sektor waren es schätzungsweise für die 70er und 80er Jahre weit unter zehn Prozent. Vor dieser Zeit war die Anzahl etwas höher, bedingt durch die Jahrgänge, die vor der Gründung der DDR geboren waren. Selbst in der Landwirtschaft lagen die

Zahlen nie über 20 Prozent. Wer keine Berufsausbildung durchlaufen hatte, konnte sich mit betrieblicher Hilfe und auf Kosten des Betriebes, der zu weitgehender Unterstützung verpflichtet war, weiterbilden. Das betraf eine berufsbegleitende Facharbeiterausbildung ebenso wie Meisterschulungen oder im Fernstudium erworbene akademische Abschlüsse, z. B. für Ingenieure. Und es gab dafür faktisch keine Altersgrenze. So hat meine Großmutter mit Mitte 50 ihren Abschluß als Facharbeiterin für Rinderzucht nachgemacht, auch wenn der LPG-Vorsitzende einiges an Überredungskunst aufbieten mußte. Denn sie hielt sich für zu alt, war dann aber sehr stolz darauf. Lebenslanges Lernen ist also keine Erfindung der „Neuzeit“.

Zur Selbstverständlichkeit gehörte, daß von Beginn an Frauen in allen Bereichen mitarbeiteten, deren Stellenwert im Laufe der Zeit ständig wuchs.

Nach einer Statistik der Konrad-Adenauer-Stiftung war 1989 etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung in der DDR berufstätig, 8,47 Millionen Menschen. Von den Frauen waren 91,2 Prozent erwerbstätig, in der BRD nur etwa 50 Prozent. Der DDR-Bürger arbeitete im Schnitt 43,5 Stunden pro Woche, Schichtarbeiter 40 Stunden.⁹

Der hohe Anteil von berufstätigen Frauen ist für heutige BRD-Verhältnisse ungewöhnlich, denn das Ideal der bürgerlichen Gesellschaft besteht nach wie vor darin, daß der Mann der Verdiener/Ernährer und die Frau die Hüterin des Hauses und die Kindererzieherin ist.

Wie sehr die Arbeitswelt die Lebenswelt der DDR-Bürger beeinflusste, konnte man auch daran erkennen, daß die Erfahrungen am Arbeitsplatz praktisch ein Dauerthema in Gesprächen war. Das betraf Familienfeiern ebensoviele wie Kneipengespräche. Ständig regte man sich auf über Dinge, die nicht funktionierten oder Leute, die der eigenen Meinung nach entweder zu viel taten und damit „die Norm versauten“ oder zu wenig taten und damit die „ganze Truppe“ (Brigade etc.) in Verruf brachten. Heute wird das oft dem „Chaos“ und der Mangelwirtschaft zugeschrieben, ohne dabei zu fragen, wie sich die Folgen des Krieges sowie die Boykottmaßnahmen des „Westens“ auf die Volkswirtschaft der DDR auswirkten. Immer wieder war Improvisationsvermögen gefragt. Als beispielsweise Ende der 70er Jahre auch noch die Erdöllieferungen aus der Sowjetunion stagnierten, entwickelten DDR-Chemiker und Ingenieure eine Vielzahl von Verfahren, um aus dem Rohöl auch noch das Letzte zu nutzen. Auf diese Weise wurde die DDR-Petrolchemie zur weltweit am effektivsten arbeitenden. Das alles wäre ohne den engagierten Einsatz der Beteiligten nicht zu stemmen gewesen.

Ein anderes Thema waren die Löhne und Gehälter. Legt man das Durchschnittseinkommen eines Vollzeitbeschäftigten

zugrunde, kann man konstatieren, daß dieses von 432 Mark 1955 auf rund 1300 Mark 1989 anstieg. Bekannt ist, daß im Vergleich zur Bundesrepublik die Durchschnittslöhne Ende der 40er Jahre noch fast gleich waren, während Ende 1989 ein Vollzeitbeschäftigter in der BRD fast auf den dreifachen Lohn kam. Nun sind Durchschnittslöhne immer mit Vorsicht zu genießen, aber bezogen auf die DDR liegen eine Reihe von Detailuntersuchungen vor, die bestätigen, daß das Lohngefüge recht einheitlich war. Große Unterschiede in den Branchen ergaben sich vor allem durch ständige Zuschläge und Extrazahlungen. So verdienten Facharbeiter Mitte der 80er Jahre in der Lohngruppe 4 brutto ca. 890 Mark, in der Lohngruppe 7 bereits 1179 Mark und in der Lohngruppe 9 brutto fast 1275 Mark.¹⁰ Obwohl das, gemessen an westdeutschen Verhältnissen wenig war, objektiviert sich das Bild dadurch, daß die umfangreichen staatlichen Sozial- und Stützungsausgaben zu berücksichtigen sind. Das heißt, das eigentliche Einkommen wurde durch eine „zweite Lohntüte“ ergänzt. So durfte laut Gesetz die monatliche Wohnungsmiete fünf Prozent des Familieneinkommens nicht übersteigen. Lag die Miete drüber, zahlten nach Antrag die Abteilungen für Arbeit und Soziales bei den Räten der Kreise bzw. Stadtbezirke die Differenz.

Doch nicht nur bei den Mieten, auch für die Stabilisierung der Preise für den Grundbedarf, für das Gesundheits- und Rentenversicherungssystem sowie für Bildung (von den Grundschulen bis zu den Universitäten), Sport, Kunst und Kultur wurde sehr viel Geld aus dem Staatshaushalt ausgegeben.¹¹ 1986 waren von den ca. 220 Milliarden DDR-Mark im Haushalt der DDR rund 47 Milliarden DDR-Mark für soziale Zwecke vorgesehen.¹² Zählt man einige noch in anderen Posten versteckte Kosten hinzu, kann man konstatieren, daß zwischen einem Fünftel und einem Viertel des Staatshaushaltes in soziale Ausgaben flossen, die den Bürgern zum Teil indirekt zugutekamen. Sozialpolitische Maßnahmen wie die Sonderkredite für jung Verheiratete fanden große Zustimmung. Allerdings wurden solche Errungenschaften mit der Zeit auch als Selbstverständlichkeit betrachtet. Daß sie erkämpft waren und immer wieder erkämpft werden mußten, wurde nicht gesehen.

Unser Debakel am Ende hat viele Ursachen, haus- und fremdgemachte, objektive wie subjektive. Wollen wir die richtigen Schlußfolgerungen für den Kampf um eine friedliche, menschenwürdige Gesellschaftsordnung und den Erhalt unserer Welt ziehen, gilt es heute mehr denn je, Engels' Gedanken über den Menschen als Teil und Gestalter der Natur nicht zu vergessen.

Uli Jeschke

⁹ Siehe: Alltag in der DDR. Studie bei der Konrad Adenauer Stiftung von Wiebke Ziegler und Andrea Oster, veröffentlicht unter: www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/das_leben_in_der_ddr/pwialltaginderddr100.html

¹⁰ Siehe: Helga Stephan / Eberhard Wiedemann, Lohnstruktur und Lohnendifferenzierungen in der DDR. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23. Jahrgang 1990, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

¹¹ Ebenda S. XXV f.

¹² Ebenda S. 22

Täve wird 90!

In seinem neuesten Buch „Was mir wichtig ist“ erzählt der am 23. Februar 1931 in Heyrothsberge geborene Gustav-Adolf Schur – Radrennfahrer, Weltmeister und Friedensfahrtsieger – wie er in der DDR wurde, was

größte Sportidol der DDR, der Max Schmeling des Ostens“, wurde ich für die virtuelle Ruhmeshalle als nicht tauglich und tragbar empfunden. So ist und bleibt denn der Vaterländische Verdienstorden, den mir die



Berlin, 17. Mai 1960: Walter Ulbricht überreicht Täve Schur den Vaterländischen Verdienstorden der DDR

er bis heute ist: ein Mensch, der wegen seines gradlinigen, unbestechlichen Charakters zum Vorbild für ganze DDR-Generationen wurde.

Wir zitieren aus seinem Buch:

Ich habe zu allem eine Meinung, weil ich eine Haltung habe. Früher hieß das mal Klassenstandpunkt. Die Klasse ist weg, aber der Standpunkt blieb. Mag ja sein, daß der Grund schwankend wurde, nicht mehr so fest und unerschütterlich ist, wie wir einst glaubten. Das war wohl der Irrtum – nicht die Überzeugung.

(...) Wir waren uns nah, fühlten uns füreinander und für die Welt verantwortlich. Nicht Not oder Überwachung zwangen uns zur Solidarität, sondern natürliche Mitmenschlichkeit. Heimat war nicht verordnet, sondern organisch gewachsen. Wir haben sie nicht verloren, wir leben ja noch dort, wo wir geboren wurden. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Manches ist besser, aber nicht Weniges wurde eben auch schlechter.

(...) Bei mir, (...), langte es nicht einmal zur Aufnahme in die Hall of Fame des deutschen Sports. Auch wenn mir beim ersten Anlauf – 2011 – die Frankfurter Allgemeine Zeitung damit schmeichelte, ich sei „das

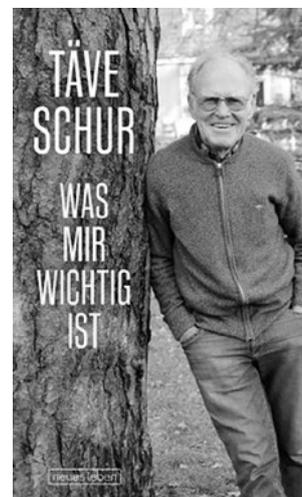
DDR verlieh, meine höchste Ehrung. Und das ist in mehrfacher Hinsicht auch gut so. Natürlich hätte ich nichts dagegen gehabt, meinen Namen zu finden neben denen von Katharina Witt und Renate Stecher, Jochen Schümann und Helmut Recknagel, Meinhard Nehmer und Roland Matthes, Ingrid Krämer-Gulbin und Hartwig Gauder, Birgit Fischer und Heike Drechsler, Karin Büttner-Janz, Hans-Georg Aschenbach und anderen einstigen DDR-Sportlern. Aber neben Schmeling, der sich vor den Propaganda-Karren der Nazis spannen ließ, oder Willi Daume, der während des Krieges Zwangsarbeiter in seinem Unternehmen beschäftigte und als Informant des faschistischen SD tätig war, hätte ich mich nicht sonderlich wohl gefühlt. Und dann noch Josef Neckermann, Sepp Herberger, Gustav Kilian ... Alles Mitglieder der NSDAP und Repräsentanten der Nazidiktatur. Das gebe ich hier unumwunden zu: weil ich mich nie krumm gemacht habe und es auch künftig nicht zu tun gedenke. Die Nähe zu Nazis meide ich prinzipiell.

(...) Ich schreibe (...), wie ich die Welt sehe. Aus der Perspektive eines Ostdeutschen, der in der Weimarer Republik in einer

Arbeiterfamilie geboren wurde, in der Nazizeit aufwuchs und in der Nachkriegszeit eine Lehre als Mechaniker absolvierte. Der in der DDR zum erfolgreichen Radfahrer wurde, an der Deutschen Hochschule für Körperkultur studierte, eine Familie gründete und glücklich war in dem, was er tat. Und der 1990 so wenig gefragt wurde wie Millionen Landsleute, ob er lieber im Kapitalismus oder im Sozialismus leben wollte. Ich bin seither unfreiwillig Bundesbürger, saß eine Legislatur für die PDS im Parlament und freue mich, daß „Täve“ unbehindert die Sonne umkreist. So heißt seit 2005 ein Himmelskörper, der zwischen Mars und Jupiter im Asteroidengürtel seine Bahn zieht. Daß die Volkssternwarte, die am 16. Oktober 2000 diese Klamotte entdeckte und ihr meinen Namen gab, im sächsischen Drebach im Erzgebirge steht, muß ich nicht extra erwähnen. Die Volkssternwarte etwa in Aachen, am Ausgang der B1, wäre vermutlich nicht auf diese Idee gekommen. Das ist bestimmt eine ehrenwerte Institution. In Aachen aber hat man mehr das Universum auf dem Schirm, nicht unbedingt den Osten Deutschlands und dessen Bewohner. Nehme ich mal an. Das ist im Westen wohl so.

Im Unterschied zur Vereinigung vor dreißig Jahren wurde ich in diesem Fall gefragt, ob ich damit einverstanden sei, daß man einen Asteroiden nach mir benenne. Nur unter der Maßgabe, daß er nicht eines Tages mit der Erde kollidiere, hatte ich geantwortet. Die Gefahr bestünde nicht, hieß es. Warum mir das wichtig sei? Nun, antwortete ich, ich möchte nicht in der Zeitung lesen, daß Schur abgestürzt ist. Mit dieser Gewißheit, aus Drebach übermittelt, kann ich gern neunzig werden.

Der „RotFuchs“ gratuliert Dir, lieber Täve, von Herzen und wünscht Dir auf Deinem Weg zum 100. Kraft, Gesundheit und nie versiegenden Optimismus.



Täve Schur: Was mir wichtig ist, 224 Seiten, geb. mit Bildteil, Verlag Neues Leben 2019, 20 €, ISBN 978-3-355-01893-7

GEDANKEN ZUR ZEIT

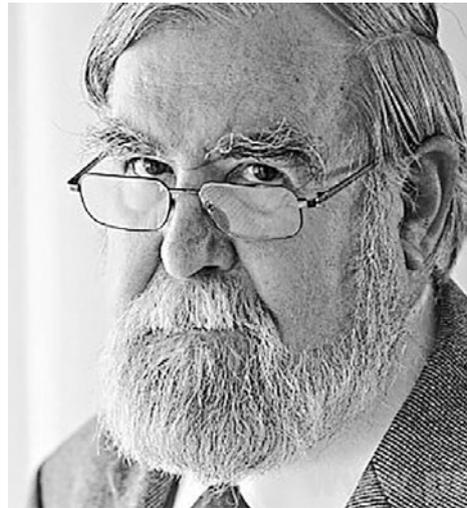
Die Kirche und die Menschenrechte

Der Vatikan, die letzte auf Erden noch existierende absolutistische Monarchie, ist der einzige Staat in der Welt, der bis heute die Charta der Menschenrechte nicht ratifiziert hat. Wie ist dies möglich? Nun, die Menschenrechte basieren allesamt auf dem Grundrecht der menschlichen Autonomie, und gerade dieses Recht auf Selbstbestimmung spricht die Kirche dem Menschen grundsätzlich ab. Sie kann auch gar nicht anders, denn sie predigt von Anfang bis Ende ihrer Lehre Theonomie oder Theokratie und verlangt von ihren Mitgliedern in allen wichtigen Lebensfragen Unterwerfung unter „Gottes heiligen Willen“. Schon auf die erste Frage des Katechismus („Wozu sind wir auf Erden?“) lautet ihre Antwort: „Wir sind auf Erden, damit wir den Willen Gottes tun und dadurch in den Himmel kommen.“ Und in dem von Jesus gelehrteten Vater-unser-Gebet heißt es: „Dein (also Gottes, TW) Wille geschehe wie im Himmel also auch auf Erden!“ Damit ist die Knechtschaft besiegelt und der Gehorsam (die Tugend Adolf Eichmanns) in den Rang eines sittlichen Wertes erhoben.

Wer dies verinnerlicht, wird (je nach seinen konkreten Lebensumständen) oftmals in seinem Leben Gelegenheit haben, sich gehandikapt zu sehen: Er muß außerhalb einer kirchlich geschlossenen Ehe sexuell abstinenz leben, darf keine empfängnisverhütenden Mittel benutzen, muß also unerwünschte Schwangerschaften ertragen und ggf. ungewünschte Kinder großziehen, muß heterosexuell leben (denn „Homosexualität ist dem Herrn ein Greuel“), darf, wenn er nach kirchlicher Trauung geschieden ist, zu Lebzeiten seiner ersten Frau/ihrer ersten Mannes sich nicht erneut kirchlich trauen lassen, darf, wenn er Priester ist, nicht heiraten, und sollte er das Unglück haben, an einer unheilbaren Krankheit zu leiden, die in ihrer Endphase mit schier unerträglichen Schmerzen verbunden ist, darf er seinem Leben kein Ende bereiten, da der Suizid als schwere Sünde gilt, die ihn der Gnade Gottes berauben würde.

Wenn aber der Suizid und die Beihilfe zum Suizid nach weltlichem Rechtsverständnis ethisch gerechtfertigt und nach zur Zeit geltendem Recht erlaubt und straffrei sind, so geben doch die christlichen Mitglieder des Parlaments in der gesetzgebenden Versammlung keine Ruhe und werden sie nicht müde, die Forderung nach Selbstbestimmung in dieser Frage um Leben und Tod immer wieder moralisch zu diffamieren mit völlig irrationalen, aber emotionsbeladenen Slogans wie, der Mensch dürfe sich nicht zum Herrn über Leben und Tod aufschwingen und dürfe das göttliche Geschenk des Lebens nicht zurückweisen, Gott werde schon wissen, was für den Menschen gut sei usw. usf. – all dies zwar ohne rationale Überzeugungskraft, aber mit so lautstarker und nachdrücklicher Penetranz vorgetragen, daß die als Helfer gefragten Ärzte so sehr verunsichert werden, daß sie, obwohl ihre Hilfe legal und straffrei

wäre, oft lieber untätig bleiben. Während die in der christlichen Ideologie befangenen Gesetzgeber, die „Ethik-Kommissionen“ der politischen Parteien (ach, bestünden sie doch nur aus Ethikern statt aus Moralisten!) tagen und ihre eigenen irrationalen Ängste schüren,



ob Gott „ein Sadist“ sei. Dreimal dieselbe Frage – und dreimal keine Antwort! Denn Johannes der Einfältige (wie der Bischof von Aachen genannt wurde) verschloß sich ins Schweigen. Beleidigt? Gekränkt? Dummlich verlegen? Oder verlegen dummlich? Vermutlich all dies zugleich und jedenfalls ratlos, so daß man angesichts dieser Orientierung, die die Kirche bietet, ausrufen möchte: „Ein Wegweiser, auf dem ein Fragezeichen steht! – Was für ein Wegweiser!!“

Theodor Weißenborn †

Unser Autor Theodor Weißenborn ist am 9. Januar im Alter von 87 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben.

Er verfaßte Gedichte, Essays, Hörspiele, Satiren, Erzählungen und Romane. Als aktiver Humanist, Atheist und Pazifist widmete er sich vor allem der Philosophie, der Psychologie und der Politik. Der in Düsseldorf Geborene wohnte die letzten fünf Jahre in Gerolstein (Vulkaneifel). Weißenborn studierte zunächst Kunstpädagogik in Düsseldorf, später verschiedene Geisteswissenschaften und dann Psychologie und Psychiatrie. Besonderes Aufsehen erregte seine friedenspolitische Eulenspiegelei gegen die Stationierung von Cruise Missiles in der Eifel (siehe dazu das Weißenborn-Buch „Die Paten der Raketen“ von 1986 und RF 226, Seite 5). Er erhielt viele Literatur-Auszeichnungen, unter anderem 1971 den Georg-Mackensen-Literaturpreis und 1990 den Preis der Akademie der Künste.

Sein letztes Werk veröffentlichte er 2019: „Querschüsse – Gedanken und Memoiren eines Ketzers“. Viele Beiträge dieses Bandes sind als Erstveröffentlichungen im „RotFuchs“ erschienen, zu dem Weißenborn im Jahr 2016 gestoßen ist und den er seitdem regelmäßig mit seinen streitbaren, satirischen und kritischen „Gedanken zur Zeit“ bereicherte.

bleiben die leidvoll Betroffenen, die depressiven Patienten und die Schmerzpatienten, sich selbst überlassen. Diese beharren auf ihrem Recht eines selbstbestimmten Todes, nehmen sich, was man ihnen verweigert, und bedienen sich in ihrer Verzweiflung oft der äußersten Mittel, die ihnen am Ende vermeintlich oder tatsächlich geblieben sind: Otto Flake schnitt sich die Kehle durch, Jean Amery vergiftete sich mit Tabletten, Bruno Bettelheim zog sich eine Plastiktüte über den Kopf, und Udo Reiter erschoss sich auf der Terrasse seines Hauses.

P.S.: Dreimal fragte Julius Hackethal den Bischof von Aachen in einer Fernsehdiskussion,





Natürlich wollen sie das nicht hören, die Kriegstreiber. Sie schreien empört auf, wenn sie verdächtigt werden, in den nächsten Krieg zu treiben. Es sollte erschauern, wenn in einem t-online-Kommentar heute gefordert wird, Deutschland müsse aus der „außenpolitischen Komfortzone“ heraus, Deutschland müsse Ton angeben und nicht mehr Zaungast sein. Natürlich wird noch davon geredet, es gehe um den Frieden und Menschenrechte, oder um die Verteidigung Deutschlands. Gegen wen, ist wieder mit Feindbildern und Haß klar benannt. Spätestens seit Jugoslawien 1999 kann von Zaungast Deutschland keine Rede mehr sein. „Verteidigt“ wird Deutschland inzwischen bekanntlich nicht nur mit Brunnenbohrern und Mädchenbegleitern in vielen Ländern fern von Deutschland. Wo haben die zahllosen Militäreinsätze Frieden, Menschenrecht und Freiheit gebracht? Nicht weit von St. Petersburg stehen wieder deutsche Panzer und wer kann glauben, Russen hätten ihre Geschichte vergessen. Wer solche Kommentare schreibt, der weiß entweder nichts davon, wie Kriege bisher gemacht, vorbereitet und medial begleitet wurden, oder der Automatismus ist bereits hochdrehend, ein Selbstläufer, von nichts mehr aufzuhalten. Nazis hatten für ihren Krieg nur den Volksempfänger, der Kaiser vor dem Ersten Weltkrieg noch weniger, heute hat es eine ganze Armada Kriegsstimmungs- und Feindbildmacher. Es nimmt reale Gestalt an, was ein deutscher Außenminister Kinkel vor Jahren aussprach und von zwei erfolglosen Versuchen sprach. Sind wir vor dem dritten Versuch? Die Codeworte dafür sind auch längst im ständigen Gebrauch – Schurkenstaat, Achse des Bösen, Regime, Diktator, Machthaber. General Naumann sprach ebenso deutlich aus: „Es gelten nur noch zwei Währungen in der Welt: Wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen.“ Woran ist zu zweifeln, wo geostrategische und Handelswege offen in Diskussion sind. Im Wissen darum, daß vergangene Wirtschaftskrisen nicht zufällig, ungewollt in Krieg geführt haben, wie könnte das als Verschönerungstheorie abzutun sein. Paul Krugman, US-Ökonom, bemerkte treffend den Zusammenhang von Kapital – Krise – Krieg. Woher Optimismus nehmen angesichts schwacher Friedensbewegung, gewandelten Friedens- zu Kriegsbewegten und angeblichen Pazifisten, die jedem Militäreinsatz oder Rüstungsprogramm bedenkenlos zustimmen?

Wir haben nur die eine Chance wie Hoffnung: Die Friedensbewegten erreichen die vielen

Gleichgültigen, vermögen ihnen die Gefahr bewußt zu machen und zu verhindern, daß wieder breite Kriegsbereitschaft um sich greift. Kann es für 2021 größeres Ziel und Wunsch geben im Bündnis mit allen und jeden, denen die Feinde des Friedens kein Geheimnis sind?

Roland Winkler, Aue

Zu Uli Jeschke: *Atomwaffen heute*, RF 274, S. 3
Vielen Dank für den von Uli Jeschke profund recherchierten Artikel in RF 274. Gelungen ist eine – auch in der historischen Dimension – nachvollziehbare Darstellung der realen atomaren Gefahr heute. Besonders aktuell auch der Teil „Deutsche Atomwaffen“, in dem der Autor auf die geplante Beschaffung von 30 US-Flugzeugen des Typs F/A-18 F Super Hornet, was den Steuerzahler allein schon 8,77 Milliarden Euro kosten soll, sowie auf die eingelagerten ca. 20 Nuklearwaffen auf dem Fliegerhorst Büchel eingegangen wird (Stichwort: Atomare Teilhabe). Auch wurde anschaulich dargestellt, wie die US-Regierung seit 2017 einen Vertrag nach dem anderen, darunter den besonders wichtigen INF-Vertrag von 1987, gekündigt hat. Was aber in diesem Zusammenhang besonders bewegen muß: Es geht heute vor allem wieder darum, Maßnahmen zu vereinbaren, die nicht nur einen versehentlichen, sondern auch einen bewußten Atomwaffeneinsatz verhindern. Wenn es aus irgendeinem Grunde – sei es auch nur ein falscher Alarm oder verhängnisvoller Irrtum – zum potentiellen atomaren Schlagabtausch nuklear bewaffneter Gegner kommt, und derer gibt es heute immer mehr, sind Klimawandel und Umweltschutz sowieso obsoletere Begriffe. Heute wird vor allem – zum Teil hypermedial – für und/oder gegen die Corona-Maßnahmen der Regierungen demonstriert und es wird ausgiebig darüber diskutiert, wer oder was die ‚Querdenker‘ sind. Aktuell und evtl. auch verständlich, scheint dieses auch den Aktionen betreffs Klimawandel und Umweltschutz den Rang abgelaufen zu haben. Wenn die Fridays for Future genannte Bewegung wieder einmal für ihre gute Sache demonstriert und alle über’s Wochenende ausgeschlafen und entspannt haben, sollte ein weiterer Wochentag wieder zur Demo für die andere und m. E. nach zumindest ebenso wichtige Problematik genutzt werden: Demos gegen eine weitere Aufrüstung und damit für vertraglich geregelte Abrüstung.

Es herrscht heute aber offensichtlich gewolltes gesellschaftliches Desinteresse und Abstinenz in der bürgerlichen medialen Öffentlichkeit, wieder mehr über die Notwendigkeit von weltweiter Abrüstung und einer breiten Friedensbewegung zu disputieren und diese zu initiieren.

Die Folgen eines Nuklearkrieges wären eine Klimakatastrophe, deren Folgen nicht absehbar sind. Hierbei geht es ebenso um die Existenz der Menschheit, sie hätte sich auf diesem Wege nur überaus schneller als beim Dahinsiechen des Klimas erledigt. Darüber sollten alle jungen und alten Aufständischen auch mal nachdenken. Hier ein PS.: Ich bin kein Leugner des Klimawandels und schon gar nicht von Corona.

H. J. Möller, E-Mail

Die Demonstration in Berlin, immer am zweiten Sonntag im Jahr, zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hat eine lange Tradition. Der Pandemie geschuldet, sollte am 10. Januar

alles etwas anders als gewohnt ablaufen: keine Info-Stände, und auch das sonst übliche Programm fehlte.

Weit vor Beginn der Demonstration legten Berlinerinnen und Berliner friedlich Blumen in der Gedenkstätte der Sozialisten nieder und gedachten Karl und Rosa. Zur gleichen Zeit spielten sich am Frankfurter Tor, dem Ausgangspunkt der Demo, brutale Szenen ab. Der rot-rot grüne Senat von Berlin hatte seine behelmte Schlägertruppe in die Spur geschickt. Immer wieder prügeln die Polizeibeamten auf die bis dahin friedlichen Demonstranten ein. Selbst von am Boden liegende, blutende Teilnehmer ließ man nicht ab. Objekt der Begierde: Fahnen und Symbole der FDJ. Ich frage mich, was trieb den Einsatzleiter, ein bürgerkriegsähnliches Szenario abzuziehen, um einige Fahnen der FDJ als Kriegsbeute für seinen Innensenator Geisel (SPD) einzusammeln?

Die Sprecherin des LL-Bündnisses, Ellen Brombacher, wies darauf hin, daß die Begründung der Polizei, die FDJ-Symbolik sei verboten, „nichtig“ sei. Die FDJ und somit auch ihre Symbole sind nur auf dem Gebiet der alten BRD verboten. Doch die Stadtteile Friedrichshain und Lichtenberg gehörten ehemals zur Hauptstadt der DDR und fallen somit nicht unter das westdeutsche Verbot.

Es ist schon erstaunlich, was unter einem rot-rot-grünen Senat in Berlin möglich ist. So ein brutales Vorgehen der Staatsmacht hat es wohl seit der antikommunistischen Politik der Adenauer-Ära nicht gegeben.

Wilfried Steinfath, Berlin

Der brutale Übergriff der Polizei auf Teilnehmer der Demo zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 10. Januar in Berlin hat einmal mehr an die Ereignisse von 1933 erinnert. Wiederholt sich die Geschichte? Ich zolle den jungen mutigen Teilnehmern der Demonstration Respekt. Ich stimme Arnold Schölzel zu, der in der Dezember-Ausgabe hervorhebt, daß sich das Kräfteverhältnis in Deutschland wieder zugunsten der herrschenden Klasse verändern konnte. Weltweit ist dies zu beobachten. Daran ändern auch die smarten Töne des neugewählten Präsidenten der USA Biden nichts. Dennoch übersehe ich nicht, daß sich immer wieder jene zu Wort melden, die zeigen, daß der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden, die DDR, nicht vergessen ist.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Zu Prof. Dr. Anton Lazo: „Was jetzt auf dem Spiel steht“, RF 272, S. 19

Gorbatschow hat also ein neues Buch vorgelegt. Ich habe es nicht gelesen und würde auch nicht einen einzigen Cent dafür ausgeben. Was Anton Lazo schreibt, reicht mir aus. Lenin hätte Gorbatschow vielleicht als Liquidator oder Menschewik bezeichnet und ihn, so wie Anton Lazo es tat, schonungslos entlarvt.

Gorbatschow beklagt die Nichteinhaltung von Absprachen und Verträgen? Diesen Vorwurf bezieht er offensichtlich nur auf andere. Wie aber steht es mit den selbst zu verantwortenden Vertragsverletzungen? Ich erinnere nur an den 1969 geschlossenen Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit? Schon 1955 erklärten anläßlich einer Konfe-

renz der Regierungschefs der USA, UdSSR, Frankreichs und Großbritanniens zu Fragen der kollektiven Sicherheit die Vertreter Frankreichs, Englands und der USA, darüber erst verhandeln zu wollen, wenn es wieder ein der NATO angehörendes vereintes Deutschland gäbe. Dank Gorbatschows haben sie es nun. Er trägt einen Großteil Mitverantwortung am Zustand unserer Welt.

Rainer Hesse, Dresden

Am 3. Januar wurde zeitgleich auf fast allen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern zur Hauptzeit um 20.15 Uhr ein Film von Ferdinand von Schirach ausgestrahlt. Warum diese ungewöhnliche Gleichschaltung? Offensichtlich halten die Herrschenden das Thema für so wichtig, daß man es möglichst vielen Menschen nahebringen wollte.

Es geht im Kern darum, daß der Staat – im Film als sein Vertreter ein Verteidiger – kein Recht hat, entsprechend dem Grundgesetz und der Strafprozeßordnung, einen mutmaßlichen Täter zu foltern, um ein Geständnis zu erpressen. Wie aber sieht die Wirklichkeit in diesem „Rechtsstaat“ aus?

In dem Buch „Kundschafter im Westen“ schreibt Dr. Gabriele: „Die Bundesrepublik Deutschland behauptet von sich, die Menschenrechte umfassend zu achten und zu schützen. ... Deshalb sei Deutschland ein Rechtsstaat.“

Diese Behauptung ist eine Lüge. Es gibt Menschenrechtsverletzungen auch in Deutschland – zum Beispiel in Form der Isolationsfolter in hiesigen Haftanstalten.

Ich habe in Deutschland, in einem deutschen Gefängnis, die Isolationsfolter erlitten. Während der Untersuchungshaft, wo ich dem Gesetz zufolge als unschuldig galt, 15 Monate lang. Ich war 23 Stunden täglich allein in einer kleinen Zelle eingesperrt, bei der einen Stunde „Aufenthalt im Freien“ war ich ebenfalls allein. Isolationshaft ... deformiert die Psyche, verändert die Persönlichkeit. Sie hinterläßt bleibende seelische Schäden. ... Im ersten halben Jahr ... beherrschte ein Gefühl grenzenloser Verlassenheit und eine unstillbare Sehnsucht nach menschlicher Nähe alle Empfindungen. Irgendwann, nach etwa einem halben Jahr, kehrte die Gewöhnung an die Einsamkeit diese krankhafte Suche nach menschlicher Nähe um. Nun begann die Qual, die Gegenwart von Menschen ertragen zu müssen, ihre Schritte, ihr Reden, ihr Lachen, die Geräusche von Leben und Geschäftigkeit.

... (es) setzte eine innere Erstarrung ein. ... Das war die Zeit, wo ich ... mich lebendig begraben fühlte.“

Bernd Gnant, Geithain

Unsere oft als Vorbild gepriesene soziale und demokratische Europäische Gemeinschaft steckt in der Krise. Ihr bedeutendes Mitglied, die Bundesrepublik Deutschland, auch. Nicht nur wegen Corona. Jeder, der sehen will, kann es auch sehen: Im reichen Europa, in Griechenland läßt man Migranten in Schlamm, Kälte und Dreck verkommen. Pharmakonzerne erhalten Staatsbeihilfen zur Entwicklung des Coronaimpfostoffs in dreistelliger Millionenhöhe, aber Patentrechte an dem von unseren Steuergebern finanzierten Medikament behandeln die Pharmakonzerne als Eigentum. Chaos wird vermeldet bei der Terminvergabe für die

dringendste Risikogruppe. Nicht einmal den Umgang mit Plastikmüll bekommt man in den Griff. Milchindustrie- und Tetrapacklobbyisten verhindern ein Pfand auf ihre umweltschädlichen Produkte. Selbst die Wegwerfkaffeebecher werden erst in zwei Jahren abgeschafft! Wir speisen inzwischen Plastikmüllpartikel mit dem Frischfisch auf unseren Tellern als Folge der Vermüllung der Meere.

Wenn es darum geht, an andere auszuteilen, ist man schneller. Gegenüber der VR China noch nicht ganz so schnell. Sowohl Desinfektionsmittel als auch Latexhandschuhe kommen von dort. Und die Volksrepublik Vietnam glänzt aktuell gerade mit Erfolgen bei der Bekämpfung von Corona und gutem Wirtschaftswachstum (2,9 Prozent). Aber da ist ja noch Rußland. Um den USA gehorsam zu folgen, versucht Deutschland Nord Stream 2 zu untergraben und seine Fertigstellung möglichst zu verhindern, womit dann auch der eigene Energieversorgungs-„Ast“ abgesägt wird. Die Causa Nawalny kommt da gerade recht.

Der „Rekonvaleszent“ fuhr am 18. Dezember vergangenen Jahres „... mit schwer bewaffnetem Begleittroß in dunklen Limousinen ...“ durch Dresden. Produziert wurde dabei eine Videobotschaft für seine „Anhänger“ über Präsident Putin und dessen „Netzwerk in Politik, Geheimdienst und Wirtschaft“, über eine „Putinsche Prunkvilla in Gelendschik am Schwarzen Meer, Preis eine Milliarde“, überhaupt über das Korruptionssystem des Präsidenten. Alles begann natürlich in Dresden, als Putin dort KGB-Offizier war. Respekt übrigens dem Nachmieter in Putins einstiger Plattenwohnung, in der Radebergerstraße, der den „Freiheitskämpfer“ Nawalny beim Begehren, die Wohnung zu sehen, abblitzen ließ.

Nawalnys Botschaft endet mit dem Aufruf zu Protestaktionen in Rußland. Hatten wir das nicht gerade in Minsk? Welches Adjektiv wird der „Revolution“ oder besser dem Umsturzbestreben wohl diesmal gegeben? Rot, gelb, samten hatten wir schon. Vielleicht „muffig“? Wie der offenerzige bundesdeutsche Journalistenprofi an Nawalnys Seite mitteilte, „... sei die Recherche in Dresden nicht vom Kreml-Kritiker bezahlt worden.“ Ja, wer die Bundeskanzlerin zur Freundin hat ...

Norbert Staffa, Großolbersdorf

Matthias Höhn wirbt im „Spiegel“ für die Übernahme der NATO-Sicht auf die Weltlage für die Linke, um ihre „Koalitionsfähigkeit“ unter Beweis zu stellen.

Damit versucht der ehemalige Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke über bürgerliche Medien die Diskussion um einen wesentlichen Punkt im Parteiprogramm öffentlich zu befeuern, nachdem schon im vergangenen Jahr der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und Gregor Gysi die Debatte eröffnet haben.

Ungefragt und ohne ein Mandat dafür zu haben, über die Köpfe der Parteimitglieder hinweg, wird versucht, einen grundsätzlichen Pfeiler linker Politik zu schleifen. Die Autoren betreiben damit zielgerichtet eine inhaltliche Neuausrichtung der Partei mit Blick auf eine künftig gewünschte Regierungskoalition. Und gibt ihre sie auszeichnenden sozialen, solidarischen und friedenspolitischen Forderungen für die Chimäre einer Machtbeteiligung auf.

Schon Tucholsky warnte: „Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“

Diesem unwürdigen Treiben müssen wir uns mit ganzer Kraft entgegenstellen und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Tobias Pflüger und anderen für ihr Engagement zur strikten Umsetzung des Parteiprogramms für Frieden und Abrüstung danken und Erfolg wünschen.

Raimon Brete, Chemnitz

Peter Scholl-Latour bezeichnete die NATO als überflüssige US-Fremdenlegion in Europa. Berechtigt. Das Kriegsbündnis des US-Imperialismus mit seinen Vasallen in Europa und Kanada gefährdet – denken wir nur an Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, Jugoslawien, Ukraine etc. – den Weltfrieden, mißachtet das Völkerrecht sowie das UNO-Verbot für den Atomwaffeneinsatz und verschmutzt die Umwelt.

Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Er kommt mit China und Rußland aus dem Osten – ex oriente pax. Das haben die Freunde der Weltfriedensbewegung begriffen, nicht aber Matthias Höhn. Er sollte nicht mehr im Namen der Partei Die Linke sprechen.

Meine Solidarität gilt Tobias Pflüger und allen Linken und Friedenskämpfern unserer einmaligen wunderbaren Erde. Wir kämpfen weiter.

Horst Jäkel, Potsdam

Man mag es kaum für möglich halten, daß drei Jahrzehnte nach der Angliederung der DDR an die BRD nimmermüde Kämpfer in der Frontstellung des einstigen Systemwettbewerbs verharren und mit inquisitorischem Eifer nach Schema F (Widerständler oder verdächtige Mitläufer) ostdeutsche Biografien bewerten! So werden Lebensleistungen pauschal abgewertet bzw. heutigen Maßstäben unterworfen, was oft zu nachvollziehbarer Verbitterung und Resignation bei Betroffenen in den neuen Bundesländern führt.

Besonders peinlich ist der Affront gegen den 2019 verstorbenen Sigmund Jähn, der 1978 als erster Deutscher in den All flog.

Seit Monaten wird im Stadtrat in Halle ein jeglichen Anstand vermissender Streit darum geführt, ob der DDR-Kosmonaut Jähn es verdient habe, daß das neu erbaute Planetarium künftig seinen Namen trägt.

Sigmund Jähn war ab 1990 noch 12 Jahre im Deutschen Forschungszentrum für Luft- und Raumfahrtzentrum sowie bei der Europäischen Weltraumorganisation ESA u.a. mit der Betreuung von sechs deutschen Astronauten beschäftigt und erwarb sich dort höchste Wertschätzung ob seiner fachlichen Kompetenz sowie menschlichen Eigenschaften.

Hoffentlich bleibt der Streit im Stadtrat Halle eine Provinzposse, sonst könnte sich der Eindruck verfestigen, daß es im größer gewordenen Deutschland vor allem um „Bereinigung“ geht.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Das BRD-Gesundheitswesen kann durch die Privatisierungen seine ureigensten Aufgaben nicht mehr erfüllen. Auch wenn es über hochmoderne Ausrüstungen verfügt, ist die Anzahl der Krankenhäuser stark ausgedünnt worden, es fehlt wegen schlechter Bezahlung, Arbeitsüberlastung und sozialer Mißstände an Personal. Das Gleiche trifft auch auf die Seniorenheime

zu. Profitmaximierung geht eben vor. Was hat die Bundesregierung, außer lobenden Dankesworten für die Krankenschwestern und Verkäuferinnen, getan, um die Misere zu beenden? Nichts.

Vor Covid trugen die Bundesregierungen die Schwarze Null wie eine Ikone vor sich her und es wurde erklärt, das auch künftig tun zu wollen. Aus meiner beruflichen Tätigkeit weiß ich, daß man durch die Reduzierung von Instandhaltungsaufwand Bilanzen schönen kann, daß aber durch den Aufschub der Reparaturen die künftigen Kosten weitaus höher ausfallen, als wenn man die erforderlichen Maßnahmen wie die Sanierung maroder Straßen, von Brücken und Eisenbahnnetzen, zur Ausbildung von Lehrern, Erziehern, Pflägern, medizinischem Personal usw. ergreift.

Rund 1,5 Billionen Euro kostet die Coronakrise die Steuerzahler zusätzlich durch höhere Kosten im Gesundheitssystem, Konjunkturprogramme für die Wirtschaft, höhere Ausgaben der Sozialkassen und staatliche Garantien. Aber wer soll die Staatsschulden jemals tilgen?

Studien zeigen, daß allein das Vermögen der 119 Dollar-Milliardäre in Deutschland seit März 2019 – trotz Krise – bis Ende Juli 2020 um 20 Prozent auf über 594 Milliarden Dollar gestiegen ist. Im Durchschnitt hat also jeder Milliardär in dieser Zeit eine Milliarde Profit gemacht. Doch die Regierenden lehnen die Einführung von Sondersteuern für diese Superreichen ab.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Corona scheint den Kapitalismus zu lieben. Es ist doch nach über einem Jahr Pandemie auffällig, daß sich diese in der „freien, sozialen Marktwirtschaft“ so richtig wohl fühlt: In kapitalistischen Hauptländern wie Deutschland, Großbritannien, Brasilien, USA und anderen kommt sie, einmal zurückgedrängt, verstärkt, nunmehr in mutierten Varianten, wieder und verschärft die gesellschaftliche Krise. Doch eine Zuspitzung der Situation sucht nach Lösungen und entsprechend unserer jüngsten Erfahrungen ist die militärische Auseinandersetzung keine seltene Option. So setzen die Militärausgaben der USA und der NATO in nie gekannten Dimensionen ein gefährliches Zeichen in Richtung Kriegsvorbereitungen. In diesem Zusammenhang kommt der erfolgreiche Corona-Bekämpfung durch Staaten wie China, Cuba, Vietnam eine enorme Bedeutung zu. Selbst in einer Sendung mit Mario Lanz vor geraumer Zeit kam der Zusammenhang mit der Systemauseinandersetzung zur Sprache. Ich meine, daß es sich immer mehr zeigt: Wer die Pandemie schneller und gründlicher besiegt, gewinnt in der ideologischen Auseinandersetzung an Relevanz, und das könnte linke und antikapitalistische Kräfte in ihrem Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt beflügeln.

Karl Scheffsky, Schwerin

Zu Wolfgang Herrmann: „Seid bereit! Immer bereit!“, RF 275, Seite 19

Der Beitrag erinnert mich an ein Erlebnis aus dem Jahre 1952, das mein weiteres Leben beeinflusste.

Bei uns zu Hause war freitags immer Badetag. Das war in der Nachkriegszeit – im Winter hatten wir im Erzgebirge nicht selten über

einen Meter Schnee und 20 Grad Kälte – keine Selbstverständlichkeit. Heißes Wasser kam nicht aus der Wand und ein Bad gab es auch nicht. Das Problem war Brennholz. Die Wälder rund um Zschopau waren wie leergefegt. Holz mußte man „besorgen“. Diese Aufgabe hatte immer ich, weil ich der Älteste war. An einem schönen Februartage ging ich, mit Beil, Säge und einen Strick ausgerüstet, um eine alte Fichte zu holen, die ich ausgemacht hatte. Sie stand verdorrt in einer brüchigen Steilwand, wo eigentlich niemand hinkam. Ich schon, aber beim Lockern der Wurzel, gab der Stein, auf dem ich stand, nach und ich stürzte etwa 10 Meter in die Zschopau, die durch das einsetzende Tauwetter Hochwasser und Eisschollen führte. Das war mein Glück, ich krachte zwischen die Schollen ins eiskalte Wasser. Bei Normalwasser hätte ich mir den Hals gebrochen.

Glücklicherweise hörten einige Waldarbeiter meine Hilferufe und zogen mich aus den Fluß. Im Krankenhaus wurde ich operiert, die vielen Steinsplitter in den offenen Kopfwunden wurden entfernt, die schlimmsten Hautverletzungen genäht und der linke Arm eingegipst.

In unserer Schule, die den Namen „Martin Andersen Nexö“ trug, war zu entscheiden, bleibt der Junge sitzen oder machen wir was dagegen. Sie machten was dagegen.

So wurde ich monatelang betreut, weil es hieß „Alle erreichen, jeden gewinnen, keinen zurücklassen!“ Das Lernaktiv, das die Pionierorganisation gegründet hatte und das zurückbleibende Schüler unterstützte, übernahm meine weitere schulische Betreuung. Das war die sozialistische Form von Nachhilfeunterricht, für den man heute viel Geld bezahlen muß. So wurde ich monatelang von unseren Mädels bemuttelt und betreut und ich schloß die 7. Klasse mit der Note 1,7 ab, die ich auch in der Abschlußklasse, der Achten, halten konnte. Den Besuch der Oberschule lehnte ich ab. Lieber lernte ich im Motorradwerk Zschopau was Ordentliches, also bei MZ und wohnte im Internat. Dort verdiente ich 60 Mark im Monat, konnte mich jeden Tag sattessen und hatte ein eigenes Bett. Die Leiterin der Pionierorganisation von damals hieß Margot Feist, die spätere Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker. Nach dem Dienst in der NVA studierte ich im Abendstudium Maschinenbau, wurde Diplomingenieur, bin heute fast 82 Jahre alt und trotz allem nicht auf den Kopf gefallen.

Peter Pöschmann, E-Mail

Mit Ekel und Abscheu denke ich an ein unvorstellbares Verbrechen. Es war Ende Januar 1945. Mit mehreren Kindern standen wir schweigend in den Himmel starrend den leise rieselnden Schneeflocken zu. Am 23. Januar 1945 hatte die Auflösung und die Evakuierung des KZ Stutthof in der Nähe Danzigs begonnen. Die Nazis fürchteten das rasante Nahen der Front und trieben die Häftlinge in Trupps zu 1 000 bis 1 500 Personen in Richtung Westen. Dabei passierten sie auch unser Dorf Labuhn im Kreis Lauenburg in Hinterpommern. Unter den Gefangenen gab es wegen eines kleinen Stückchen Brotes Streit, der für die Häftlinge in der Folge tödlich endete. Die Bewacher, hauptsächlich waren es Letten, Litauer und Ukrainer neben bewaffneten Deutschen, schlugen erbarmungslos auf die Streitenden ein, so

daß ihnen das Blut aus Mund, Nase und Ohren rann. Die anwesenden Kinder liefen schreiend auseinander.

Ich suchte meine Mutter auf und schilderte ihr den Vorfall. Sie sagte: „Diese Gesellen des Teufels werden noch mehr Menschen töten.“ Und so kam es auch. Tausende verloren wegen fehlender Nahrung und der folgenden Entkräftung ihr Leben. Wer nicht mehr weiterlaufen konnte, wurde erschossen oder erschlagen. Die örtlichen Machthaber verboten es, die Getöteten, die im Straßengraben hinter der Kirche lagen, auf dem Dorffriedhof zu beerdigen. Es fand sich ein Platz am Waldesrand in Richtung Wussow. Der alte Totengräber des Dorfes, mein älterer Bruder und ich transportierten am nächsten Tag die Leichen auf einer Holzkarre zu ihrer Ruhestätte am Waldrand. Heute haben die Erschlagenen einen Platz auf dem zentralen Ehrenfriedhof in Krampe gefunden.

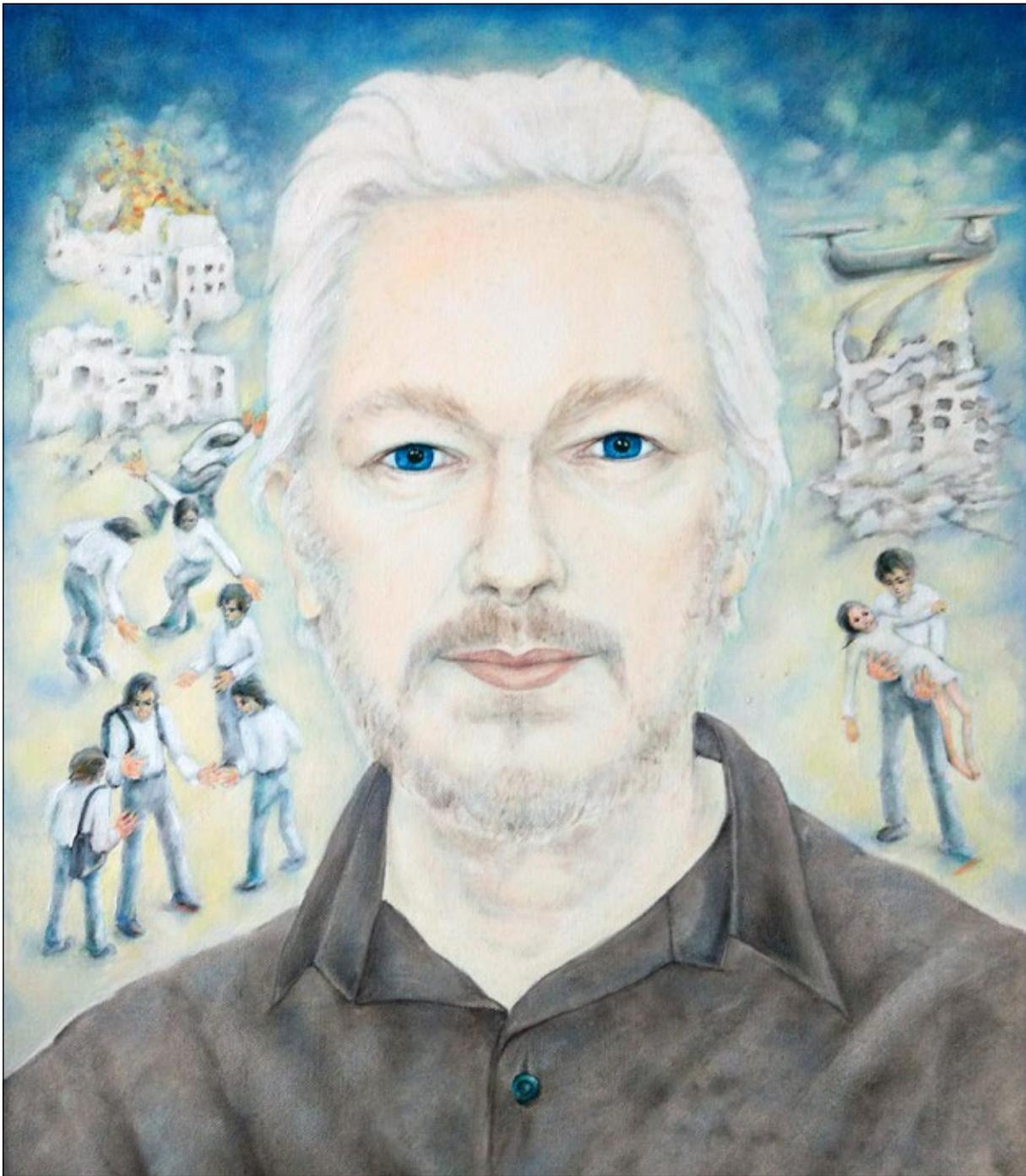
Das Ereignis 1945 in meinem Heimatdorf ist nicht in Vergessenheit geraten. Es ist noch so stark in bewußter Erinnerung, daß ich einen polnischen Freund bat, an ihrem Todestag ein Gesteck niederzulegen. Der Gedenkstein wurde von der jetzigen Gmina Cewice gestiftet und zum ewigen Gedenken an die Verbrachten von Menschen an Menschen errichtet. Die Inschrift erinnert hauptsächlich an die KZ-Insassen, die auf den Todesmärschen bei der Auflösung der KZs umgebracht wurden. Einige Verantwortliche haben ihre verdiente Strafe erhalten. Der letzte der Wachleute, der für sein brutales Wachregime im KZ Stutthof bekannt war und selber einen Mordversuch an einen Häftling unternommen hatte, erhielt entsprechend der gegenwärtigen BRD-Rechtsauffassung eine Bewährungsstrafe, die einigen Gestrigen noch zu hoch erschien. Sie forderten tatsächlich einen Freispruch für seine Mitwirkung am Vernichtungsprogramm der Nazis.

Gerhard Perlick, Bützow

Zu Karl-Helmut Lechner: Lutherstadt Wittenberg: Judenhaß – in Stein gemeißelt, RF 275, S. 26 f. Ich bin ein „alter Wittenberger“, war Mitglied dieser Kirchengemeinde bis zu meiner Konfirmation, bin nun gläubiger Atheist. Der Bezug zu diesem Relief wurde uns aus historischer Sicht nahegebracht. Doch schon mit dieser Überschrift erfolgt meiner Meinung nach eine Vorverurteilung. Bis heute haben sich die meisten Menschen nicht daran gestört und den Text als Teil der historischen Entwicklung in der Gesellschaft und der Kirche verstanden. Ich möchte bezweifeln, daß ein überwiegender Teil der Betrachter des Reliefs den Schriftzug übersetzen kann.

Meiner Meinung nach müßte es möglich sein, den historischen Bezug und unsere Haltung heute dazu auszuhalten oder eben diese eine Ecke der Stadtkirche einfach zu ignorieren. Ich danke u.a. der Stadtkirchengemeinde Wittenbergs, daß sie sich nicht einreißt in die „Bilderstürmerei“, die zu Luthers Zeiten und auch später bis heute üblich war und ist. Es würden dann ja auch die Punkte fehlen, wo Nachkommen an die Geschichte mit ihren Ansichten, Fehlern und Verbrechen erinnert werden können (eine Art Stolperstein), um Fehler zu erkennen und Schlußfolgerungen für die Gesellschaft und sich abzuleiten.

Dr. Peter Nitze, Lutherstadt Wittenberg



Gemälde „Letztendlich haben wir nichts als die Wahrheit. Freiheit für Julian Assange!“ der Malerin Bärbel Brede

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Rudi Kurz †
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißenborn †
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner

Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.